"Fukushima-Effekt" verpufft, Sorge um Wirtschaft wächst

Mitte-Parteien profitieren – Pol-Parteien schwächeln

Medienbericht zum Wahlbarometer 2011,
5. Welle, August 2011

Studie im Auftrag von SRG SSR,
Sperrfrist: 12.08.2011, 17:00

Projektteam

Claude Longchamp Politikwissenschafter, Lehrbeauftragter der Universitäten St. Gallen, Zürich und Bern

Martina Imfeld Politikwissenschafterin

Lukas Golder Politikwissenschafter

Stephan Tschöpe Politikwissenschafter

Jonas Ph. Kocher Politikwissenschafter

Silvia Ratelband-Pally Administratorin

gfs.bern
Menschen. Meinungen. Märkte.

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG 8

1.1. ZIELSETZUNG UND FRAGESTELLUNGEN 8
1.2. DATENBASIS 2009 – 2011 12
1.3. MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN VON WAHLBEFRAGUNGEN 14
1.4. DIE BERICHTERSTATTUNG 14

2. BEFUNDE 16

2.1. ENTSCHEIDUNGSABSICHTEN 16
2.1.1. Aktueller Stand der Wahlabsichten 16
2.1.2. Vergleich zu 2007: Veränderung der Parteistärken 16
2.1.3. Die Beteiligungsabsicht 19
2.1.4. Die Wählerstromanalyse 23
2.2. THEMEN UND PARTEIENKOMPETENZEN 25
2.2.1. Die Themenorientierung der Schweizer Wählerschaft 25
2.2.2. Die Themenorientierung nach Parteiwählerschaften 27
2.2.3. Parteienkompetenz zur Problemlösung 35
2.2.4. Schwerpunktthema: Wechselkurs Euro/Franken 41
2.3. DIE PARTEIPRÄSIDENTEN 44
2.4. DER WAHLKAMPF 47
2.5. POSITIONIERUNG WÄHLERSCHAFTEN 50
2.5.1. Regierungsvertrauen/-misstrauen 50
2.5.2. Links/Rechts-Achse 52
2.6. DAS SOZIOLOGISCHE PROFIL DER PARTEIWÄHLERSCHAFTEN 54
2.7. DER VERGLEICH DER UMFRAGEN 2007 UND 2011 56

3. SYNTHESE 59

3.1. BESTANDESAUFNAHME ZU DEN WIRKUNGSFAKTOREN 59
3.2. ZWISCHENBILANZ ZU DEN WIRKUNGSFAKTOREN 60
3.3. AUSBLICK AUF KOMMENDE WIRKUNGSFAKTOREN 61
3.4. THESEN 62

4. ANHANG 64

4.1. GFS.BERN-TEAM 64

Bern, den 10. August 2011
Copyright by gfs.bern
Sperrfrist: 12.08.2011, 17.00 Uhr

Das Wichtigste in Kürze zum "SRG-SSR-Wahlbarometer 2011, 5. Welle"

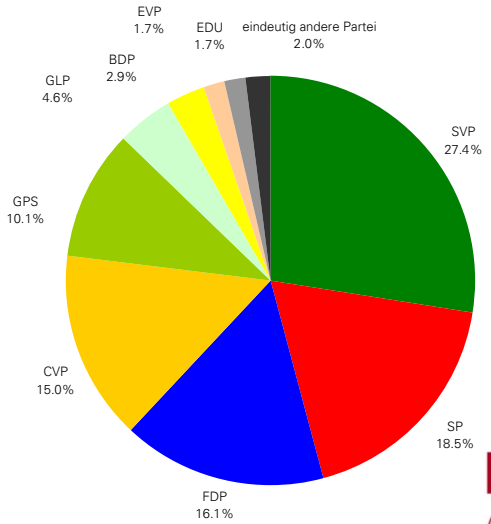
Wäre Ende Juli 2011 national gewählt worden, hätte sich die Parteienreihenfolge gegenüber 2007 nicht verändert. Die Parteistärken wären aber mehrfach verschieden gewesen. Stärker geworden wäre die GLP (4.6%, +3.2% gegenüber 2007). Selbstredend beim Wählendenanteil zugelegt hätte auch die neue BDP (2.9%, 2007 nicht kandidiert). Bei allen anderen Parteien fallen die aktuellen Veränderungen geringer aus. Verluste hätte es am ehesten für die FDP gegeben (16.1%; -1.6%), für die SVP (27.4%; -1.5%) und für die SP (18.5%; -1.0%). Gesichert ist das aber nicht. Praktisch gehalten hätten sich die CVP (15.0%; +0.5%) und die GPS (10.1%; +0.5%). Beteiligt hätten sich 46 Prozent, etwas weniger als vor vier Jahren. Das ist das Hauptergebnis der 5. Welle des Wahlbarometers, erstellt vom Forschungsinstitut gfs.bern für die Medien der SRG. Befragt wurden hierfür 2005 Wahlberechtigte.

Grafik 1:

Filter Aktuelle Parteistärken

"Wenn am nächsten Sonntag schon Nationalratswahlen wären, welcher Partei würden Sie heute Ihre Stimme hauptsächlich geben?"

in % Wahlberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen und eine Parteipräferenz haben



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = 895)

Die wichtigste Veränderung gegenüber der 4. Welle des Wahlbarometers 2011 ergibt sich bei den dringenden Problemen aus Bevölkerungssicht. Die Migrationsfrage hat die Umwelt-/Energiethematik an der Spitze abgelöst. Der starke Franken hat dafür die Aufmerksamkeit für Fragen der Konjunktur anschwellen lassen. Es folgen die Themen rund um die Sozialversicherungen respektive das Gesundheitswesen, danach finden sich die Arbeitslosigkeit einerseits, die Beziehung zur EU anderseits.

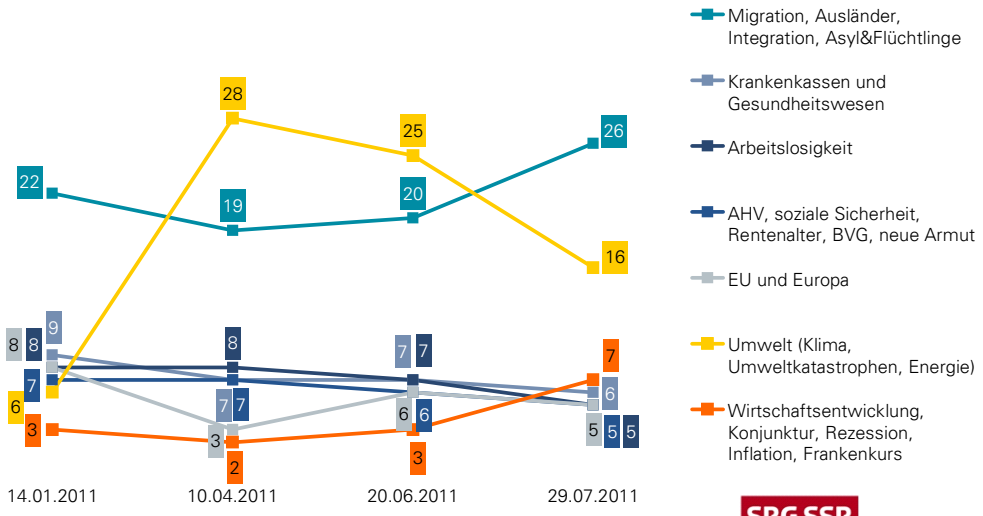
Man kann sagen, dass der Fukushima-Effekt im Problembewusstsein der BürgerInnen abgeflacht ist und dass sich mit dem starken Franken möglicherweise ein neuer Problemzyklus im Wahlkampf 2011 aufbaut. Da die Nennhäufigkeit von Fragen der inneren Sicherheit wie auch von Rassismus nicht zugenommen hat, gehen wir davon aus, dass das Doppelattentat in Oslo auf die Wahlabsichten keine direkten und indirekten Wirkungen bei der Wahlbevölkerung gezeigt hat.

Grafik 2:

Trend prioritäre Probleme

"Welches ist Ihrer Meinung nach das dringendste Problem, das die schweizerische Politik heute lösen soll?"

in % Wahlberechtigter



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (N = jeweils ca. 2000)

Der Themenfokus liegt in der aktuellen Welle auf dem Wechselkurs des Frankens zum Euro. 79 Prozent der Wahlberechtigten sind sehr oder eher einverstanden, dass die Nachteile des schwachen Euros für die Exportwirtschaft überwiegen. 32 Prozent sehen mehr Vorteile für die Konsumenten oder bei Auslandsferien. 71 Prozent sind sehr oder eher einverstanden, dass man die Schweizer Wirtschaft schädigt, wenn man wegen dem Frankenkurs im Ausland einkaufen geht. 60 Prozent sorgen sich, dass mit dem starken Franken zudem Arbeitsplätze bedroht werden. Angesichts der erst jungen Debatte hierzu variieren die Einschätzungen der Parteiwählerschaft nur beschränkt. So sind die Mehrheiten in allen Lagern gleich.

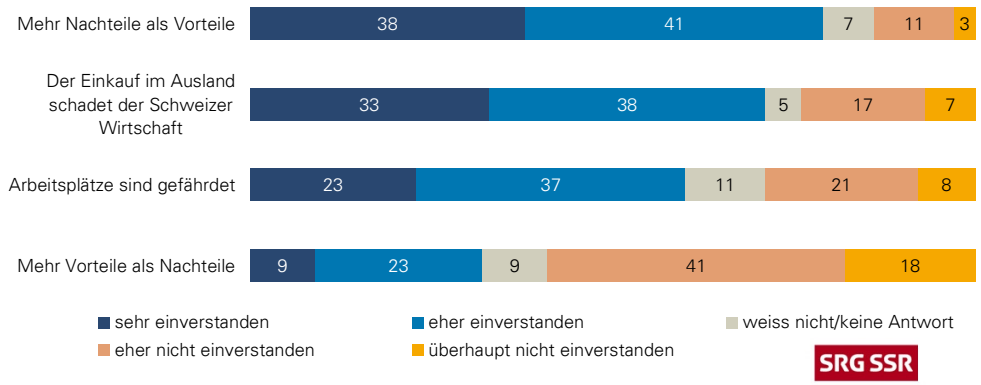
Grafik 3:

Aussagen zum Wechselkurs Euro/Franken

"Wir haben hier einige Aussagen zum tiefen Eurokurs gesammelt, die man immer wieder hören kann. Sagen Sie mir bitte, ob Sie damit jeweils sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

Mehr Nachteile als Vorteile "Insgesamt bringt der schwache Euro der Schweiz mehr Nachteile als Vorteile, weil dadurch Exporte schwieriger werden."
Der Einkauf im Ausland schadet der Schweizer Wirtschaft "Es schadet der Schweizer Wirtschaft, wenn man wegen dem Eurokurs im benachbarten Ausland einkauft."
Arbeitsplätze sind gefährdet "Wegen dem tiefen Euro sind Arbeitsplätze gefährdet und die Behörden unternehmen zu wenig dagegen."
Mehr Vorteile als Nachteile "Insgesamt bringt der schwache Euro der Schweiz mehr Vorteile als Nachteile, weil dadurch importierte Waren und Ferien im Ausland billiger werden."

in % Wahlberechtigter



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (N = 2005)

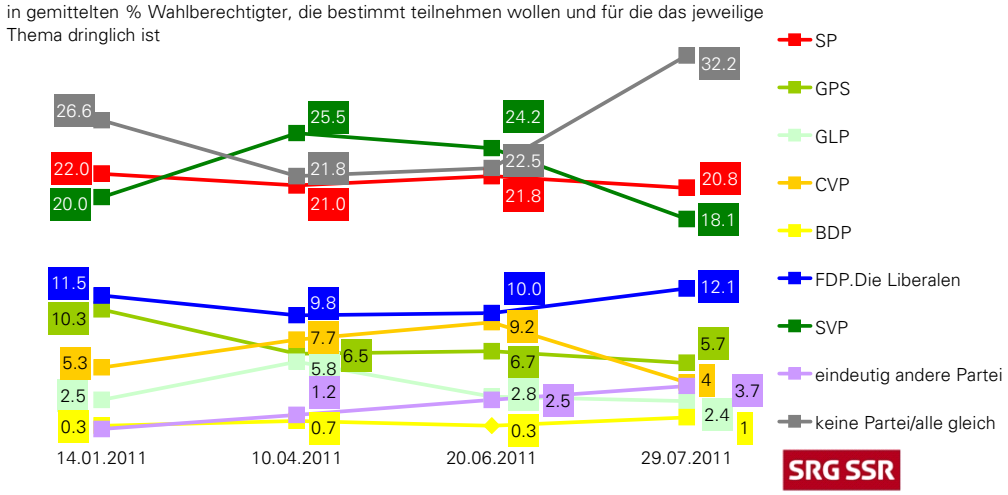
Der generelle Problemhaushalt der Wählenden ist je nach Parteibindung unterschiedlich strukturiert. Die Migrationsfragen beschäftigen aktuell vor allem die Wählenden der grossen Parteien rechts und links. Die Wirtschaftsentwicklung ist ein Thema des bürgerlichen Zentrums inklusive BDP und die Umweltfragen haben bei den grünen und linken Parteien einen erhöhten Stellenwert.

Über alle Themen hinweg ist die SP heute die profilierteste Themenpartei. Sie hat mit der SVP die Spitzenposition getauscht. Das rührt vor allem daher, dass die SP bei den Top-Problemen ein recht breites Kompetenzprofil hat, während die SVP faktisch nur von der Migrationsfrage profitiert. Die Familienpolitik, bei der die CVP top ist, rangiert aber nicht unter den Spitzenthemen, die heute dringlich zu behandeln sind.

Grafik 4:

Trend Filter durchschnittliche Kompetenz der Parteien in prioritären Themen

"Reden wir jetzt vom Problem, das für Sie das Dringendste ist, also das Sie zuerst genannt haben. Welche Partei trägt Ihrer Meinung nach am meisten zur Lösung des Problems bei?"



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = jeweils ca. 1'000) gfs.bern Menschen. Meinungen. Märkte.

Praktisch unverändert ist die Einschätzung der Parteipräsidenten der grösseren Parteien. Keiner von ihnen ist für eine Mehrheit glaubwürdig. Am besten schneidet Christian Levrat von der SP ab, dicht gefolgt von Fulvio Pelli (FDP) und Christoph Darbellay (CVP). Sie liegen ihrerseits nur wenig vor Toni Brunner (SVP), der etwas schlechter bewertet wird, weil er bei den anderen Parteiwählerschaften zu stark polarisiert. Insgesamt abgebaut haben sich auch hier die negativen Auswirkungen der Parteipräsidenten von SVP und FDP, die wir während der Kernenergiedebatte festhielten.

Aus Sicht der Wahlwilligen führt die SVP den auffälligsten Wahlkampf. 38 Prozent von ihnen bezeichnen ihn als den besten oder den zweitbesten. Es folgen die Beurteilungen der Wahlkämpfe von SP und FDP, die besser rangiert werden als jene von CVP, GPS und GLP. Am schlechtesten schneidet der Wahlkampf der BDP ab.

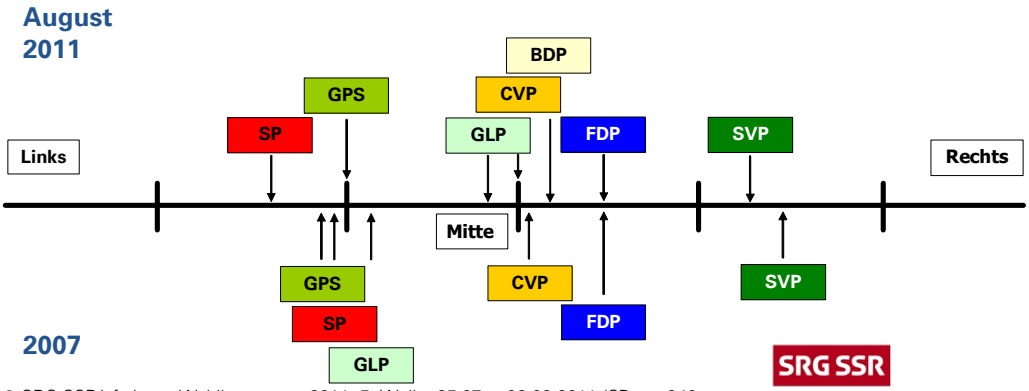
Jenseits von diesen kurzfristigen Bestimmungsgründen der Wahlabsichten erhellt das Wahlbarometer einige mittel- und längerfristige Faktoren der vorläufigen Wahlentscheidungen. Gegenüber 2007 kennen die neuen Parteien eine besondere Attraktivität für Neuwählende; das gilt generell auch für die grünen Parteien. Demgegenüber kennen die grossen Parteien alle negative Mobilisierungsbilanzen, das heisst, sie verlieren vor allem durch die beabsichtigte Nicht-Teilnahme von Wählenden 2007. Hinzu kommt, dass die GLP für Wechselwillige aus den Reihen der FDP und GPS attraktiv ist, die CVP Ex-SP-Wählende anzieht und die BDP erstmals von enttäuschten SVP-Wählenden etwas profitiert.

Grafik 5:

Links-/Rechts-Position der Parteiwählerschaften 2007/2011 im Vergleich

"Links, Mitte, Rechts sind drei Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie sich selber auf einer Skala sehen, bei der „0" ganz links, „5" die Mitte und „10" ganz rechts bedeutet?"

in Mittelwerten Wahlberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen und eine Parteipräferenz haben



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (SP n = 240; GPS n = 96; GLP n = 54; CVP n = 109; BDP n = 31; FDP.Die Liberalen n = 165; SVP n = 174)

Die jetzigen SP-Wählenden sehen sich auf der Links/Rechts-Achse am klarsten links. Sie positionieren sich deutlicher noch am Pol als die Wahlberechtigten, die GPS wählen würden. Recht nahe beisammen sind die mittleren Werte auf dieser Skala für GLP, CVP und BDP. Davon etwas nach rechts abgesetzt sind die heutigen FDP-Wählenden und jene der SVP sind nochmals deutlicher rechts. Ihre Positionen gegenüber früheren Befragungen verändert haben die Grünen, die bei Mitte-Wählenden akzeptierter geworden sind und jene der BDP, die angesichts geringer Festigung von Mal zu Mal recht nahe der rechten Mitte schwanken.

Das Wahlbarometer ist per se keine Wahlprognose. Es ist eine Bestandesaufnahme der Meinungsbildung. Die Wiederholung der gleichen Übungsanlage erlaubt es, Trends abzuschätzen. Keine Aussagen macht das Wahlbarometer zu den Sitzverteilungen im National- und Ständerat, denn deren Verteilung geschieht auf kantonaler Ebene und wird durch Listenverbindungen einerseits, Allianzen via Persönlichkeiten, die in die kleine Kammer wollen, andererseits beeinflusst. Festgehalten sei zudem, dass die Interviews zwischen dem 25. Juli und dem 6. August gemacht wurden, somit wurde ein Teil der Befragung also nach der ersten Intervention der Nationalbank (3. August 2011) zum hohen Frankenkurs.

Tabelle 1:

Technischer Kurzbericht Wahlbarometer 2011, Welle 5

Auftraggeber	SRG SSR
Durchführendes Institut	Forschungsinstitut gfs.bern
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Stichprobengrösse	Total Befragte N = 2005, Teilnahmewillige NRW 2011 n = 1061
Erhebungsart	CATI
Auswahlverfahren	at random für Telefonnummern und Haushaltszusammensetzung
Befragungsdauer	25.07. bis 06.08.2011
Mittlerer Befragungstag	29.07.2011
Theoretischer Stichprobenfehler	± 2.2 Prozent bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit

© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011

Zitierweise: SRG SSR Wahlbarometer, 5. Welle, erstellt durch das Forschungsinstitut gfs.bern bei 2005 repräsentativ ausgewählten Befragten aus der ganzen Schweiz, die zwischen dem 25. Juli und dem 6. August 2011 interviewt wurden.

1. Einleitung

1.1. Zielsetzung und Fragestellungen

Ziel des Wahlbarometer 2011 ist es, den Prozess der Meinungsbildung zu den Nationalratswahlen aufgrund einer Serie vergleichbarer, repräsentativer Befragungen von Wahlberechtigten zuverlässig zu analysieren.

Getragen wird das Projekt von der SRG SSR – realisiert wird es vom Forschungsinstitut gfs.bern. Verbreitet wird es von den SRG-SSR-Medien und von insgesamt fünf Regionalzeitungen.

Die generellen Fragestellungen des Projektes lauten:

- Wie entwickeln sich die Teilnahme- und Wahlabsichten im Vorfeld der Nationalratswahlen gesamtschweizerisch?
- Welche Absichten zum Wechsel gegenüber den Entscheidungen 2007 können nachgewiesen werden?
- Welches soziologische Profil haben die Wählerschaften der grösseren Parteien?
- Wo positionieren sich die Wählerschaften der grösseren Parteien auf der Links/Rechts-Achse und hinsichtlich ausgewählter relevanter Wertepolaritäten?
- Wie wichtig sind Themen für die Wahl einer Partei?
- Wie relevant sind Spitzenrepräsentanten einer Partei für die Wahlentscheidung?
- Wie bedeutsam ist eine gute Kampagne für die Wahl einer Partei?
- Wie wirken sich Gewinner- oder Verlierer-Images der Parteien auf deren Wahl aus?

Hinzu kommt im Wahljahr jeweils ein variables Schwerpunktsthema, das sich aus der Situation ergibt. Aktuell geht es um den Frankenkurs und die BewertungenIn durch die BürgerInnen.

Damit ist auch gesagt, was das Wahlbarometer nicht leisten will: Es wird keine kantonalen Analysen liefern. Die Stichprobe ist national und sprachregional gebildet, sie reicht nicht, um Aussagen je Kanton zu machen. Es kann deshalb auch nicht verwendet werden, um die Ständeratswahlen zu untersuchen beziehungsweise die Sitzverteilung bei den Nationalratswahlen nach Kantonen (und damit insgesamt) zu bestimmen. Das macht unseres Erachtens durchaus Sinn. Denn die Kommunikation in Wahlkämpfen verläuft zunehmend national koordiniert, allenfalls sprachregional differenziert. Das zeigt sich anhand der zentralen Strategieüberlegungen der meisten Parteien, aber auch bei der Themenwahl. Zudem wird, mindestens bei wichtigen Parteien, immer weniger unterschieden zwischen National- und Ständeratswahlen.

Bei der Bearbeitung dieser Fragen stützt sich das Forschungsinstitut gfs.bern einerseits auf die Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Wahlforschung, anderseits auf die eigene Erfahrung mit Analysen eidgenössischer Wahlen aus über 20 Jahren. Erkenntnisleitend ist die Unterscheidung lang-, mittel- und kurzfristiger Faktoren der Wahlentscheidung.

Grafik 6:

Kurzfristige Faktoren

Im Wesentlichen: der Wahlkampf

- Themenzyklen
- Nationalistische Welle
- Ökologische Welle
- Starker Franken
- Bundesratszusammensetzung

BundesrätInnen

- Aktivitäten im Wahlkampf
- Abwesenheit in bildlicher Parteiwerbung

Ständeratswahlen: Angriff SVP auf CVP

Mittelfristige Faktoren

Im Wesentlichen: Politik seit den letzten Wahlen

- Bewältigung der Finanzmarktkrise (UBS, Bankgeheimnis, Doppelbesteuerung)
- Etablierung der Personenfreizügigkeit
- Annahme von Volksinitiative (Minarettverbot, Ausschaffung krimineller Ausländer)
- Neue Kernenergiepolitik
- Bewältigung Frankenaufwertung

Langfristige Faktoren

Im Wesentlichen sozialer, institutioneller und politischer Wandel über mehrere Wahlen hinweg

- Gesellschaftlicher Wandel: Globalisierungskonflikte
- Neues Wahlrecht
- Taktische Allianzen: Wieder- respektive Abwahl von Eveline Widmer-Schlumpf, Regierungsbeteiligung der Grünen, Wiederherstellung der Zauberformel für grössere Parteien

Zu den langfristigen Faktoren zählen das Wahlrecht, der soziale Wandel und die Veränderungen im Parteiensystem. Die mittelfristigen leiten sich aus der Politik seit den letzten Wahlen ab und die kurzfristigen Determinanten ergeben sich aus dem Wahlkampf selber. Längerfristig relevant ist, dass die sprichwörtliche Stabilität von Schweizer Wahlen rückläufig ist. Drei Phasen lassen sich unterscheiden: die Polarisierung der Parteienlandschaft nach dem EWR-Entscheid (bis 2003), der nationalkonservative Rechtsruck (vor allem die Wahlen 2007) und die Bildung neuer Parteien, die sich sowohl von der Mitte wie auch von den Polen abgrenzen (seit 2007). Insgesamt kann das als Folge der Globalisierungskonflikte mit Marktöffnungen und supranationalen Arrangements interpretiert werden, welche die Bedeutung des Nationalstaates in der Politikformulierung relativiert haben, in der Bevölkerung aber zu einem Gegenreflex geführt haben. Bezogen auf die Parteienlandschaft relevant ist, dass auf der rechten Seite eine Sammlung unter der SVP entstanden ist, die zwischen Regierung und Opposition politisiert. Davon hat sich als Folge der Bundesratswahlen 2007 ein Teil der ParteivertreterInnen distanziert und die BDP gegründet. Links der Mitte ist mit der Grünliberalen Partei ebenfalls eine erfolgreiche Innovation entstanden, welche die ökologische Ansätze mit marktwirtschaftlichen Instrumenten versöhnen will und deshalb zwischen rotgrünem Lager und bürgerlicher Mitte politisiert.

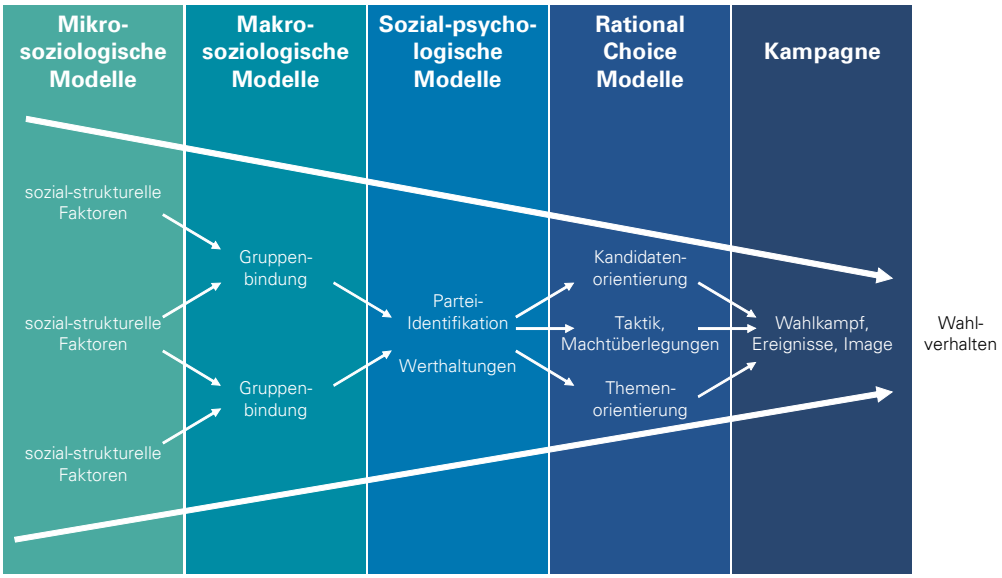
Die mittelfristigen Faktoren entstanden aus der Konkretisierung der neuen Konfliktlinie, die sich sowohl ökonomisch (interessenseitig), als auch kulturell (wertmässig) bestimmen lässt. In der ersten Hälfte der Legislatur dominierte die Ausdehnung auf weitere Länder und dauerhafte Verankerung der Personenfreizügigkeit als zentralem Dossier des bilateralen Verhältnisses mit der EU. Die entsprechende Volksabstimmung ging positiv aus. Dennoch kippte die Stimmung im Jahre 2009 zugunsten migrationskritischer Positionen, was sich in der Annahme der Minarettverbotsinitiative und der Initiative zur Ausweisung krimineller AusländerInnen manifestiert. Das Ganze fand vor erheblicher Erschütterungen zentraler Prinzipen der Schweizer Politik statt, ausgelöst durch die Rettungsaktion des Staates für die UBS, verschärft durch die Aufweichung des Bankgeheimnisse auf Druck der USA und durch die Doppelbesteuerungsabkommen mit verschiedenen Staaten, um der grauen Liste der OECD zu entkommen.

Die kurzfristigen Bestimmungsgründe von Wahlen zeigen sich am klarsten in der Wahlkampfentwicklung. Diese wird zunehmend durch medial definierte und gerahmte Themen bestimmt. Dabei treten die rein nationalen Streitfragen offensichtlich in den Hintergrund und es machen sich solche breit, die global von Bedeutung sind. Erwähnt seien hier die Kritik an der weltweiten Migration, die Umkehr in der Kernenergiepolitik und die Turbulenzen auf den Finanzmärkten. National von Bedeutung ist, dass sich die Rahmenbedingungen von Wahlkämpfen ändern, beispielsweise beim Einsatz von BundesrätInnen in Parteikampagnen, beschränkt auch durch die Problematisierung von Wahlkampfausgaben in der Öffentlichkeit, was nicht alle Parteien gleichermassen trifft. Insgesamt heisst das auch, dass die Dynamik von Wahlkämpfen kurzfristiger und variabler geworden ist, was die strategische Orientierung, wie es die SVP mit ihren Super-Wahlkämpfen 2003 und 2007 vorgemacht hat, erschwert.

Um das alles forschungspraktisch einfangen zu können, haben wir nachstehendes Modell der denkbaren Zusammenhänge entwickelt, die in der Folge empirisch überprüfen. Dieses Schema verdeutlicht, wie wir die ermittelten Befunde im Zusammenhang analysieren.

Grafik 7:

Neues Wahlmodell gfs.bern



© gfs.bern

SRG SSR

gfs.bern Menschen. Meinungen. Märkte.

Theoretisch geht es uns darum, die Wahlentscheidung hinsichtlich Sachfragen, Personenprofile, taktischen Überlegungen und Medienimages zu analysieren und diese auf dahinterliegende Parteibindungen mit weltanschaulichen Komponenten zu untersuchen. Empirisch ist unsere Studie, weil wir das nicht abstrakt beantworten, sondern aufgrund beobachtbarer Zusammenhänge bei einem repräsentativen Querschnitt von befragten Wahlberechtigten. Die generellen Thesen, die mit dem Forschungsvorhaben überprüft werden sollen, lauten:

Die Wahlabsichten (Teilnahme- und Parteientscheid) können beeinflusst sein

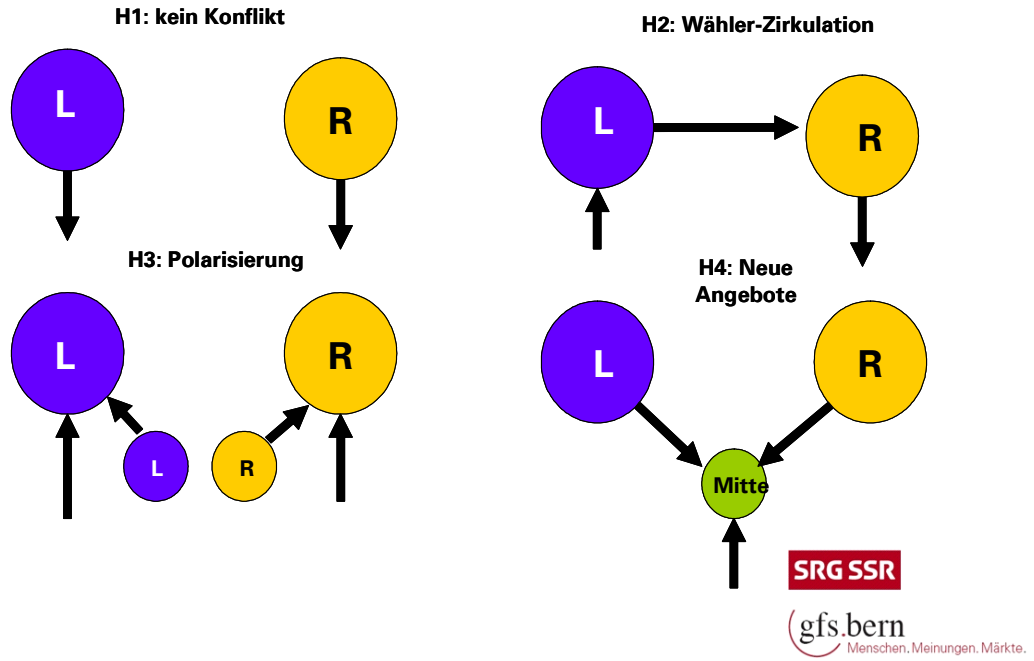
- durch das Image der parteibezogenen Wahlkampagnen,
- durch taktische Überlegung zur Machtverteilung, namentlich der Zusammensetzung des Bundesrates,
- durch das Bild von den Spitzenkandidierenden der Parteien,
- durch die Themenkompetenz in relevanten Fragen,
- durch die Parteibindung,

- durch das Vertrauen in den Bundesrat,
- durch die Werthaltungen oder
- durch die soziokulturelle, sozioökonomische, soziodemografische und räumliche Mitgliedschaften und Merkmale der BürgerInnen.

Die Trends, die sich so aus realen Wahlergebnissen ableiten lassen, aber auch in Wahlbefragungen aufschimmern, können hinsichtlich vier Wahlkonstellationen idealtypisch analysiert werden. Konkret unterscheiden wir als Möglichkeiten die konfliktfreie Wahl mit der Demobilisierung, das Wählenden-Zirkulationsmodell, die Polarisierungssituation und die Folge des Auftritts neuer Angebote auf Seiten der Parteien.

Grafik 8:

Analyse von Wählerbewegungen



Der erste Typ von Wahlkonstellationen geht von der weitgehenden Abwesenheit von Konflikten im Wahlgeschehen aus. Wahlkämpfe erlahmen, die Demobilisierung steigt und sie trifft alle Parteien. Stabilität der Parteienlandschaft ist die wichtigste Erwartung hinsichtlich des Wahlausgangs. So wichtig dieser Typ bis weit in die 80er Jahren war, so wenig wahrscheinlich erscheint er mit Blick auf 2011.

Auch der zweite Typ geht von kollektiver Stabilität aus, allerdings bei erheblichem individuellem Wechsel. Angenommen wird, dass die Beteiligung stabil bleibt, Neuwählende vor allem der Linken zugute kommen, diese aber Wählende an die Rechte verliert, während diese Verluste durch die demografische Struktur hinnehmen muss. Das Modell ist zwar nie ganz auszuschliessen, für den Wandel der schweizerischen Parteienlandschaft der letzten 20 Jahre aber unzureichend.

Von 1995 bis 2003 konnten die Wahlen weitgehend entlang den Annahmen des dritten Typs untersucht werden. Polarisierung war das wichtigste Stichwort. Die Wahlbeteiligung nimmt seit 1999 wieder zu; es profitierten vor allem die Parteien an den politischen Rändern, die sich genügend von den anderen abgrenzten. Sie waren sowohl für Neuwählende wie auch für Wechselwählende attraktiv. 2007 trafen diese Annahmen nur noch bedingt ein. Rechts wurde sie mit der Konzentration bei der SVP weiter erfüllt, während links nur die Grünen davon profitieren konnten, nicht mehr aber die SP, die an die neu auftretenden Grünliberalen verloren.

Seit den Wahlen 2007 ist es auch denkbar, die Trends in der Wählerschaft vor allem nach dem vierten Typ von Wahlkonstellationen zu untersuchen. Diese geht davon aus, dass neu auftretende Parteien für unzufriedene WählerInnen der bisherigen Parteien genauso wie für Neuwählende attraktiv sind und die relevanten Wählendenströme strukturieren. Dabei haben vor allem neue Parteien in der Mitte Chancen, lagerübergreifend Stimmen zu machen und damit auch das wichtige Verhältnis zwischen linkem und rechtem Block zu verschieben oder auch ein neues Zentrumslager mitzubegründen.

1.2. Datenbasis 2009 – 2011

Das Wahlbarometer 2011 wird in sieben Wellen realisiert werden, die verteilt auf die zwölf Monate vor der Parlamentswahl durchgeführt werden. Dabei werden die Abstände anfangs grösser, gegen das Ende kleiner sein.

Jede Befragungswelle wird mindestens 2000 repräsentativ ausgewählte Befragte umfassen. Grundgesamtheit sind stets die Wahlberechtigten in der Schweiz mit einem Telefonanschluss. Diese werden nach einem systematischen Zufallsverfahren je Sprachregion jeweils neu ausgewählt und kontaktiert. Sofern es sich dabei um Personen handelt, die zum Zeitpunkt der Befragung wahlberechtigt sind, wird das Interview realisiert. Wenn unter einer Telefonnummer mehrere Wahlberechtigte registriert sind, werden die Daten der Person erhoben, die als letztes im Kalenderjahr Geburtstag hat.

Tabelle 2:

Technischer Kurzbericht Wahlbarometer 2009 – 2011

Welle	2009	2010 (1. W.)	2011 (2. W.)	2011 (3. W.)	2011 (4. W.)	2011 (5. W.)
Auftraggeber	SRG SSR					
durchführendes Institut	Forschungsinstitut gfs.bern					
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz					
Stichprobengrösse						
Total Befragte N =	2035	2018	2011	2011	2006	2005
Teilnahmewillige NRW 2011 n =	1093	985	1229	1066	998	1061
Erhebungsart	CATI					
Auswahlverfahren	at random für Telefonnummern und Haushaltszusammensetzung					
Befragungsdauer	17. – 29.08. 2009	27.09. – 11.10. 2010	10. – 22.01. 2011	04. – 16.04. 2011	14. – 25.06. 2011	25.07. – 06.08. 2011
mittlerer Befragungstag	15.08. 2009	06.10. 2010	14.01. 2011	10.04. 2011	20.06. 2011	29.07. 2011
theoretischer Stichprobenfehler	± 2.2 Prozent bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit					

© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2009 – 2011

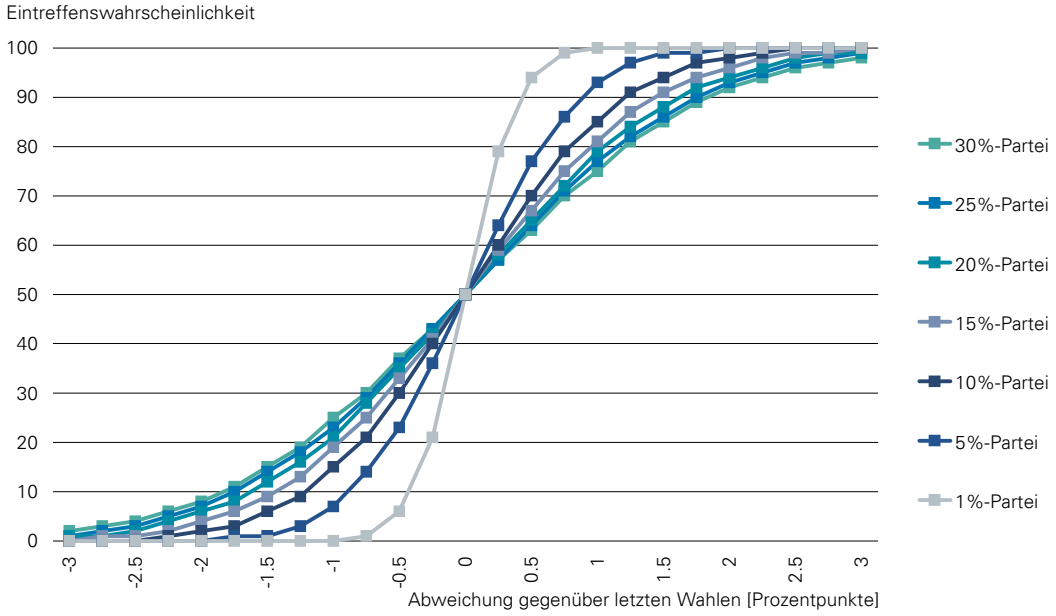
Die Vergleichbarkeit sichern drei Vorgaben des Wahlbarometer: Das durchführende Institut wird konstant gehalten; der Fragebogen und die Frageformulierungen sind bis auf das Schwerpunktsthema identisch. Die Stichprobenbildung ist immer gleich.

Theoretisch beträgt der statistische Stichprobenfehler 2.2 Prozentpunkte. Damit ist gemeint, dass bei 2000 Befragten und einem Ergebnis von 50:50 der effektive Wert auch zwischen 47.8 und 52.2 schwanken kann. Die gebräuchliche Interpretation dieses Unsicherheitsintervalls besagt, dass Veränderungen ausserhalb des Stichprobenfehlers hart sind, dass heisst interpretiert werden können, während solche im Stichprobenfehler nicht weiter analysiert werden dürfen.

Vor allem wenn es um die Veränderung der gemessenen Parteistärken vom letzten Wahlergebnis geht, ist das von Belang. Allerdings sind die Aussagen, wie sie hier zitiert worden sind, nicht die einzig möglichen. Denn der statistische Unsicherheitsbereich kann nicht absolut berechnet werden, sondern nur bei zugelassener Irrtumswahrscheinlichkeit. In den Sozialwissenschaften arbeitet man – konventionell – mit einer solchen von 5 Prozent (d.h. mit einer Sicherheit von 95 Prozent). Nun kann man die diesbezügliche Formel auch so verwenden, dass man die Sicherheitsmarge variiert. Konkret heisst das, dass man bei jeder Partei und jeder gemessenen Abweichung die Sicherheitsmarge berechnet, mit der die Aussage gegenwärtig gemacht werden kann. Die Übersicht hierzu findet sich in der nachstehenden Grafik.

Grafik 9:

Wahrscheinlichkeit von Gewinnen



© gfs.bern (Annahme N = 1000)

Auf das jetzige Wahlbarometer und die gemessenen Parteistärken angewendet, heisst das:

Tabelle 3:

Wahrscheinlichkeit der Gewinne und Verluste

Partei	Wählendenanteil 2007	Veränderung gemäss aktuellem Wahlbarometer	Wahrscheinlichkeit von Gewinnen und Verlusten
Gewinne			
GLP	1.4%	+3.2 Prozentpunkte	99%
BDP		(+2.9 Prozentpunkte)	–
GPS	9.6%	+0.5 Prozentpunkte	69%
CVP	14.5%	+0.5 Prozentpunkte	66%
Verluste			
FDP	17.7%	-1.6 Prozentpunkte	90%
SVP	28.9%	-1.5 Prozentpunkte	85%
SP	19.5%	-1.0 Prozentpunkte	78%

© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011

Oder sprachlich ausgedrückt: Die Wahrscheinlichkeit, dass die GLP heute stärker ist als vor vier Jahren beträgt 99 Prozent. Jene, dass auch die CVP sich verbessert hat, liegt dagegen nur bei 66 Prozent.

1.3. Möglichkeiten und Grenzen von Wahlbefragungen

Bestandesaufnahmen und Trendanalysen, wie sie hier gemacht werden, sind an sich keine Wahlprognose. Sie sind eine Bestandesaufnahme zum jeweiligen Zeitpunkt der Erhebung. Die serienmässige Durchführung erlaubt es darüber hinaus, wesentliche Trends in der Meinungsbildung zu erfassen. Das selbst ist auch noch keine Vorhersage, denn Änderungen sind immer möglich, insbesondere durch die Mobilisierung, die erst in den letzten drei Wochen vor der Wahl effektiv wirksam werden kann.

Deshalb bleiben Vorbehalte zur Prognosefähigkeit bis zum Schluss. Immerhin halten sich die Unsicherheiten in der Regel in engen Grenzen und kein anderes Instrument hat sich als zuverlässiger erwiesen als Wahlbefragungen.

Es gibt verschiedene Ursachen der Erfassungsschwierigkeiten. Die Basis von Wahlbefragungen in der Schweiz können nie ganz identisch sein mit den Wahlberechtigten: Vor allem stellt die Befragung der Auslandschweizerinnen und -schweizer ein praktisch nicht lösbares Problem dar. Nur unter der Annahme, dass sie gleich wählen (wollen) wie die Schweizerinnen und Schweizer im Inland, ergibt sich daraus keine Verzerrung. Doch das ist eine wenig bewiesene Annahme, nicht zuletzt weil sich Ausland- und Inlandschweizerinnen und -schweizer soziologisch unterscheiden, in verschiedenen kulturellen Kontexten leben und die politische Öffentlichkeit different ist.

Das zweite Problem ergibt sich aus dem Panaschieren. In Wahlkreisen mit mehreren zu vergebenden Sitzen gehen die Linien mit parteifremden KandidatInnen der ausgesuchten Liste verlustig. Das ist den Wählenden nicht automatisch geläufig; es kann deshalb mit Befragungen nicht eindeutig erfasst werden.

Ein drittes Problem sind die Kandidaturen der Parteien, die kantonal erfolgen, während die Beurteilungen hier national gemacht werden. Bei Parteien, die sich eindeutig nicht in allen Kantonen bewerben, werden wir mit dem 6. Wahlbarometer nur noch die Parteistärken ausweisen, die sich auf die Kantone mit Bewerbungen beziehen. Das dürfte namentlich bei der BDP zu Veränderungen führen.

Schliesslich müssen Wahlbefragungen in der Schweiz spätestens zehn Tage vor dem Wahltag veröffentlicht sein. Ihr mittlerer Erhebungstag liegt damit am Entscheidungstag schon zwei bis drei Wochen zurück. Nur unter der Annahme, dass in dieser Frist nichts Relevantes mehr passieren würde, könnte die letzte Bestandesaufnahme direkt als Prognose verwendet werden.

Ein generelles Problem in der Kommunikation von Wahlbefragungen besteht: Es handelt sich um die teilnahmewilligen Personen, die in der Parteifrage unentschieden sind. Würden sie ausgewiesen, wären die Anteile aller Parteien geringer. Da Wahlbefragungen automatisch mit der letzten Wahl verglichen werden, wäre die hauptsächliche Aussage, dass (fast) alle verlieren würden. Das ist selbstredend Unsinn. Deshalb werden die Aussagen zu den Parteistärken auf hundert Prozent projiziert, wobei die bisherigen Erfahrungen, wie sich Unentschiedene verteilen, beigezogen werden.

1.4. Die Berichterstattung

Der Bericht gliedert sich nach der Einleitung in den Befunde- und den Syntheseteil. Der Befundeteil referiert die Ergebnisse zu den Wahlabsichten, den Mobilisierungsbereitschaften, der Positionierung der Parteiwählerschaften, ihrer sozialstrukturellen Zusammensetzung, den Images der Parteien, Themen-, Personen- und Kampagnenfragen sowie dem Schwerpunktsthema.

Über das Projektteam, das die Berichterstattung vornimmt, orientiert der Anhang des Berichtes. Geleitet wurde es von Claude Longchamp, Institutsleiter gfs.bern, Lehrbeauftragter an den Universitäten Bern, St. Gallen, Zürich und Bern. Verfasst wurde der Bericht gemeinsam von ihm und Martina Imfeld, Projektleiterin am Forschungsinstitut gfs.bern.

Die Datenanalyse und grafische Aufarbeitung leisteten Stephan Tschöpe und Jonas Ph. Kocher, beide wissenschaftliche Mitarbeiter, und das Layout erstellte Silvia Ratelband. Die Datenbank auf Internet betreut Andreas Stettler, Lukas Golder, Mediensprecher des gfs.bern, ist für die Kommunikation nach aussen zuständig.

2. Befunde

2.1. Entscheidungsabsichten

2.1.1. Aktueller Stand der Wahlabsichten

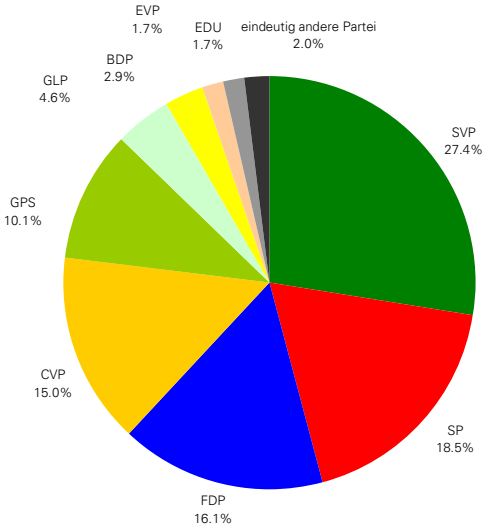
Wäre bereits am 29. Juli 2011 gewählt worden, hätten die Wahlberechtigten, die sich an der Wahl bestimmt beteiligt hätten, ihre Stimmen wie folgt auf die Parteien verteilt:

Grafik 10:

Filter Aktuelle Parteistärken

"Wenn am nächsten Sonntag schon Nationalratswahlen wären, welcher Partei würden Sie heute Ihre Stimme hauptsächlich geben?"

in % Wahlberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen und eine Parteipräferenz haben



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = 895)

Die grösste Partei wäre die SVP mit 27.4 Prozent WählerInnenanteil gewesen, gefolgt von der SP mit 18.5, der FDP mit 16.1 und der CVP mit 15.0 Prozent.

Danach weist das Wahlbarometer die GPS mit 10.1 Prozent der Stimmen aus, während die GLP auf 4.6 und die BDP auf 2.9 Prozent gekommen wären.

EVP und EDU wären bei je 1.7 Prozent gelegen. Alle anderen Parteien hätten weniger als ein Prozent gehabt.

46 Prozent der Wahlberechtigten hätten sich an der Entscheidung beteiligt.

2.1.2. Vergleich zu 2007: Veränderung der Parteistärken

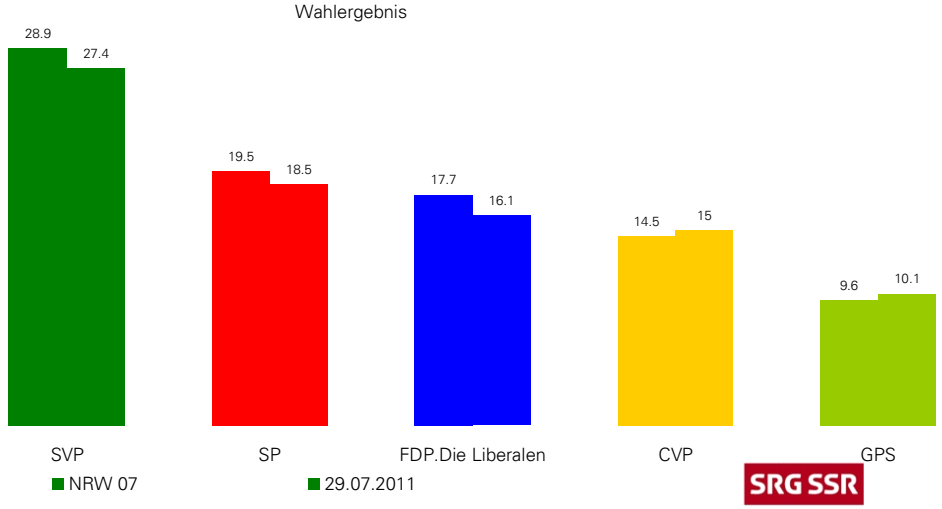
Die Reihenfolge unter den Parteien wäre gleich wie die bei den Wahlen 2007 gewesen. Einzig bei der BDP ist dieser Bezug nicht möglich, da es sie damals noch nicht gab. Diese Partei würde sich gemäss Wahlbarometer aber unverändert nicht an fünfter– wie es ihre Regierungsbeteiligung erwartet liesse –, sondern an siebter Stelle finden. Sie läge damit konstant hinter der GPS und der GLP.

Grafik 11:

Aktuelle Parteistärken im Vergleich zu NRW 07 (1)

"Wenn am nächsten Sonntag schon Nationalratswahlen wären, welcher Partei würden Sie heute Ihre Stimme hauptsächlich geben?"

in % Wahlberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen und eine Parteipräferenz haben, resp. Wahlergebnis



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = 895)

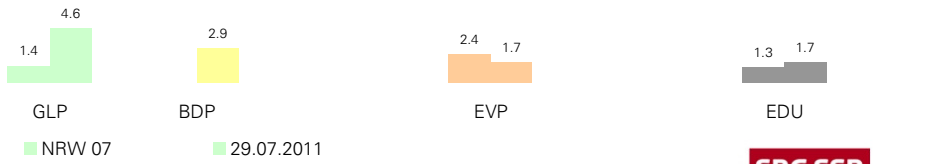
Eigentliche GewinnerInnen der (angenommenen) Wahl wären damit die GLP und die BDP gewesen. Sie hätten gerundet je drei Prozentpunkte zugelegt. Die Verliererinnen wären die FDP und SVP mit je rund eineinhalb Prozent Minus respektive die SP mit rund einem Prozent weniger als 2007 gewesen.

Grafik 12:

Aktuelle Parteistärken im Vergleich zu NRW 07 (2)

"Wenn am nächsten Sonntag schon Nationalratswahlen wären, welcher Partei würden Sie heute Ihre Stimme hauptsächlich geben?"

in % Wahlberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen und eine Parteipräferenz haben, resp. Wahlergebnis



© SRG/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = 895)

Aufgrund der geringeren Abweichungen vom Ergebnis 2007 wird man bei CVP und GPS am ehesten von einem Halten ausgehen können.

Verändert haben sich damit die Abstände unter den Parteien. Überhaupt, das Parteiensystem der Schweiz nimmt neue Gestalt an. Es hat eine grosse Partei, vier mittlere, zwei kleinere und eine Reihe kleinster Parteien. Neun Parteien repräsentierten national je ein Prozent oder mehr.

Hauptgrund hierfür ist, dass sich zwei neue Parteien etablieren konnten. Innovationen im Parteiensystem im Umfeld von Wahlen sind nicht neu. Neu ist indessen, dass sie über ihren oder ihre Ursprungskanton(e) hinaus ausdehnen und damit von einer lokalen Erscheinung zu einem nationalen Phänomen werden.

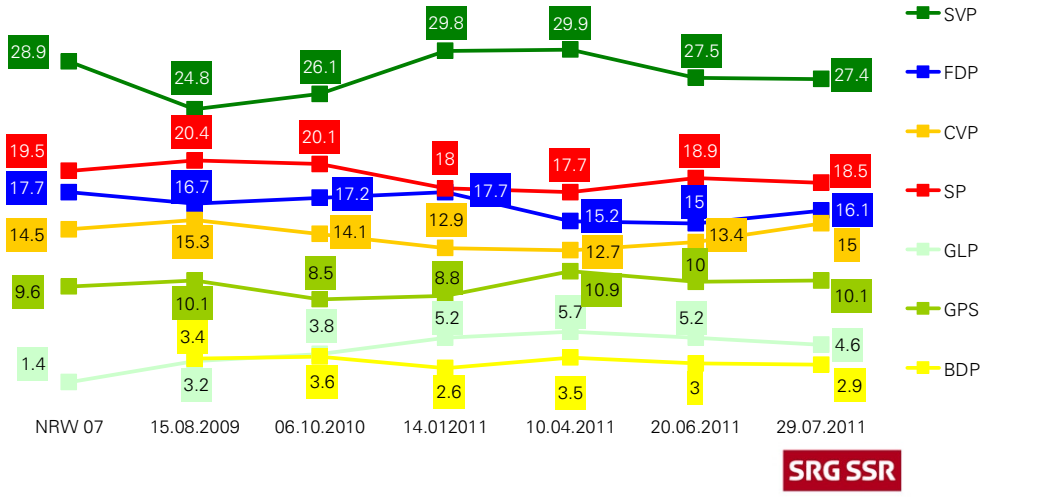
Ursachen dafür sind zunächst die lange vorherrschende Polarisierung der Parteienlandschaft zwischen SVP und rotgrünen Parteien einerseits, der elektorale Niedergang des bürgerlichen Zentrums anderseits. Beides zusammen hat die GLP und BDP zunächst als Korrektiv gegen die Polarisierung entstehen lassen, dann aber zu einer neuen Konkurrenzsituation links und rechts der politischen Mitte geführt.

Grafik 13:

Trend Filter Aktuelle Parteistärken 2007 – 2011

"Wenn am nächsten Sonntag schon Nationalratswahlen wären, welcher Partei würden Sie heute Ihre Stimme hauptsächlich geben?"

in % Wahlberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen und eine Parteipräferenz haben



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = jeweils ca. 900)

Das ist, über die einzelnen Wellen hinweg betrachtet, die konstante Neuerung in den Ergebnissen der Wahlbarometer-Serie. Was die anderen Parteien betrifft, gibt es nicht ein eindeutiges Muster. Vielmehr schwanken die Resultate in kürzeren Intervallen, was am ehesten mit den Themen zu tun hat, die im Wahlkampf phasenweise dominierten, und den Parteien mehr oder weniger nützten oder schadeten. Letztlich können wir, retrospektiv, zwei grosse Themenzyklen identifizieren:

- die "Swissness-Phase", ausgelöst durch das Ja der Stimmenden zur Ausschaffungsinitiative, welche die Migrationsfrage flächendeckend problematisiert, was der SVP nützte, allen anderen grösseren Regierungsparteien schadete.
- die "Fukushima-Phase", schlagartig lanciert durch den Reaktorunfall in Japan, der selbst in der Schweiz die Kernenergiepolitik beeinflusste, was die grünen Parteien beförderte, die FDP in Positionierungsschwierigkeiten brachte und der SVP das Wahlkampfthema streitig machte.

Aktuell befinden wir uns möglicherweise am Anfang eines dritten solchen Zyklus, ausgelöst durch den hohen Frankenkurs, der das Gefühl der nationalen Bedrohung auslöste, in seinen Auswirkungen aber noch nicht klar eingeordnet werden.

Gemeinsam ist den neuen Themenzyklen, dass sie im Schnittfeld globaler und nationaler Politik stehen, in der Regel auf internationale Ursachen zurückgehen,

die aber in der Schweiz Auswirkungen zeigen. Das entwertet nationale Politik, weil sie nicht mehr Herr über die Themenagenda ist, sondern als Getriebene unter Druck Lösungen erarbeiten muss, von denen niemand weiss, ob sie die richtigen sind und wie beabsichtigt wirken. Vor allem für Regierungsparteien ist das ein Problem, das sich lähmend auf die Mobilisierung auswirkt.

Tabelle 4:

Wahlziele

Indikator	SVP	SP	FDP	CVP	GPS	GLP	BDP
Wählenden-Anteil	30%	20%	20%	17.7%	Über 10%	Keine Aussage	Keine Aussage
Sitze NR	Keine Aussage	Zulegen	3 Gewinne	3 Gewinne	Halten	10 Sitze	5 Gewinne
Sitze SR	Vorherr-schaft CVP knacken	Halten	1 Gewinn	Halten	1 Gewinn	Halten	Halten
Sitze Bundesrat	1 Sitzgewinn	Halten mit Bisherigen	Halten mit Bisherigen	Halten von Leuthard und Widmer-Schlumpf	Sitzgewinn, zulasten SVP oder FDP	Keine Angaben	Halten mit Bisheriger
Aktuelle Beurteilung, Wähleranteil/ Sitze NR	Knapp verfehlen	Knapp Verfehlen	Verfehlen	Verfehlen	Erreichen	(Erreichen)	(Verfehlen)

© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011

Verglichen mit den selbstdeklarierten Wahlzielen der Parteien kann man festhalten: Die GLP und die GPS hätten sie wohl erreicht. Bei der BDP fällt die Einschätzung nicht einfach aus, da sie nicht in nationalen Wählerstärken, aber in Sitzen rechnet. Das Ziel wäre möglicherweise aber nicht ganz geschafft worden. Dasselbe gilt fast sicher auch für die FDP, etwas eingeschränkt auch für SVP, CVP und SP.

Selbstredend ist, dass nicht alle Parteien ihre Wahlziele erreichen können. Aufaddiert wollen allein die sieben genannten Parteien zusammen rund 105 Prozent der Wählenden repräsentieren.

2.1.3. Die Beteiligungsabsicht

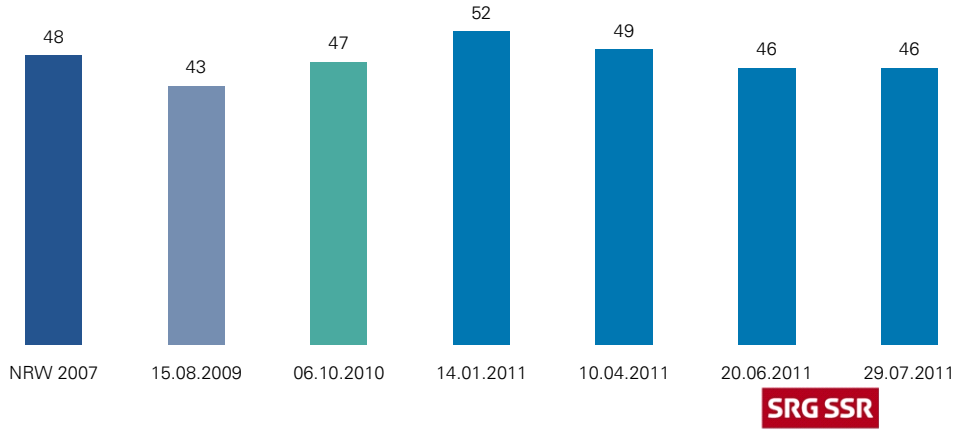
Die aktuelle Wahlbeteiligung wäre gemäss Wahlbarometer bei 46 Prozent gewesen. Sie wäre damit etwas tiefer ausgefallen, als sie vor vier Jahren effektiv war.

Grafik 14:

Teilnahmeabsicht an nächsten Nationalratswahlen im Vergleich zu Teilnahme NRW 2007

"Man weiss ja nie, was die Zukunft bringt. Wenn Sie aber an die nächsten Nationalratswahlen denken, werden Sie dann daran bestimmt teilnehmen, eher teilnehmen, eher nicht teilnehmen oder sicher nicht teilnehmen?"

in % Wahlberechtigter, resp. Teilnehmende 2007



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (N = jeweils ca. 2000)

gfs.bern Menschen. Meinungen. Märkte.

Am höchsten seit den letzten Nationalratswahlen war die gemessene Beteiligungsabsicht anfangs Wahljahr. Die Schweiz stand damals unter dem starken Eindruck der Volksabstimmungen vom 28. November 2010. Die Ausschaffungsfrage einerseits, die Steuergerechtigkeit anderseits hatten die Stimm- und Wahlberechtigten aufgewühlt und zu einer erheblichen Mobilisierungsbereitschaft des Elektorats geführt. Es herrschte Wahlstimmung ohne Wahlkampf!

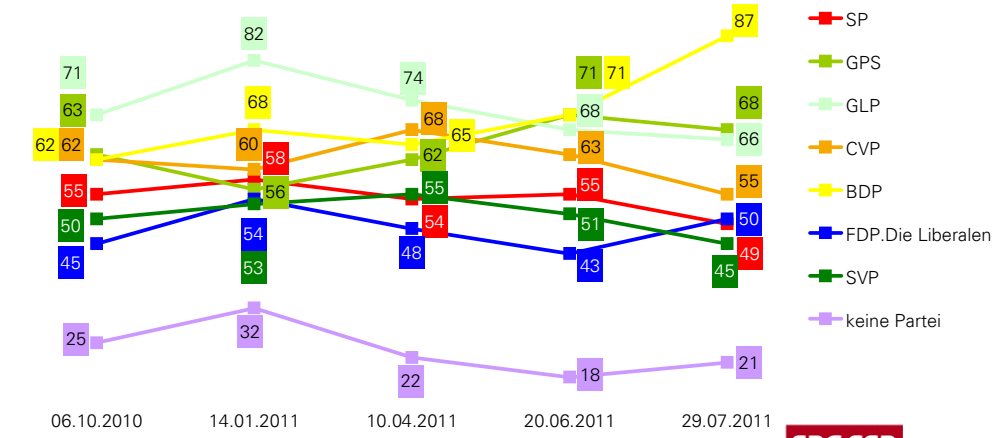
Zwischenzeitlich hat sich das Klima verändert. Die Polarisierung ist gewichen; vorherrschend ist die Verunsicherung, die (vorerst mindestens) nicht mobilisierend wirkt. Eingesetzt hat dies mit dem Reaktorunfall im japanischen Fukushima respektive mit dem Kurswechsel des Bundesrates in Sachen Kernenergie. Verstärkt wird dies durch die Diskussionen über den starken Frankenkurs. Kennzeichen des neuen Klimas ist, das grundlegende Sicherheiten wie sichere Energie oder vorteilhafter Franken durch globale Ereignisse in Frage gestellt werden, was politischen Druck erzeugt. Dies überrascht die Mehrheit der Akteure, sodass sie meist schnell reagieren müssen. Anders als bei innenpolitisch erzeugten Problemen haben namentlich die Parteien kaum Zeit, sich dem Thema anzunehmen, Lösungen zu arbeiten, sie intern breit abzustützen und so zu wahlrelevanten Konfliktthemen zu formen. Vielmehr dominieren Expertenmeinungen und organisierte Interessen, die an die Behörden gerichtet werden, die relativ rasch zu handeln beginnen.

Grafik 15:

Trend Teilnahmeabsicht an nächsten Nationalratswahlen nach Parteibindung

"Man weiss ja nie, was die Zukunft bringt. Wenn Sie aber an die nächsten Nationalratswahlen denken, werden Sie dann daran bestimmt teilnehmen, eher teilnehmen, eher nicht teilnehmen oder sicher nicht teilnehmen?"

in % Wahlberechtigter mit jeweiliger Parteipräferenz



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (N = jeweils ca. 2000)

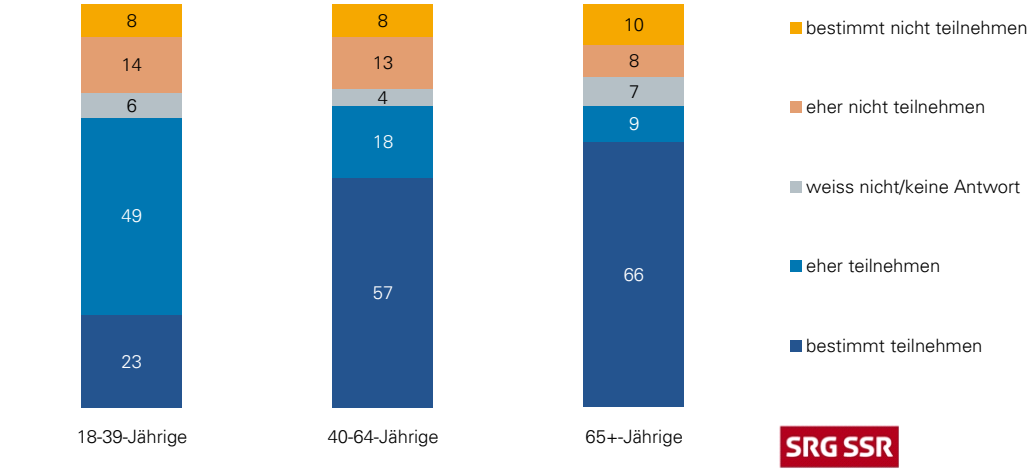
Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass die Mobilisierungsbereitschaft der denkbaren Wählerschaften der meisten Parteien im Verlaufe des Wahljahres zurückgegangen ist. Das gilt für SVP, SP und GLP eindeutig, für CVP und GPS aktuell. Dem Trend widersetzen konnten sich neuerdings die FDP, während bei der BDP der Aufstieg der Beteiligungsbereitschaft mit dem Fukushima-Ereignis einsetzte.

Grafik 16:

Teilnahmeabsicht an nächsten Nationalratswahlen nach Alter

"Man weiss ja nie, was die Zukunft bringt. Wenn Sie aber an die nächsten Nationalratswahlen denken, werden Sie dann daran bestimmt teilnehmen, eher teilnehmen, eher nicht teilnehmen oder sicher nicht teilnehmen?"

in % Wahlberechtigter



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (N = 2005), sig.

Signifikante Unterschiede ergeben sich nach Alter und nach Schicht. So wollen RentnerInnen zu 66 Prozent wählen gehen, während der Vergleichswert bei den 18- bis 39-Jährigen bei 23 Prozent liegt. Auch schichtmässig gibt es erhebliche Unterschiede: BürgerInnen mit einer weiterführenden hohen Ausbildung

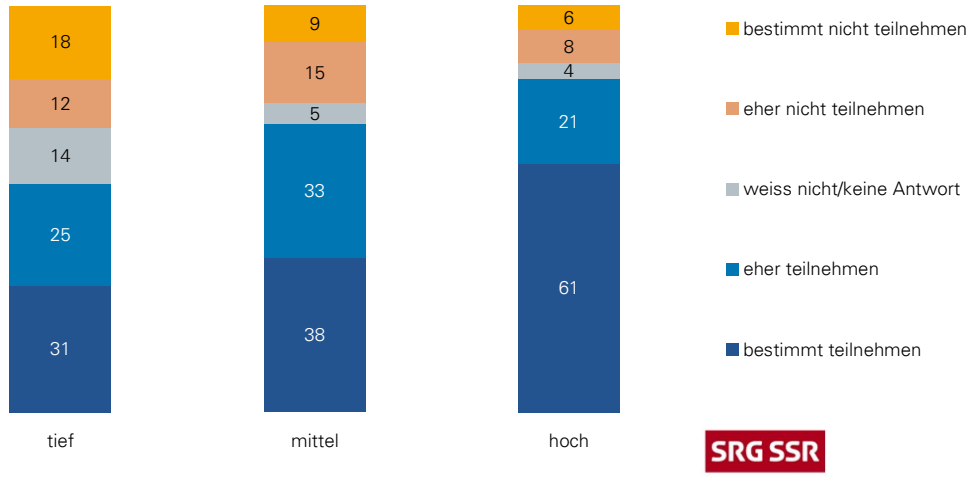
würden heute zu 61 Prozent wählen, AbsolventInnen der obligatorischen Schulzeit indessen nur zu 31 Prozent.

Grafik 17:

Teilnahmeabsicht an nächsten Nationalratswahlen nach Bildung

"Man weiss ja nie, was die Zukunft bringt. Wenn Sie aber an die nächsten Nationalratswahlen denken, werden Sie dann daran bestimmt teilnehmen, eher teilnehmen, eher nicht teilnehmen oder sicher nicht teilnehmen?"

in % Wahlberechtigter



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (N = 2005), sig.

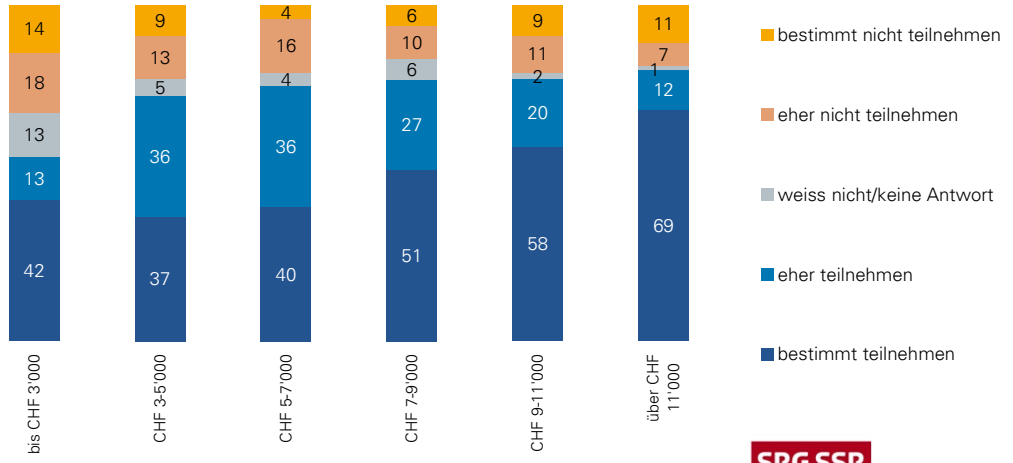
Die höchste Beteiligungsabsicht kennen die höchsten Einkommensklassen.

Grafik 18:

Teilnahmeabsicht an nächsten Nationalratswahlen nach Haushaltseinkommen

"Man weiss ja nie, was die Zukunft bringt. Wenn Sie aber an die nächsten Nationalratswahlen denken, werden Sie dann daran bestimmt teilnehmen, eher teilnehmen, eher nicht teilnehmen oder sicher nicht teilnehmen?"

in % Wahlberechtigter



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (N = 2005), sig.

Nicht signifikant sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern und den Siedlungsarten. Männer wie Frauen, Städter wie LandbewohnerInnen sind etwa gleich stark mobilisiert.

2.1.4. Die Wählerstromanalyse

Abschliessend zu den Verhaltensabsichten sei noch die Wählerstromanalyse präsentiert. Wir verzichten hier auf Prozentangaben, weil sich die Werte auf 100 Prozent Wahlberechtigte beziehen müssen, sind doch die Elektorate 2007 und 2011 auf personeller Ebene nicht deckungsgleich.

Tabelle 5:

Typisierung Veränderung der Parteien

Typisierung	Mobilisierung	Neue Angebote	Polarisierung zur SVP	Polarisierung zur GPS	Sog in die Mitte
Bisherige Gewinnerinnen 2007/11					
GLP	Sehr positiv	Gewinne FDP, GPS			
BDP	Positiv	Gewinne SVP			
GPS	Positiv	Verluste GLP			
CVP	Leicht negativ				Gewinne von SP
Bisherige Verliererinnen 2007/2011					
SPS	Leicht negativ				Verluste an CVP
SVP	Leicht negativ	Verluste BDP			
FDP	Leicht negative	Verluste an GLP			

© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011

Zunächst können wir festhalten, dass die geringere Wahlbeteiligung namentlich den Polparteien schadet, aber auch den traditionellen Zentrumsparteien. Wäre sie insgesamt höher, würde die Polarisierung zunehmen, sodass SVP, vielleicht auch SP profitieren würden, während die Mobilisierungsprobleme des Zentrums wohl bleiben würden. Anders ist die Bilanz aus Neumobilisierung und Demobilisierung bei den neuen respektive bei den grünen Parteien. Sie profitieren davon, an sich neue Angebote zu sein respektive angesichts des Kurswechsels in der Kernenergiepolitik Parteien im Trend zu sein, was vor allem bisherigen Nichtwählende anspricht.

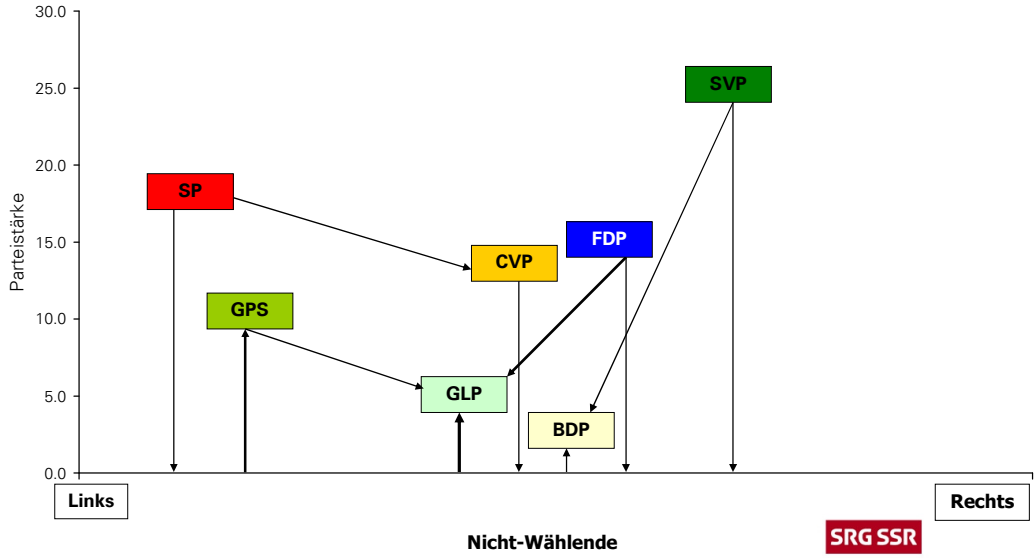
Die GLP ist auch bei den Wählenden, welche die Partei wechseln wollen, an der Spitze. Sie profitierte namentlich von Ex-Wählenden der FDP und der GPS. Bei der BDP gibt es diesmal eine schwache Tendenz, enttäuschte WählerInnen der SVP abholen zu können. Zudem profitiert die CVP etwas von ehemaligen Wählenden der SP, für welche die Partei zu klar links steht.

Die aktuelle Wählerstromanalyse sieht damit wie folgt aus:

Grafik 19:

Wählerstromanalyse aufgrund der aktuellen Parteistärken und der Positionierung auf der Links-/Rechts-Achse

In % Wahlberechtigte, die bestimmt teilnehmen wollen und eine Parteipräferenz haben



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08. 2011

Wir signalisieren mit der Pfeildicke die Stärke der Veränderungen. Wo die Bilanzen gering ausfallen, verzichten wir ganz auf Pfeile.

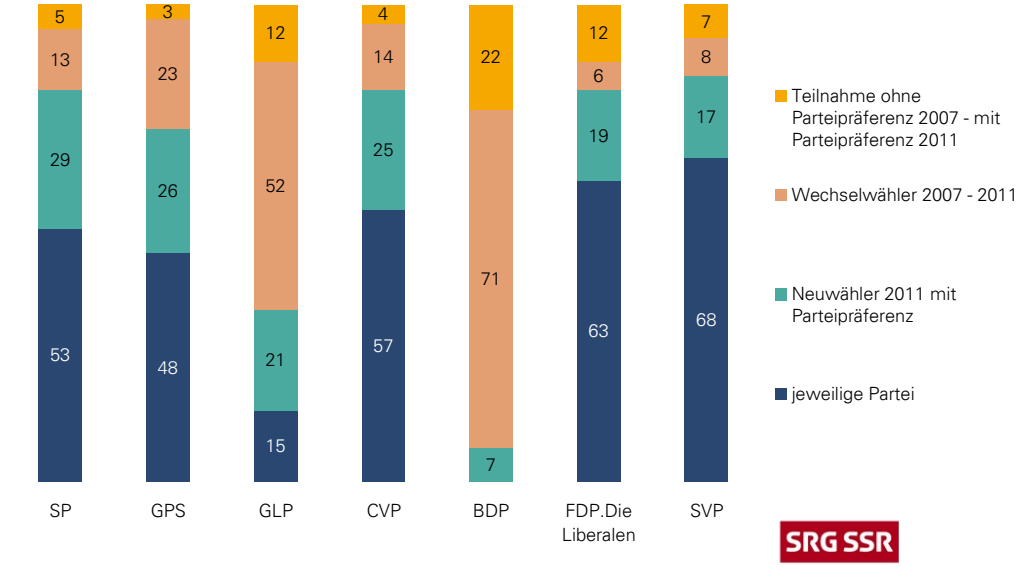
Abschliessend aufgezeigt sei, wie wichtig die verschiedenen Wählertypen insgesamt sind. Unterschieden wird in der retrospektiven Betrachtung dabei zwischen Stammwählenden, Wechselwählenden und Neuwählenden. Hinzu kommen noch die Teilnehmenden 2007, die nicht mehr wissen, was sie gewählt haben, 2011 aber wieder wählen wollen und da eine Aussage machen.

Die BDP hat das krasseste Profil. Sie lebt von Wechselwählenden, in geringem Masse fast von allen Parteien. Da die Fallzahlen hier gering sind, zeigt sich das in der obigen Grafik weniger deutlich, stellen wir da doch nur auf die eindeutigen Wanderungen ab. Ähnliches ergibt sich auch bei der GLP, wie schon die vorhergehende Grafik zeigte. Diesen beiden Parteien gemeinsam ist, dass die WechslerInnen quantitativ wichtiger sind als die Neumobilisierten.

Grafik 20:

Herkunft der aktuellen Parteiwählerschaften

in % Wahlberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen mit jeweiliger Parteipräferenz 2011



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = 895), sig.

Das ist bei allen anderen Parteien heute nicht mehr der Fall. Wer etabliert ist, kann sich letztlich nur durch Neumobilisierungen namhaft verbessern. Ganz vergleichbar ist das mit der obigen Grafik nicht, da diese auf Bilanzen von Neu- und Demobilisierungen abstellt.

2.2. Themen und Parteienkompetenzen

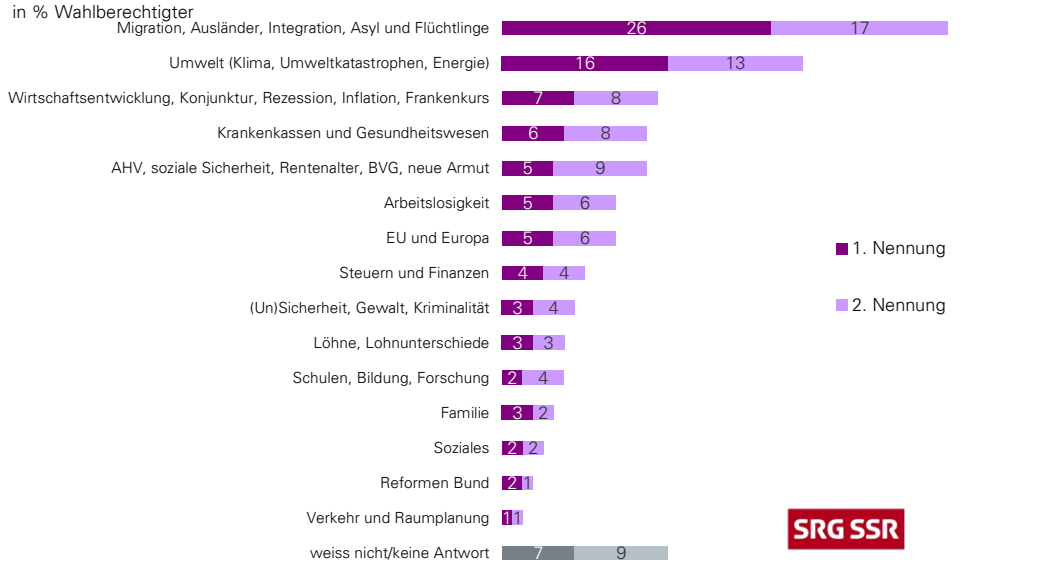
2.2.1. Die Themenorientierung der Schweizer Wählerschaft

Ende Juli 2011 sehen die Schweizer Wahlberechtigten erstmals seit Anfang Jahr wieder die Migrationspolitik als dringendstes Problem der Schweizer Politik. Diese Thematik hat die Sorgen um die Umwelt aktuell auf den zweiten Rang verdrängt. Der viel beschworene Fukushima-Effekt scheint nach nur gerade vier Monaten wieder abgeklungen zu sein, obwohl sich die Problemwahrnehmung rund um Umwelt nach wie vor auf erhöhtem Niveau befindet. Neu in der Liste der prioritären Probleme sind auf dem dritten Rang Nennungen rund um die Wirtschaftsentwicklung zu finden und zwar erstmals seit Beginn des Wahlbarometers 2011.

Grafik 21:

Dringendstes Problem

"Welches ist Ihrer Meinung nach das dringendste Problem, das die schweizerische Politik heute lösen soll?"



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (N = 2005)

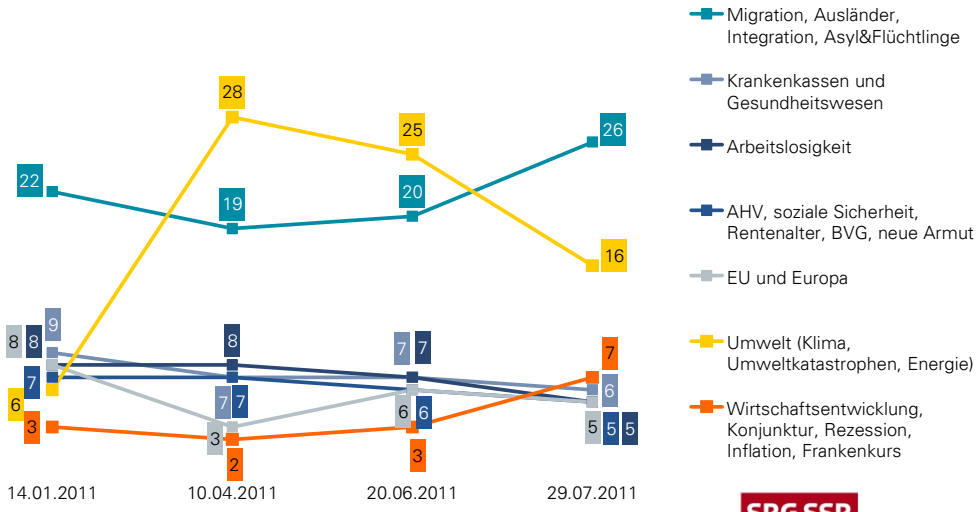
Die Themenwelt der Schweizer Wahlberechtigten ist in Bewegung und hat seit dem letzten Wahlbarometer einen neuen Impuls erfahren. Erstmals im Nachgang zum Reaktorunglück in Japan ist nicht mehr die Umwelt das prioritäre Problem der Wahlberechtigten (–9 Prozentpunkte). Zurück auf dem ersten Rang ist mit der Migrationsproblematik ein alter Bekannter aus dem Schweizer Sorgenhaushalt (+6 Prozentpunkte). Sorgen um das Gesundheitswesen, die Sozialwerke, Arbeitslosigkeit und die Europäische Union sind stabil bis leicht rückläufig, neu ist jedoch ein Anstieg der Problemwahrnehmung rund um die Wirtschaftsentwicklung zu verbuchen (+4 Prozentpunkte). Dazu dürfte insbesondere der viel diskutierte starke Frankenkurs beigetragen haben, wie auch die Entwicklungen auf den Finanzmärkten der Europäischen Union und Amerikas. Bei der aktuellen Medienaufmerksamkeit, die dem starken Franken, dem schwachen Euro und der Kreditwürdigkeit verschiedener Staaten, besonders jener der USA, zuteil wird, ist ein weiterer Aufwärtstrend der Problemnennung von wirtschaftlichen Grössen ein durchaus plausibles Szenario.

Grafik 22:

Trend prioritäre Probleme

"Welches ist Ihrer Meinung nach das dringendste Problem, das die schweizerische Politik heute lösen soll?"

in % Wahlberechtigter



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (N = jeweils ca. 2000)

Somit haben wir zeitgleich mit der Lancierung der Hauptkampagnenphase der Wahlen 2011 eine neues Issue, das sich auf der politischen Bühne präsentiert, welches noch von keiner Partei als Wahlkampfthema aufgenommen wurde, die Wählenden jedoch sichtlich zu bekümmern scheint. Einflüsse auf die Problemwahrnehmung der Wahlberechtigten durch das Doppelattentat in Oslo konnten wir keine feststellen. Weder Nennung im Zusammenhang mit Rassismus noch in Bezug auf Terrorismus oder innere Sicherheit sind gehäuft aufgetreten.

2.2.2. Die Themenorientierung nach Parteiwählerschaften

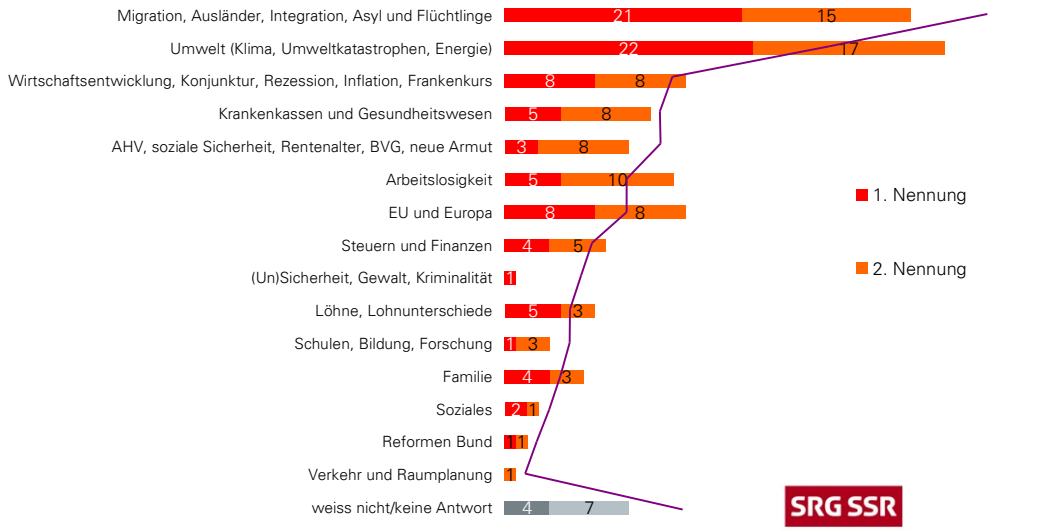
Nach Parteiwählerschaften aufgeschlüsselt zeigen sich nuancierte Unterschiede in der Problemwahrnehmung. Die Wählerschaft der SP etwa sorgt sich nach wie vor überdurchschnittlich um die Umwelt, Löhne und die Familien. Neu trifft dies unter SP-WählerInnen auch für Arbeitslosigkeit, die EU, die Wirtschaftsentwicklung sowie Steuern und Finanzen zu.

Grafik 23:

Dringendstes Problem nach Parteien: SP

"Welches ist Ihrer Meinung nach das dringendste Problem, das die schweizerische Politik heute lösen soll?"

in % Wahlberechtigter, welche SP wählen wollen



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = 384)

Lesebeispiel: Die Grafiken der dringendsten Probleme nach Parteien sind nach der nationalen Rangordnung sortiert (Nennhäufigkeit der Probleme über alle Wahlberechtigten hinweg), wobei die violette Linie jeweils die Amplitude der nationalen Nennungen wiedergibt.

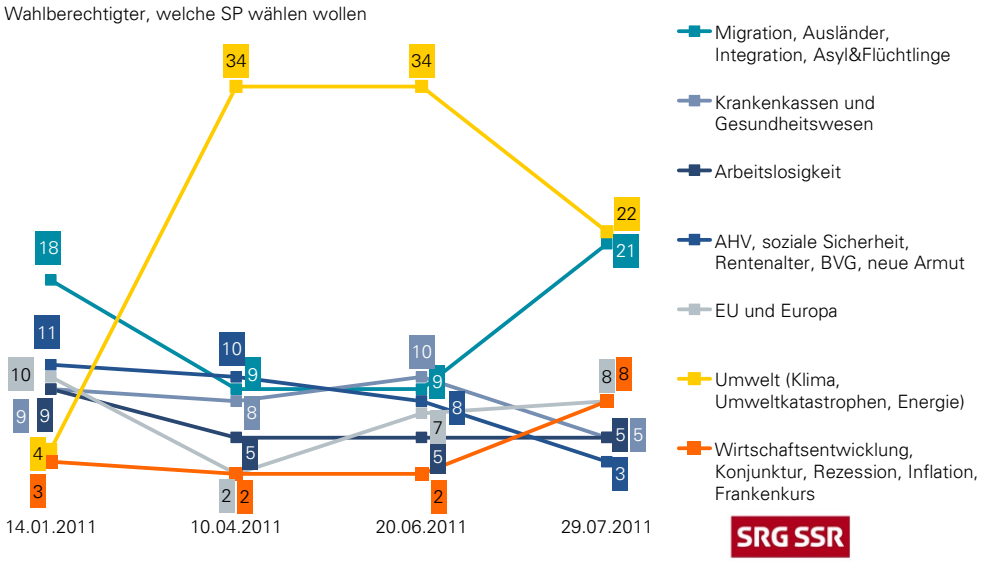
Umweltsorgen sind seitens der SP-Wählerschaft zwar nach wie vor überdurchschnittlich vorhanden, jedoch klar im Abnehmen begriffen. Exakt Gegenteiliges gilt für die Problemwahrnehmung rund um Migration (+12 Prozentpunkte). Gestiegen ist auch hier die Sorgenlast wirtschaftlicher Entwicklungen (+6 Prozentpunkte), weniger sorgt man sich hingegen aktuell um die Sozialwerke und das Gesundheitswesen (beide –5 Prozentpunkte). Stabil ist der bereits in der letzten Welle angestiegene Sorgendruck rund um die EU und auch die Arbeitslosigkeit hält sich stabil in der Problemwelt der SP-Wählerschaft.

Grafik 24:

Trend dringendstes Problem: SP

"Welches ist Ihrer Meinung nach das dringendste Problem, das die schweizerische Politik heute lösen soll?"

in % Wahlberechtigter, welche SP wählen wollen



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = jeweils ca. 360)

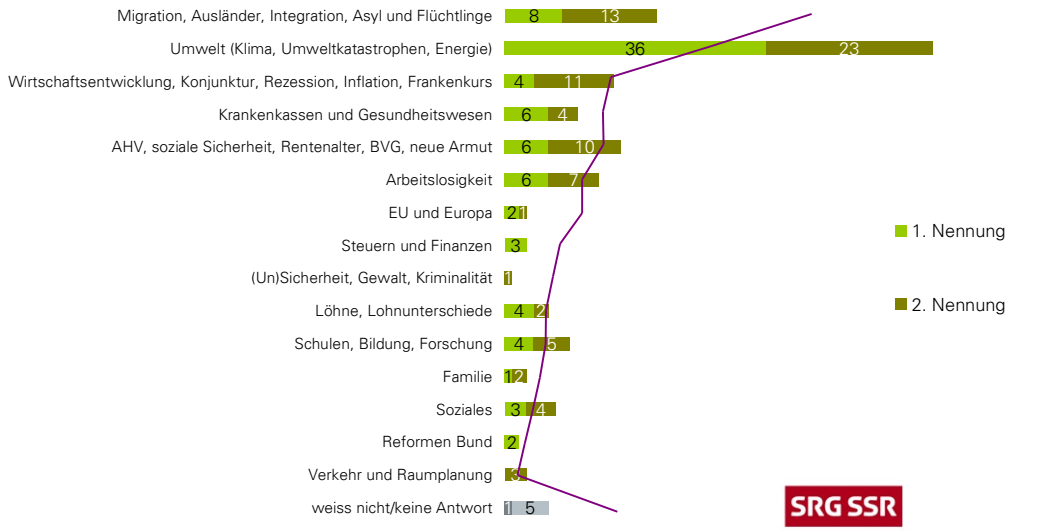
Wenn auch die Umweltsorge innerhalb der SP-Wählerschaft im Abnehmen begriffen ist, bestätigt sich mit der erneut höchsten Priorisierung dieses Problems die Affinität dieser Wählergruppe für ökologische Fragen. Noch deutlicher ist diese einzig im Umfeld der GPS- und GLP-Wählerschaften zu finden, wobei auch in diesen beiden Wählergruppen mittlerweile Rückläufe zu registrieren sind. GPS-WählerInnen sorgen sich aber nach wie vor deutlich stärker um die Umwelt als der Schweizer Durchschnitt; diese Sorge ist und bleibt oberste Priorität der GPS-Wählerschaft. Neben diesem erwartbaren Sorgendruck rund um Umwelt ist es auch in dieser Welle wieder die GPS-Wählerschaft, die am stärksten vom nationalen Durchschnitt abweicht, wobei aktuell in unterschiedlichem Ausmass ähnliche Probleme prioritär beschäftigen. Die Migrationsthematik wird von GPS-WählerInnen klar unterdurchschnittlich als problematisch wahrgenommen.

Grafik 25:

Dringendstes Problem nach Parteien: GPS

"Welches ist Ihrer Meinung nach das dringendste Problem, das die schweizerische Politik heute lösen soll?"

in % Wahlberechtigter, welche GPS wählen wollen



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = 131)

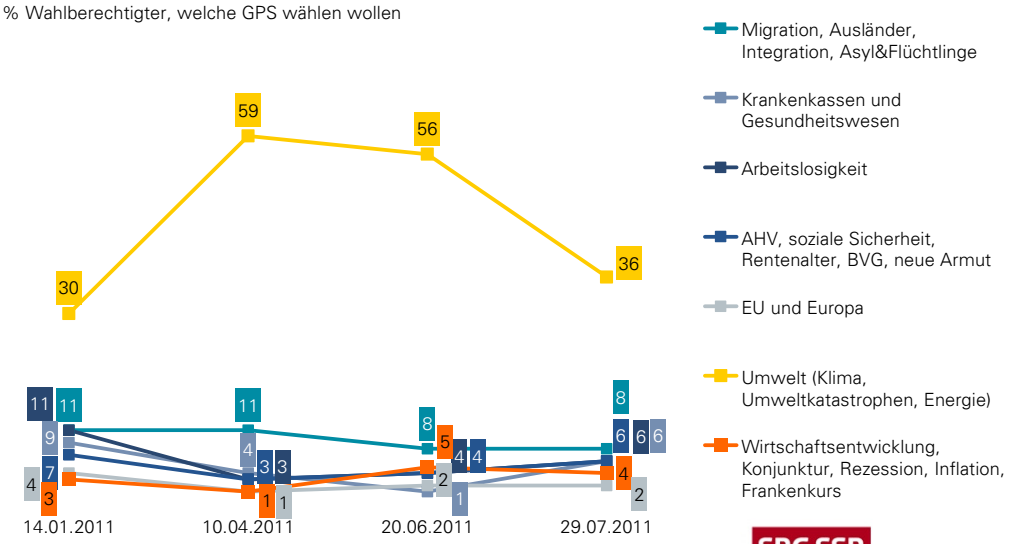
Die Trendbetrachtung der dringendsten Probleme der GPS-Wählerschaft zeigt, dass selbst in diesem Umfeld ein deutliches abklingen der Umweltsorgen vorliegt (–20 Prozentpunkte) und man sich annähernd wieder auf Niveau wie vor Fukushima um ökologische Fragen sorgt. Ansonsten ist das Sorgenbild der GPS-WählerInnen von Stabilität geprägt und einzig Sorgen rund um das Gesundheitswesen haben zugenommen (+5 Prozentpunkte). Die EU und auch die Wirtschaftsentwicklung lassen das GPS-Elektorat relativ kalt, es sorgt sich auf nach wie vor unterdurchschnittlichem und stabil tiefem Niveau um diese beiden Grössen. Gleiches gilt hier auch für die Migrationsthematik.

Grafik 26:

Trend dringendstes Problem: GPS

"Welches ist Ihrer Meinung nach das dringendste Problem, das die schweizerische Politik heute lösen soll?"

in % Wahlberechtigter, welche GPS wählen wollen



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = jeweils ca. 140)

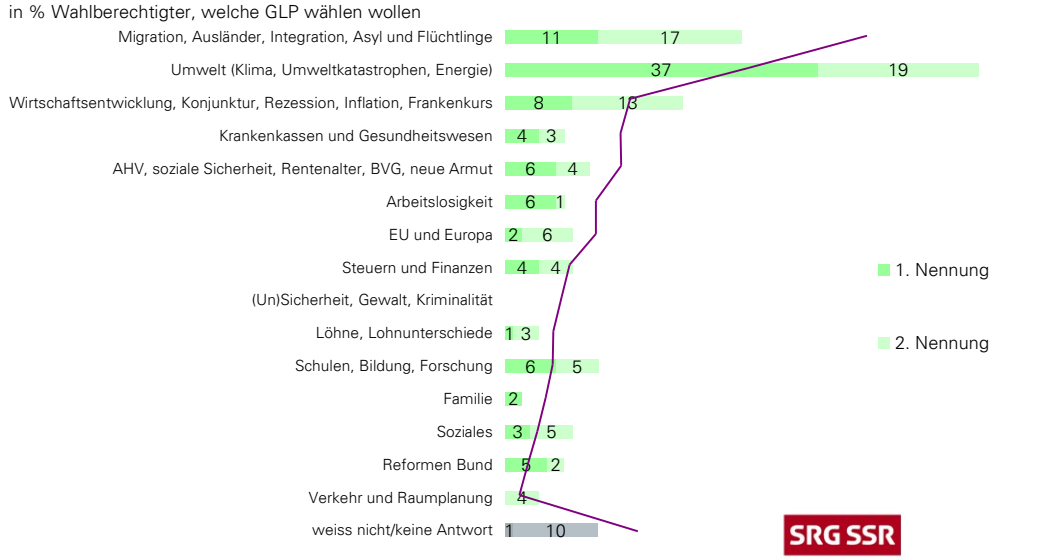
Anders sieht die Situation im GLP-Elektorat aus, wo man sich überdurchschnittlich um die Wirtschaftsentwicklung, das Schulwesen, Soziales und neu auch um Reformen beim Bund sorgt. Die EU scheint hingegen auch hier nicht als grösseres Problem wahrgenommen zu werden.

Grafik 27:

Dringendstes Problem nach Parteien: GLP

"Welches ist Ihrer Meinung nach das dringendste Problem, das die schweizerische Politik heute lösen soll?"

in % Wahlberechtigter, welche GLP wählen wollen



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = 71)

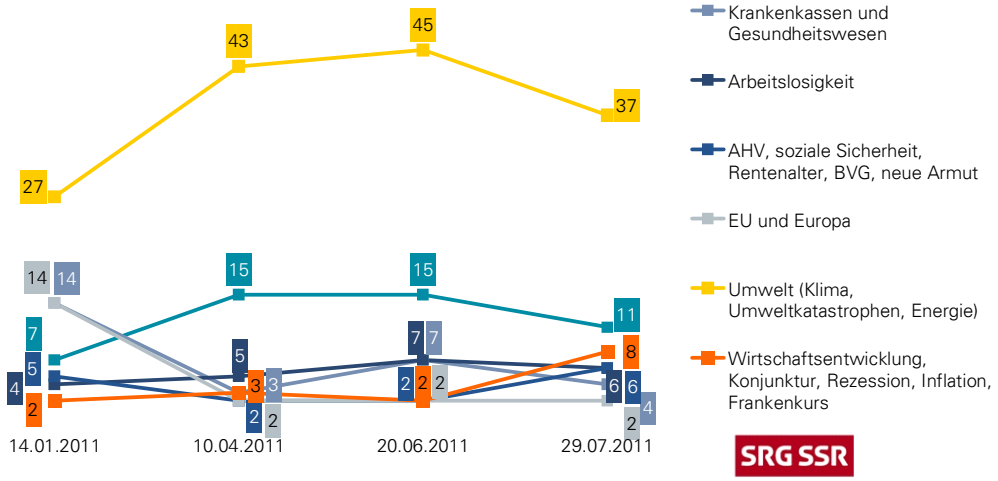
Wie die Trendbetrachtung zeigt, ist die Problemwahrnehmung der GLP-WählerInnen relativ stabil. Abgenommen haben seit der letzen Welle Sorgen um die Umwelt (–9 Prozentpunkte), die Migration (–4 Prozentpunkte) und die Krankenkassen (–3 Prozentpunkte). Mehr Probleme bereiten dagegen die Wirtschaftsentwicklung (+6 Prozentpunkte) und die Sozialwerke (+4 Prozentpunkte).

Grafik 28:

Trend dringendstes Problem: GLP

"Welches ist Ihrer Meinung nach das dringendste Problem, das die schweizerische Politik heute lösen soll?"

in % Wahlberechtigter, welche GLP wählen wollen



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = jeweils ca. 80)

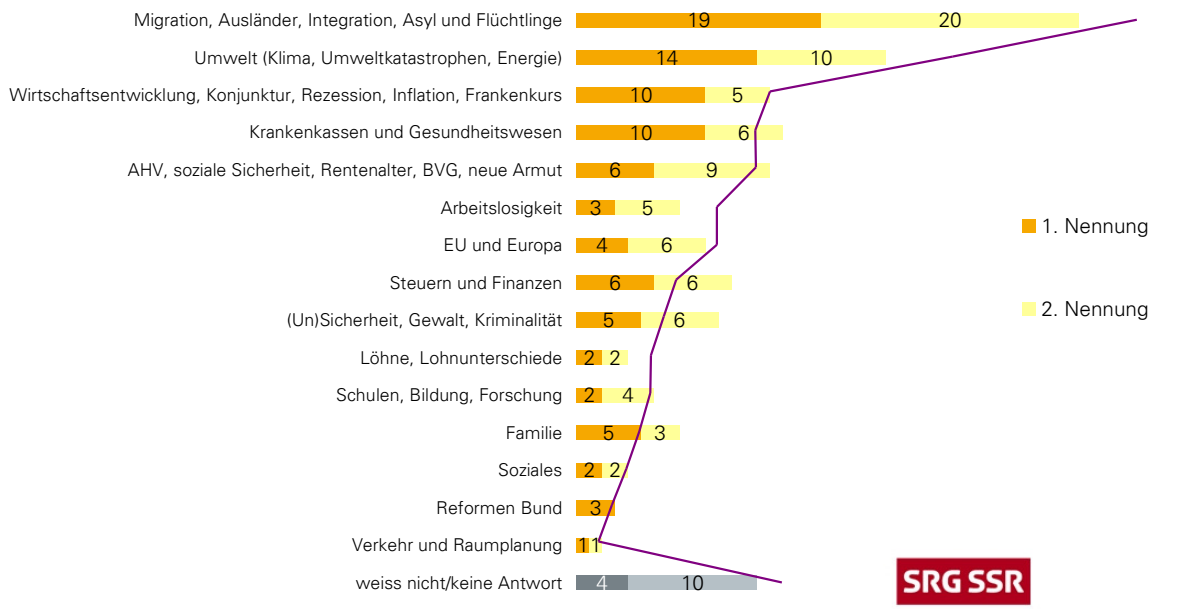
Das Themenprofil der CVP ist dem nationalen wieder ähnlicher als noch in der letzten Welle, wobei Steuern und Finanzen, Unsicherheit sowie die Familie hier verstärkt als problematisch wahrgenommen werden. Probleme mit Steuern und Finanzen würden in dieser Wählergruppe die Arbeitslosigkeit aus den prioritären Themen verdrängen.

Grafik 29:

Dringendstes Problem nach Parteien: CVP

"Welches ist Ihrer Meinung nach das dringendste Problem, das die schweizerische Politik heute lösen soll?"

in % Wahlberechtigter, welche CVP wählen wollen



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = 180)

Das Abklingen des thematischen Fukushima-Effekts ist innerhalb des CVP-Elektorats klar sichtbar (–15 Prozentpunkte). Die Umweltsorge wurde zwischenzeitlich wieder von Problemen im Zusammenhang mit Migration (+6 Prozent-

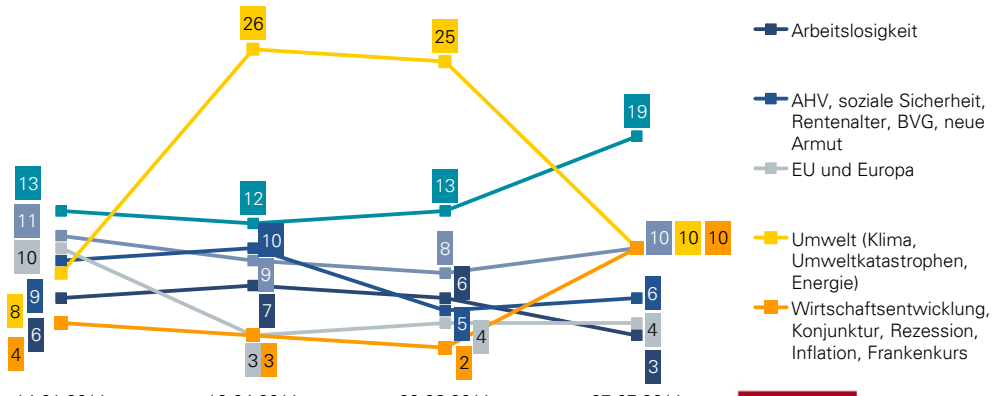
punkte) vom ersten Platz verdrängt und kommt aktuell gleichauf mit der Problemwahrnehmung um die Wirtschaftsentwicklung (+8 Prozentpunkte) und das Gesundheitswesen (+2 Prozentpunkte) zu liegen.

Grafik 30:

Trend dringendstes Problem: CVP

"Welches ist Ihrer Meinung nach das dringendste Problem, das die schweizerische Politik heute lösen soll?"

in % Wahlberechtigter, welche CVP wählen wollen



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = jeweils ca. 130)

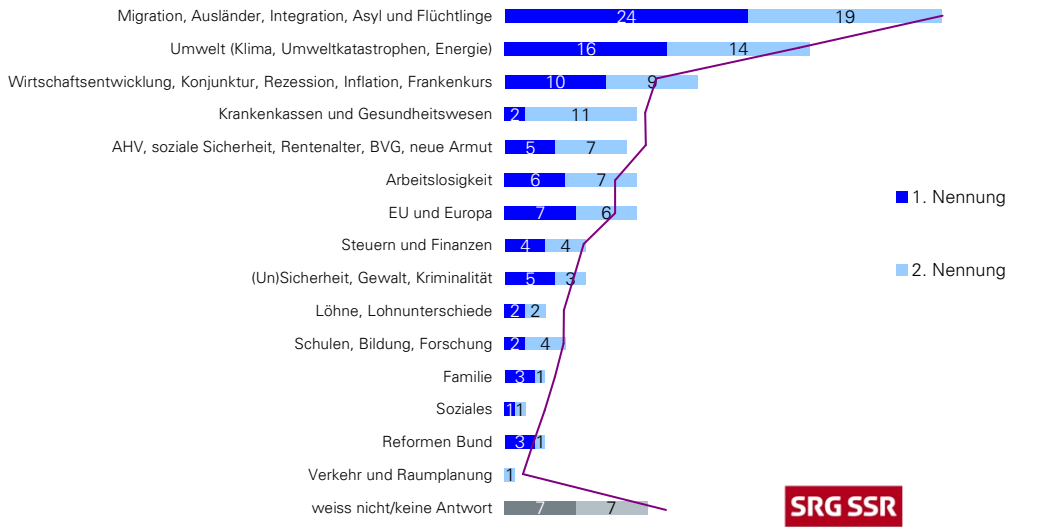
Am nächsten zum nationalen Mittel bewegt sich im Juli 2011 die FDP-Wählerschaft: Die prioritären Themen und deren Gewichtung stimmen am ehesten damit überein. Allerdings macht man sich in diesem eher wirtschaftsaffinen Umfeld tendenziell grössere Sorgen um die Wirtschaftsentwicklung, die Arbeitslosigkeit und neu auch die EU. Ein leicht geringerer Problemdruck ist in diesem Milieu hingegen im Zusammenhang mit den Sozialwerken und dem Gesundheitswesen zu verzeichnen.

Grafik 31:

Dringendstes Problem nach Parteien: FDP

"Welches ist Ihrer Meinung nach das dringendste Problem, das die schweizerische Politik heute lösen soll?"

in % Wahlberechtigter, welche FDP wählen wollen



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.06. – 07.08.2011 (n = 279)

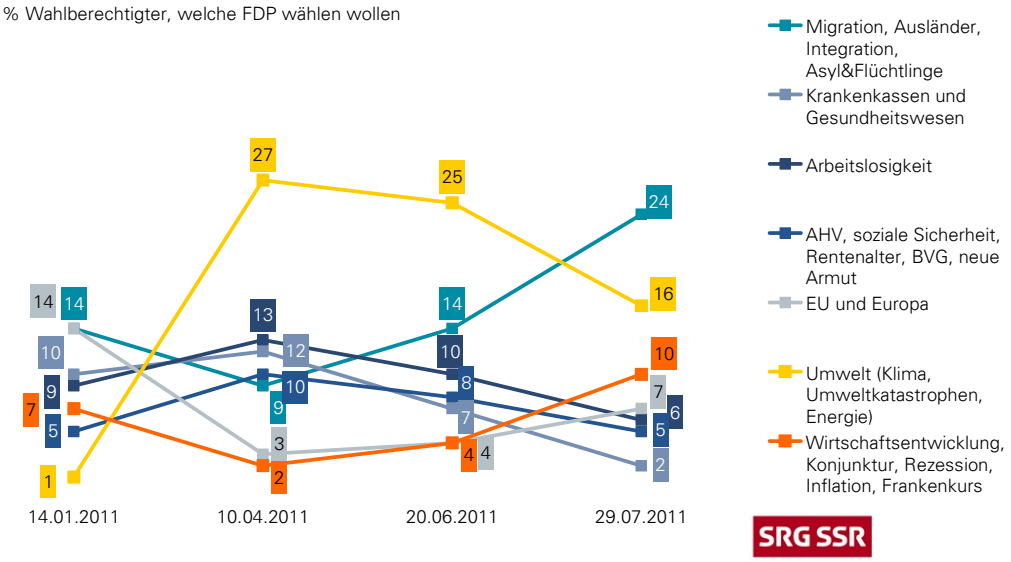
In der Trendbetrachtung zeigt sich für die FDP ein ähnliches Muster wie bei der CVP. Migration wird im Juli 2011 erstmals seit Januar wieder als dringlichstes Problem der Schweizer Politik angesehen und hat die Umweltproblematik auch hier vom Spitzenrang verdrängt (–9 Prozentpunkte). Seit April des laufenden Jahres hat die Migrationsproblematik in diesem Wählersegment stetig zugelegt, insgesamt um beträchtliche 15 Prozentpunkte. Ebenfalls zugenommen haben Sorgen um die Wirtschaftsentwicklung (+6 Prozentpunkte), die aktuell den dritten Rang belegen. Leicht verstärkt zeigen sich FDP-WählerInnen auch um die EU besorgt (+3 Prozentpunkte). Alle anderen Themen haben in dieser Wählergruppe an Sorgendruck verloren (Arbeitslosigkeit –4 Prozentpunkte, soziale Sicherheit –3 Prozentpunkte, Gesundheitswesen –5 Prozentpunkte).

Grafik 32:

Trend dringendstes Problem: FDP

"Welches ist Ihrer Meinung nach das dringendste Problem, das die schweizerische Politik heute lösen soll?"

in % Wahlberechtigter, welche FDP wählen wollen



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = jeweils ca. 280)

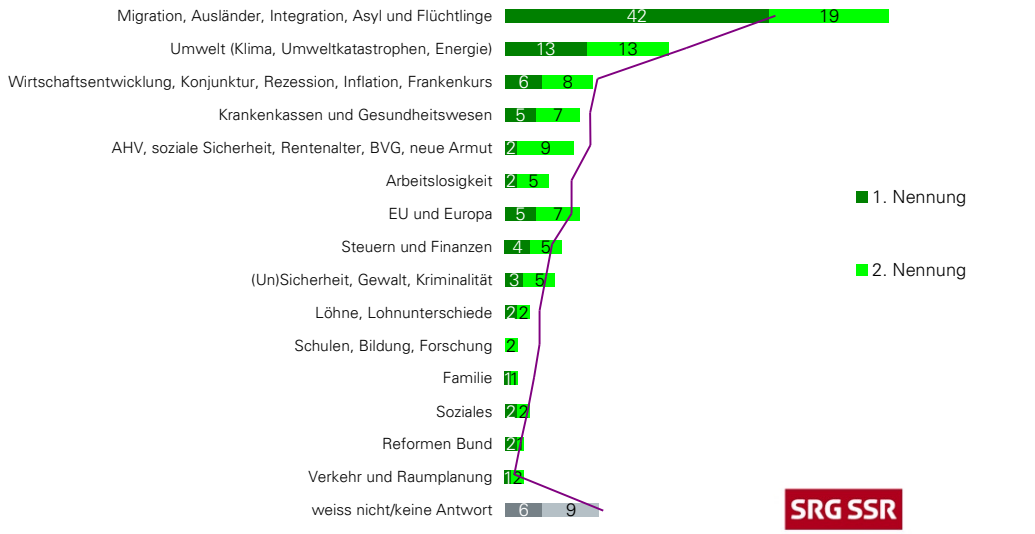
SVP-WählerInnen bewerten nach wie vor und überdurchschnittlich stark die Migration als dringendstes Problem der Schweizer Politik. Ihre Themenpriorisierung weicht in nur gerade einem Punkt von der nationalen Rangierung ab: Arbeitslosigkeit wäre in dieser Wählergruppe nicht unter den sieben prioritären Problemen, dafür aber Steuern und Finanzen, welche hier überdurchschnittlich häufig als Problem genannt werden. Ebenfalls häufiger als im nationalen Durchschnitt als problematisch eingestuft werden in diesem Umfeld die EU und die gefährdete Sicherheit. Unterdurchschnittlich sorgt sich die SVP-Wählerschaft dagegen um die Umwelt, das Gesundheitswesen, soziale Sicherheit, Arbeitslosigkeit, Löhne, Familien und das Bildungswesen.

Grafik 33:

Dringendstes Problem nach Parteien: SVP

"Welches ist Ihrer Meinung nach das dringendste Problem, das die schweizerische Politik heute lösen soll?"

in % Wahlberechtigter, welche SVP wählen wollen



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = 340)

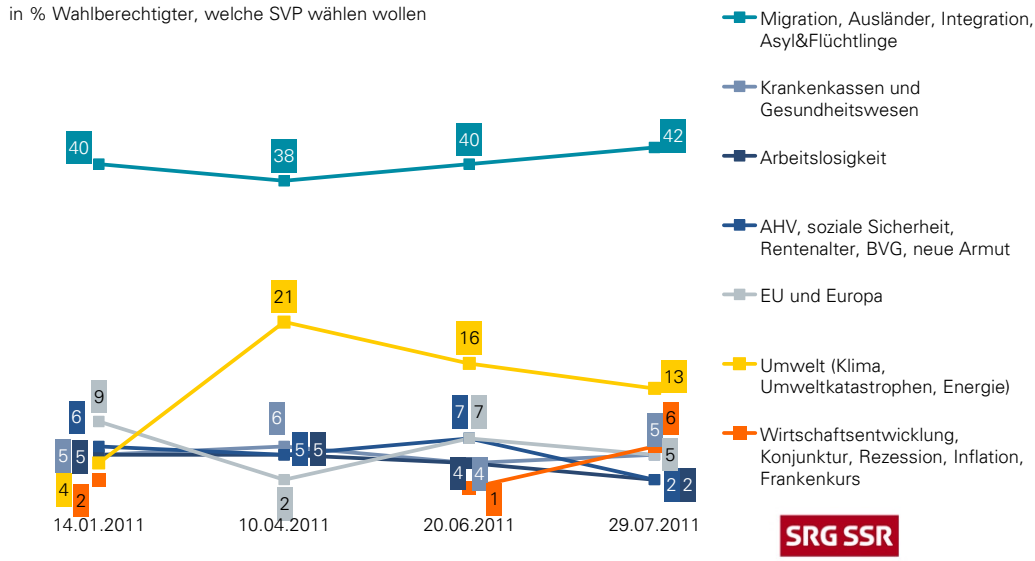
Die Migrationsthematik hält sich also zum vierten Mal in Folge auf dem ersten Rang der dringenden Probleme innerhalb der SVP-Wählerschaft, die Umwelt mit leichter Abnahme (–3 Prozentpunkte) auf dem zweiten. Rückläufig sind Nennungen der sozialen Sicherheit als Problem (–5 Prozentpunkte), angestiegen sind Sorgen um die Wirtschaftsentwicklung (+5 Prozentpunkte).

Grafik 34:

Trend prioritäre Probleme: SVP

"Welches ist Ihrer Meinung nach das dringendste Problem, das die schweizerische Politik heute lösen soll?"

in % Wahlberechtigter, welche SVP wählen wollen



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = jeweils ca. 350)

Fasst man also die Themenlage der Schweizer Wählerschaft zusammen, sind genuin drei Entwicklungen auszumachen, die zwar für einzelne Parteien nicht zutreffen mögen, die Gesamtsituation aber gut beschreiben. Erstens wurde die Sorge um die Umwelt im vierten Monat nach dem eigentlichen Reaktorunglück in Japan wieder von ihrem Spitzenrang verdrängt. Zwar bleibt sie in den Augen aller Parteiwählerschaften dringlicher als noch vor Fukushima, der Fukushima-

Effekt ist aber klar abgeklungen und nur noch drei der sieben grössten Parteianhängerschaften erachten das Problem Umwelt als das dringendste. Zweitens dominierten Probleme im Zusammenhang mit der Zuwanderung wieder das Bild und drittens scheint sich rund um den starken Franken, den schwachen Euro und die globalen Finanzmärkte ein neues Issue abzuzeichnen, das im Wahlkampf relevant werden könnte.

Tabelle 6:

Themenübersicht nach Parteien

	Top	über dem Mittel	Trend: Zunahme	Trend: Abnahme
SVP	Migration	Migration, EU, Steuern, Sicherheit	Wirtschaftsentwicklung	Umwelt, soziale Sicherheit
FDP	Migration	Wirtschaftsentwicklung, Arbeitslosigkeit, EU, Sicherheit, Reformen Bund	Migration, Wirtschaftsentwicklung, EU	Umwelt, Arbeitslosigkeit, soziale Sicherheit, Gesundheitswesen
(BDP)	Migration	Krankenkassen, soziale Sicherheit, Steuern, Sicherheit, Familie	Migration, Wirtschaftsentwicklung	Umwelt
CVP	Migration	Umwelt, Wirtschaftsentwicklung, Bildung, Soziales, Reformen Bund	Migration, Wirtschaftsentwicklung	Umwelt, Arbeitslosigkeit
GLP	Umwelt	Umwelt, soziale Sicherheit, Arbeitslosigkeit, Bildung, Soziales	Wirtschaftsentwicklung	Umwelt, Migration
GPS	Umwelt	Umwelt, AHV, Arbeitslosigkeit, Schulen, Soziales	EU, Gesundheitswesen	Umwelt
SP	Umwelt	Umwelt, Wirtschaftsentwicklung, Arbeitslosigkeit, EU, Steuern, Löhne, Familie	Wirtschaftsentwicklung, Migration	Umwelt, soziale Sicherheit

© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011

2.2.3. Parteienkompetenz zur Problemlösung

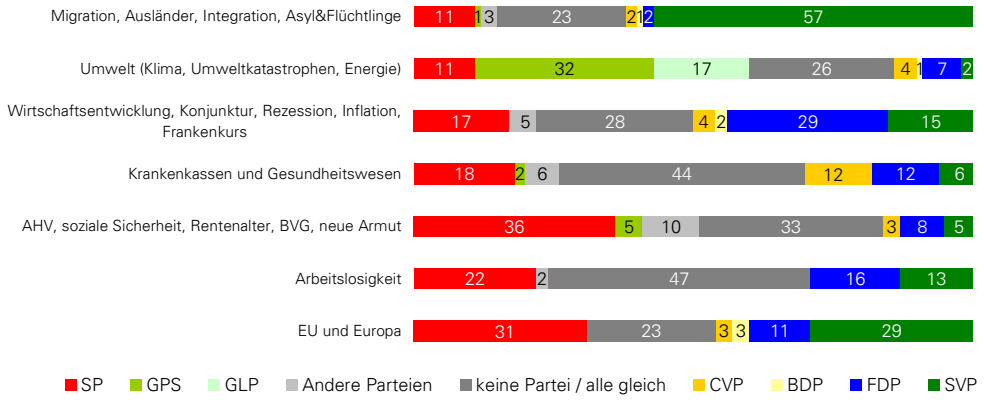
Die Frage nach den dringendsten Problemen der Wählerschaft wurde mit der Frage nach der Kompetenz der Parteien, diese zu lösen, abgerundet. Als prioritär werden dabei neu die ersten sieben statt der herkömmlichen sechs von der Gesamtwählerschaft genannten Probleme erachtet. Diese Ausweitung war aufgrund der Egalität der Nennhäufigkeit von Arbeitslosigkeit und der EU als dringendste Probleme auf den Rängen 6 und 7 notwendig. Diese Betrachtungsweise erlaubt zunächst eine Zuspitzung des Themenprofils der Parteien und zeigt wiederholt auf, dass sowohl bei den Grünen, der SVP, der SP und neu auch bei der FDP klar ein Thema dominiert, während das Themenprofil der übrigen Parteien weniger geschärft ist. Wenig überraschend treten dabei immer wieder die eigentlichen Kernthemen der genannten vier Parteien zum Vorschein. Dies ist für die FDP nicht neu an sich, das Thema Wirtschaftsentwicklung schaffte es aber Ende Juli 2011 erstmals unter die prioritären Themen.

Grafik 35:

Filter Kompetenz der Parteien in prioritären Themen

"Reden wir jetzt vom Problem, das für Sie das Dringendste ist, also das Sie zuerst genannt haben. Welche Partei trägt Ihrer Meinung nach am meisten zur Lösung des Problems bei?"

in % Wahlberechtigter, die bestimmt teilnehmen und für die das jeweilige Thema dringlich ist



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = 1061)

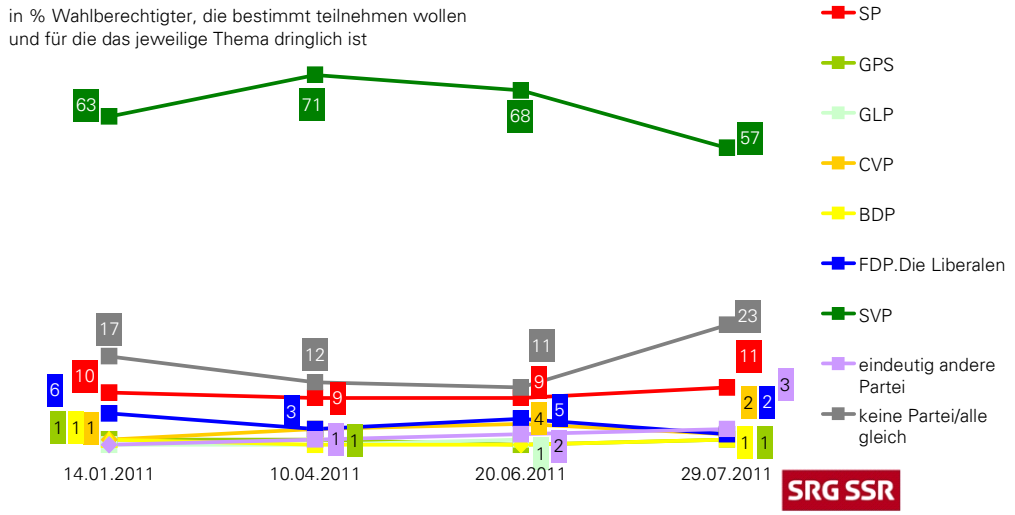
Erwähnenswert und neu ist eine kurzfristige Entwicklung in diesem Zusammenhang: der Anstieg an Verunsicherung darüber, welche Partei die dringendsten Probleme am ehesten lösen kann. Im Vergleich zum Vormonat sind die Werte von vier Parteien rückläufig, die übrigen sind stabil. Häufiger geben die Schweizer Wahlberechtigten einzig an, dass keine Partei respektive alle gleich gut oder schlecht das dringendste Problem lösen könnten. Wir werten diese Entwicklung als steigende Verunsicherung der Wählerschaft, die mit der aktuellen Unsicherheit der wirtschaftlichen Entwicklung einhergeht. Die gestarteten Wahlkampagnen der Parteien zielen allesamt an diesem Problem vorbei, was ein gewisses Vakuum entstehen liess, das nun gefüllt werden sollte. Markant ist weiter der Einbruch der GPS (–6 Prozentpunkte), der wahrscheinlich auch vor diesem Hintergrund gelesen werden muss. Ebenfalls an Problemlösungskompetenz eingebüsst hat die SVP (–5 Prozentpunkte) und dies obwohl mit der Migration ihr Stammthema wieder an der Spitze steht.

Tatsächlich ist denn auch gerade für die SVP ein leichter Einbruch der zugeschriebenen Themenkompetenz der teilnahmewilligen Wählerschaft festzustellen (–9 Prozentpunkte), während alle anderen Parteien stabile Einschätzungen erhalten. Nichtsdestotrotz hält sich die SVP hier auf nach wie vor auf hohem Niveau und stellt alle übrigen Parteien in ihren Schatten. Ihr aktueller Wert von 57 Prozent stellt jedoch den bisher tiefsten je gemessenen Wert dar. Am ehesten und deutlich verstärkt traut man Lösungen auf diesem Gebiet noch allen Parteien gemeinsam (+12 Prozentpunkte) zu, gefolgt von der SP mit 11 Prozent. Die Mitte- wie auch die Öko-Parteien werden in Migrationsfragen weiterhin als wenig kompetent wahrgenommen.

Grafik 36:

Trend Filter Kompetenz der Parteien in prioritären Themen: Migration, Ausländer, Integration, Asyl&Flüchtlinge

"Reden wir jetzt vom Problem, das für Sie das Dringendste ist, also das Sie zuerst genannt haben. Welche Partei trägt Ihrer Meinung nach am meisten zur Lösung des Problems bei?"



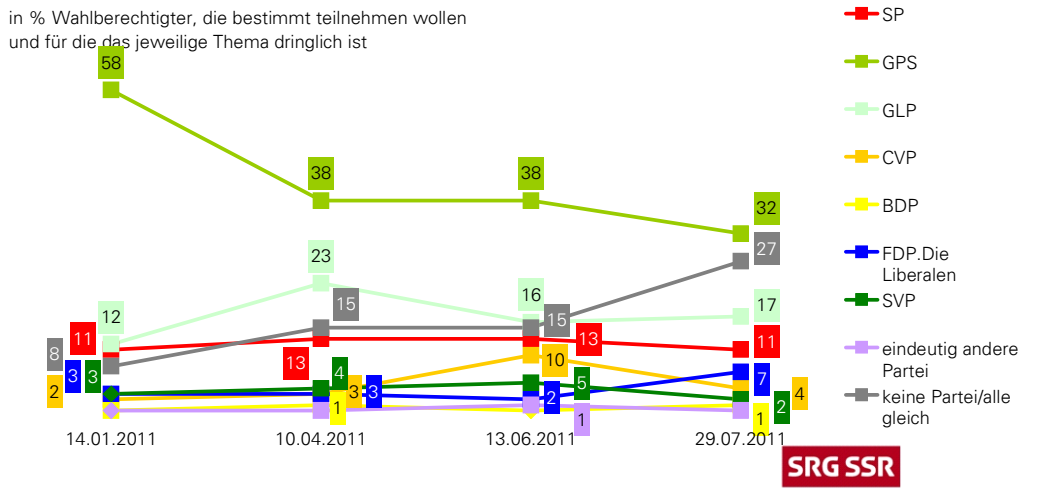
© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = jeweils ca. 1200) gfs.bern Menschen. Meinungen. Märkte.

Ganz ähnlich wenn auch auf tieferem Niveau ergeht es der GPS auf ihrem Stammgebiet Umwelt. Auch hier ist mit 32 Prozent Kompetenzzuschreibung ein Rekordtiefstwert erreicht, der seit der letzen Welle und seit Beginn der Erfassung im Sinken begriffen ist (–6 Prozentpunkte). Die Mitteparteien FDP und CVP sind kurzfristig gegenläufigen Tendenzen unterworfen. Während die FDP mehr Kompetenz in Umweltfragen zugeschrieben erhält (+5 Prozentpunkte), verliert die CVP kurzfristig 6 Prozentpunkte. Die thematische Rivalin der GPS, die junge GLP hält sich stabil und schneidet mit aktuell zugeschriebenen 17 Prozent durchaus gut ab. Alle übrigen Parteien halten sich ebenfalls, nur Nennungen keiner respektive aller Parteien gleichzeitig haben zugenommen (+12 Prozentpunkte). Denkbar, dass hier der von allen Parteien gemeinsam beschlossene langfristige Ausstieg aus der Kernenergie als Hintergrund für diese Einschätzungen diente.

Grafik 37:

Trend Filter Kompetenz der Parteien in prioritären Themen: Umwelt (Klima, Umweltkatastrophen, Energie)

"Reden wir jetzt vom Problem, das für Sie das Dringendste ist, also das Sie zuerst genannt haben. Welche Partei trägt Ihrer Meinung nach am meisten zur Lösung des Problems bei?"



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = jeweils ca. 1200)

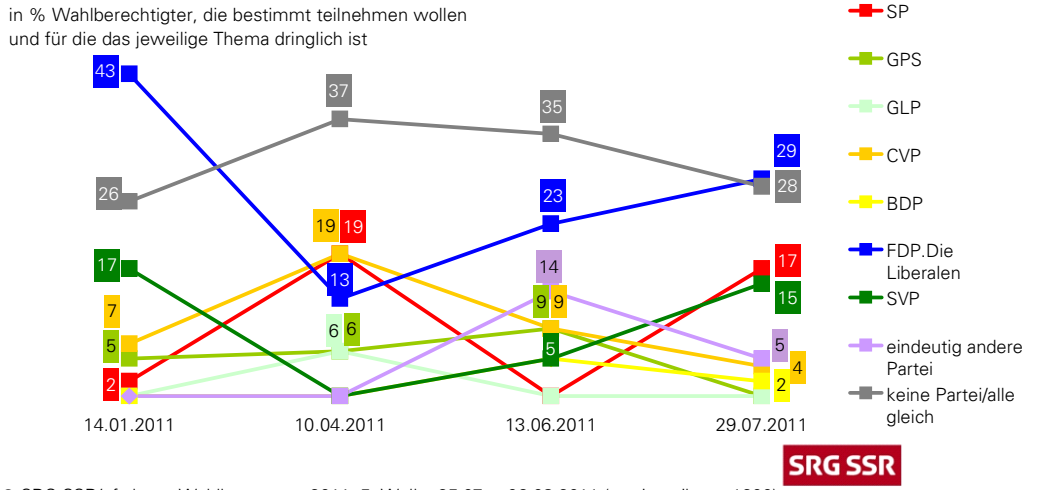
gfs.bern Menschen. Meinungen. Märkte.

Neu in die Liste der prioritären Themen aufgestiegen sind Fragen der Wirtschaftsentwicklung, wobei die Trends hier aufgrund der tiefen Fallzahlen in den Wellen zuvor mit Vorsicht interpretiert werden müssen. Wirtschaftspolitik ist das Kernthema der FDP, was offensichtlich auch von der Wählerschaft so eingeschätzt wird, traut man ihr doch am ehesten Lösungen auf diesem Gebiet zu. In ähnlichem Masse wird aber aktuell auch auf eine gemeinschaftliche Lösung gesetzt. Die CVP und die neuen Angebote aus der politischen Mitte (BDP und GLP) werden nur von wenigen WählerInnen als besonders kompetent in wirtschaftlichen Fragen wahrgenommen. Eher noch die beiden Polparteien SP und SVP.

Grafik 38:

Trend Filter Kompetenz der Parteien in prioritären Themen: Wirtschaftsentwicklung, Konjunktur, Rezession, Inflation, Frankenkurs

"Reden wir jetzt vom Problem, das für Sie das Dringendste ist, also das Sie zuerst genannt haben. Welche Partei trägt Ihrer Meinung nach am meisten zur Lösung des Problems bei?"



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = jeweils ca. 1200)

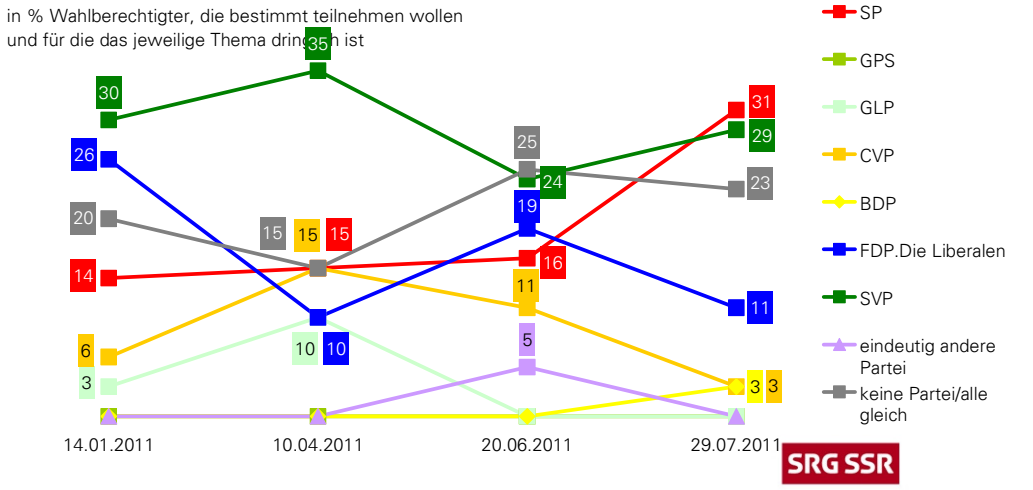
gfs.bern Menschen. Meinungen. Märkte.

Sollte sich die Wirtschaftspolitik, wie von uns angenommen, tatsächlich zu einem neuen Wahlkampfthema etablieren, wird auch das Thema EU vor dem aktuellen Hintergrund weiter an Wichtigkeit gewinnen. Welcher Partei dies schlussendlich am meisten hilft, ist eng mit dem Framing des Problems verbunden, das sich mit einem Positionsbezug der Parteien erst noch herauskristallisieren wird. Aktuell vor dem Hintergrund einer grassierenden Schuldenkrise im EU-Raum setzt die Wählerschaft erstmals am stärksten auf die SP zur Problemlösung. Zuvor war es konstant die SVP, die am ehesten mit der Problemlösung in diesem Zusammenhang betraut wurde, gefolgt von der FDP.

Grafik 39:

Trend Filter Kompetenz der Parteien in prioritären Themen: EU und Europa

"Reden wir jetzt vom Problem, das für Sie das Dringendste ist, also das Sie zuerst genannt haben. Welche Partei trägt Ihrer Meinung nach am meisten zur Lösung des Problems bei?"



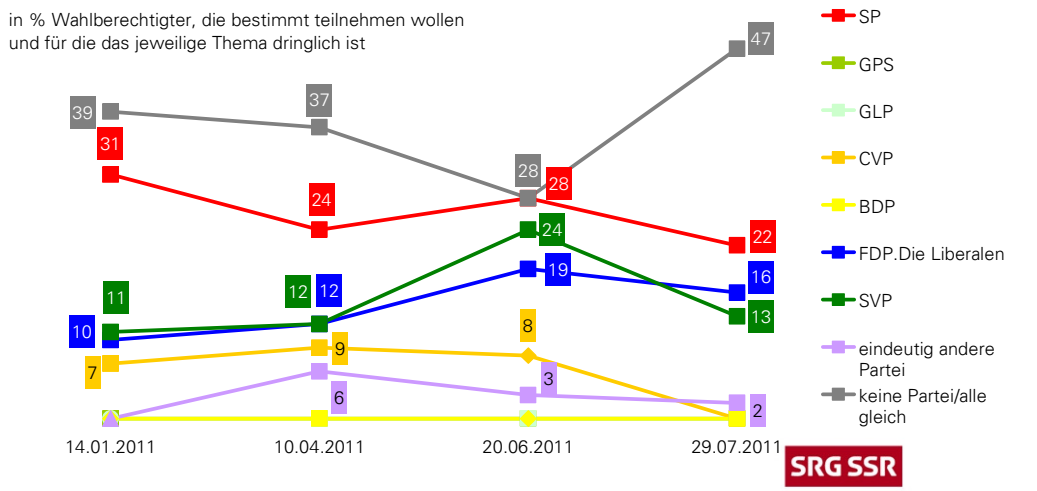
© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = jeweils ca. 1200)

Ebenfalls vor dem Aktualitätshintergrund rund um die EU, den Frankenkurs und die Schuldenkrise ist die Themenkompetenz punkto Arbeitslosigkeit zu lesen. Die Verunsicherung der Wahlberechtigten zeigt sich auch hier, wird doch deutlich verstärkt auf eine Zusammenarbeit der Parteien gesetzt (+19 Prozentpunkte). Die SP folgt an zweiter Stelle, hat aber etwas an Themenkompetenz eingebüsst (–6 Prozentpunkte), die FDP hält sich stabil an dritter Stelle, der vormonatliche Höhenflug der SVP scheint wieder gebrochen (–11 Prozentpunkte). Ebenfalls eingebüsst hat die CVP (–8 Prozentpunkte), deren Themenkompetenz im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit auf Null gesunken ist.

Grafik 40:

Trend Filter Kompetenz der Parteien in prioritären Themen: Arbeitslosigkeit

"Reden wir jetzt vom Problem, das für Sie das Dringendste ist, also das Sie zuerst genannt haben. Welche Partei trägt Ihrer Meinung nach am meisten zur Lösung des Problems bei?"



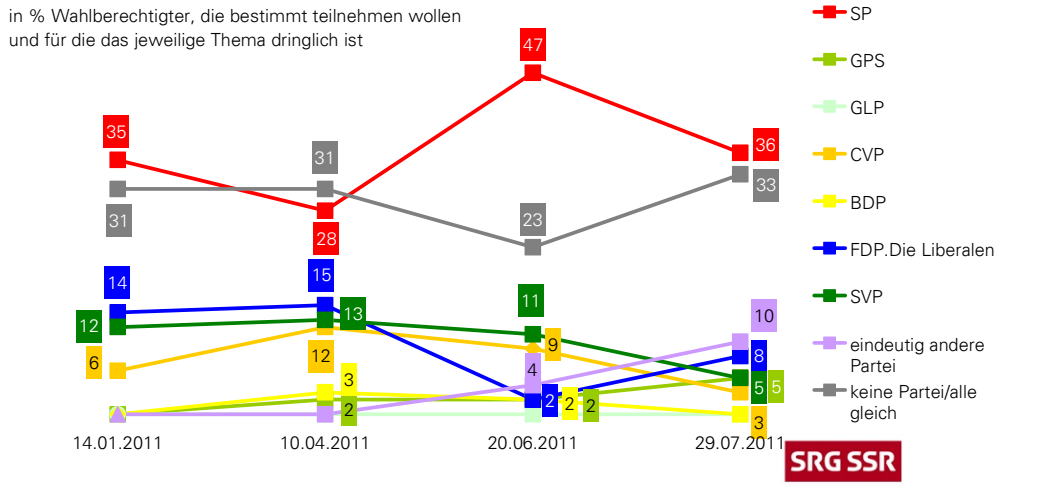
© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = jeweils ca. 1200)

Mit Fragen der sozialen Sicherheit, dem fünftplatzierten Problem betrauen die Wahlberechtigten wieder am ehesten die SP, gefolgt von allen Parteien gemeinsam. Die beiden Leader in Fragen sozialer Sicherheit folgen dabei weiterhin gegenläufigen Trends. Die SP hat einen kurzfristigen Einbruch zu verbuchen (–11 Prozentpunkte), die Problemlösungskompetenz aller Parteien gemeinsam ist dagegen wieder angestiegen (+10 Prozentpunkte). Verloren haben in diesem Punkt die SVP und die CVP (je –6 Prozentpunkte), wieder etwas verstärkt wird auf die FDP und andere Parteien gesetzt (je +6 Prozentpunkte).

Grafik 41:

Trend Filter Kompetenz der Parteien in prioritären Themen: AHV, soziale Sicherheit, Rentenalter, BVG, neue Armut

"Reden wir jetzt vom Problem, das für Sie das Dringendste ist, also das Sie zuerst genannt haben. Welche Partei trägt Ihrer Meinung nach am meisten zur Lösung des Problems bei?"



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = jeweils ca. 1200)

Die beschriebene Tendenz weg von einzelnen Parteien, hin zu einer überparteilichen Lösung, wie sie durch die aktuell vorherrschende Verunsicherung im Schweizer Elektorat begünstigt wird, zeigt sich in aller Deutlichkeit in der verdichtenden und dynamischen Betrachtung der Themenkompetenz. Die gemittelten Parteiwerte der Problemlösungskompetenz über die mittlerweile sieben

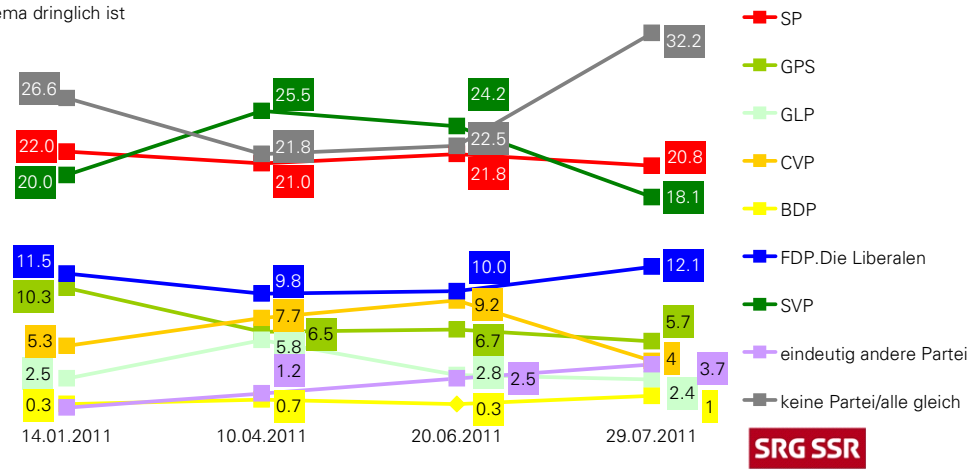
prioritären Themen hinweg zeigt, dass im Juli 2011 vorwiegend auf alle Parteien gemeinsam gesetzt wird und zwar so deutlich wie nie zuvor. Diese hohe Themenkompetenz für alle Parteien gemeinsam nährt sich vorwiegend aus der ausserordentlich hohen zugeschriebenen Kompetenz in den Bereichen Arbeitslosigkeit, soziale Sicherheit und Gesundheitswesen. Doch auch in den übrigen Themen erreichen alle Parteien gemeinsam gute Werte. Die SP hat sich etwas verschlechtert (–1 Prozentpunkt), die SVP hat doch deutlich eingebüsst (–6.2 Prozentpunkte) und wurde von der SP erstmals seit Anfang Jahr wieder überholt. Nach wie vor geniessen also die beiden Pol-Parteien die höchste spezifische Zuschreibung von Themenkompetenz, wobei sich diese unterschiedlich nährt. Beide erlangen hohe Kompetenz in EU-Fragen, die SVP punktet zusätzlich stark mit der Migrationsfrage, die SP mit den Themen soziale Sicherheit und Arbeitslosigkeit. Die FDP konnte ihre Themenkompetenz verbessern (+2.1 Prozentpunkte), was sie primär dem gestiegen Problemdruck rund um wirtschaftliche Grössen zu verdanken hat. Alle übrigen Parteien folgen erst mit einem doch deutlichen Abstand. GLP und GPS haben mit dem Abklingen des Fukushima-Effekts beide etwas eingebüsst (GPS –1 Prozentpunkt, GLP –0.4 Prozentpunkte), ebenso die CVP die mit einem Verlust von 5.2 Prozentpunkten klar ausserhalb de Stichprobenfehlers verloren hat. Weiter zugelegt haben andere Parteien, wieder zugelegt die BDP.

Grafik 42:

Trend Filter durchschnittliche Kompetenz der Parteien in prioritären Themen

"Reden wir jetzt vom Problem, das für Sie das Dringendste ist, also das Sie zuerst genannt haben. Welche Partei trägt Ihrer Meinung nach am meisten zur Lösung des Problems bei?"

in gemittelten % Wahlberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen und für die das jeweilige Thema dringlich ist



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = jeweils ca. 1'000) gfs.bern Menschen. Meinungen. Märkte.

2.2.4. Schwerpunktthema: Wechselkurs Euro/Franken

Schwerpunktthema der vierten Welle des Wahlbarometers ist der schwache Eurokurs und seine Konsequenzen für die Schweizer Wirtschaft. Mitten in der Befragungszeit fiel der Nationalbankentscheid, dem stark aufgewerteten Schweizer Franken entgegenzuwirken, um grössere volkswirtschaftliche Schäden in Grenzen zu halten. In der Folge wurden Diskussionen über ein fixes Wechselkursziel laut, das es zu verteidigen gelte, und Spezialisten aus verschiedenen Ländern und Branchen fordern weitere Eingriffe der Nationalbank. Am 3. August wurde der Leitzins durch die Schweizer Nationalbank auf beinahe Null Prozent gesenkt und es wurde angekündigt, die Liquidität des Frankens stark zu erhöhen. Der Euro ist eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste Partnerwährung für die exportabhängige Schweizer Industrie, die unter dem vergleichsweise starken Schweizer Franken zu leiden hat. Die anhaltende Medienberichterstattung zum Thema und auch Stellungnahmen einzelner Ex-

ponenten der Schweizer Politik lassen vermuten, dass das Thema weiter aktuell bleibt.

Für die befragten Argumente wies sich der Nationalbankbeschluss indirekt als problematisch aus, da insbesondere die Einschätzungen zur Aussage, dass Arbeitsplätze gefährdet seien, weil die Behörden zu wenig gegen den starken Euro unternehmen würden, durch das Handeln der Nationalbank beeinflusst wurden. Die Beurteilungen der Wahlberechtigten sind signifikant unterschiedlich vor und nach der Kommunikation der genannten Massnahmen, führten jedoch nicht zu anders gelagerten Mehrheitsverhältnissen. Für das betroffene Argument wird in der Folge jeweils in Klammern auf allfällige Unterschiede verwiesen.

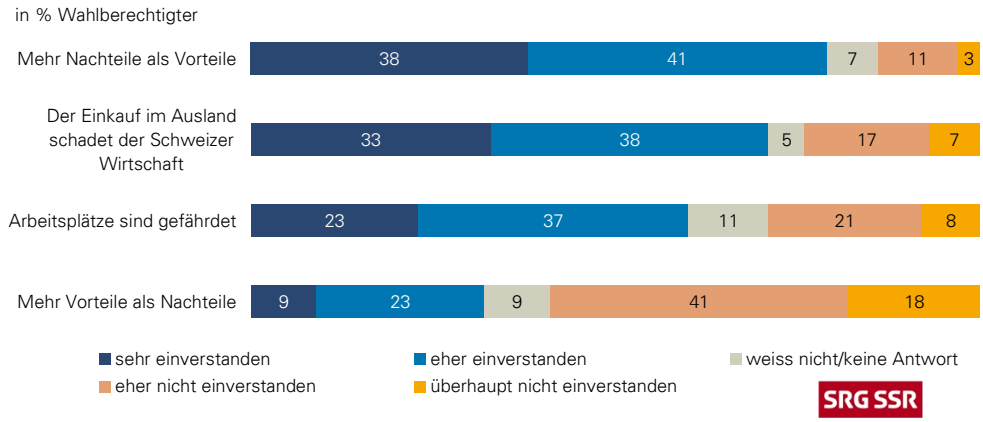
Die höchste Unterstützung erfährt die Aussage, dass der tiefe Eurokurs der Schweiz mehr Nachteile als Vorteile bringe, da Exporte schwieriger werden. Die tiefste Unterstützung wird der gegenteiligen Aussage zuteil, dass der tiefe Eurokurs der Schweiz mehr Vor- als Nachteile bringe. Diese Aussage wird als einzige der vier befragten nicht mehrheitlich unterstützt (31% eher und sehr einverstanden). Insofern nehmen die Schweizer Wahlberechtigten weniger eine egoistische, sondern eine eher volkswirtschaftlich orientierte Haltung zum tiefen Eurokurs ein. Dass der kursgünstige Einkauf im benachbarten Ausland der Schweizer Wirtschaft schade, wird von 71 Prozent der Wahlberechtigten zumindest eher bejaht. Eine Gefährdung der Arbeitsplätze aufgrund mangelnder Handlung der Schweizer Behörden in Bezug auf den tiefen Eurokurs sehen 23 Prozent der Wahlberechtigten dezidiert gegeben, 37 Prozent tendenziell (vor dem 3. August: 23% sehr, 33% eher einverstanden; nach dem 3. August: 22% sehr, 45% eher einverstanden).

Grafik 43:

Aussagen zum Wechselkurs Euro/Franken

"Wir haben hier einige Aussagen zum tiefen Eurokurs gesammelt, die man immer wieder hören kann. Sagen Sie mir bitte, ob Sie damit jeweils sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

Mehr Nachteile als Vorteile "Insgesamt bringt der schwache Euro der Schweiz mehr Nachteile als Vorteile, weil dadurch Exporte schwieriger werden."
Der Einkauf im Ausland schadet der Schweizer Wirtschaft "Es schadet der Schweizer Wirtschaft, wenn man wegen dem Eurokurs im benachbarten Ausland einkauft."
Arbeitsplätze sind gefährdet "Wegen dem tiefen Euro sind Arbeitsplätze gefährdet und die Behörden unternehmen zu wenig dagegen."
Mehr Vorteile als Nachteile "Insgesamt bringt der schwache Euro der Schweiz mehr Vorteile als Nachteile, weil dadurch importierte Waren und Ferien im Ausland billiger werden."



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (N = 2005)

Dass die Wirtschaftsentwicklung und in diesem Zusammenhang natürlich auch der Eurokurs noch wenig von den Parteien thematisiert wurden, zeigt sich anhand der Einschätzungen der verschiedenen Parteiwählerschaften, die, wenn auch signifikant, nur in Ausnahmefällen divergieren. Mit Ausnahme einer Aussage finden wir bei allen Wahlberechtigten mit einer Parteipräferenz dieselben Mehrheiten und auch in ähnlicher Ausprägung. Die einzige Aussage, die entlang der Parteipräferenz spaltet, ist jene zur Gefährdung der Arbeitsplätze, die von rechts mehr Unterstützung erfährt als von links. Ausnahmen bilden die BDP und SP. Während das bürgerliche Lager mehrheitlich hinter dieser Aus-

sage steht, wird sie von der BDP als einzige Partei knapp verworfen (48% sehr und eher einverstanden). Auf der anderen Seite des politischen Spektrums unterstützt die GPS-Wählerschaft als einzige des rotgrünen Lagers die Aussage nur in relativer Mehrheit (48% sehr und eher einverstanden).

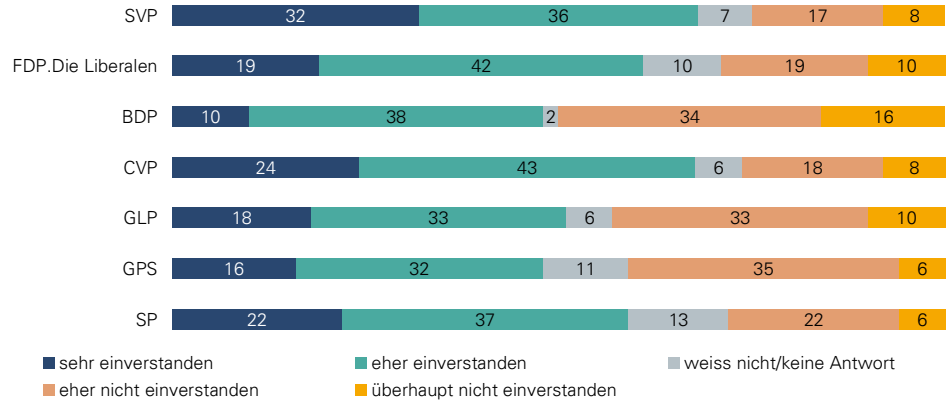
Grafik 44:

Aussagen zum Wechselkurs Euro/Franken nach Parteien

"Wir haben hier einige Aussagen zum tiefen Eurokurs gesammelt, die man immer wieder hören kann. Sagen Sie mir bitte, ob Sie damit jeweils sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

Arbeitsplätze sind gefährdet "Wegen dem tiefen Euro sind Arbeitsplätze gefährdet und die Behörden unternehmen zu wenig dagegen."

in % Wahlberechtigter mit jeweiliger Parteipräferenz



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (N = 2005), sig.

Stärker als nach Parteien divergieren die Einschätzungen der Geschlechter, wobei die Mehrheitsverhältnisse auch hier in allen vier befragten Aussagen gleich gelagert sind. Die grössten Unterschiede sind hier in Bezug auf die Nutzensicht festzustellen. Die Frauen betonen die Vorteile des tiefen Euros etwas stärker, die Männer die Nachteile. Bei gleich ausgerichteten Mehrheiten betonen die Frauen die mikroökonomische Perspektive etwas stärker, die Männer hingegen die makroökonomischen Risiken.

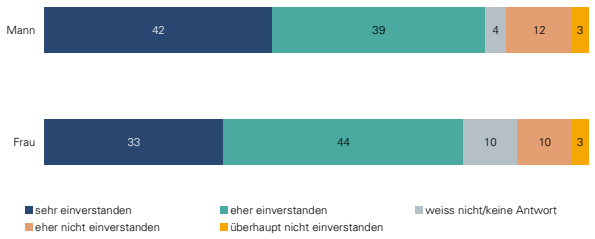
Grafik 45:

Aussagen zum Wechselkurs Euro/Franken nach Geschlecht

"Wir haben hier einige Aussagen zum tiefen Eurokurs gesammelt, die man immer wieder hören kann. Sagen Sie mir bitte, ob Sie damit jeweils sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

Mehr Nachteile als Vorteile "Insgesamt bringt der schwache Euro der Schweiz mehr Nachteile als Vorteile, weil dadurch Exporte schwieriger werden."

in % Wahlberechtigter



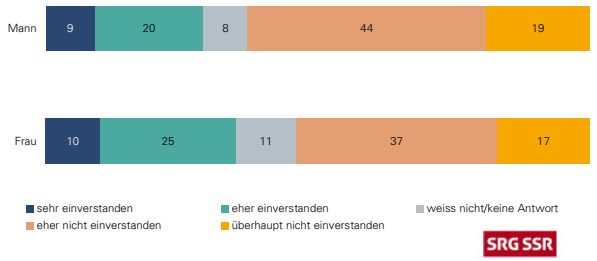
© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (N = 2005), sig.

Aussagen zum Wechselkurs Euro/Franken nach Geschlecht

"Wir haben hier einige Aussagen zum tiefen Eurokurs gesammelt, die man immer wieder hören kann. Sagen Sie mir bitte, ob Sie damit jeweils sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

Mehr Vorteile als Nachteile "Insgesamt bringt der schwache Euro der Schweiz mehr Vorteile als Nachteile, weil dadurch importierte Waren und Ferien im Ausland billiger werden."

in % Wahlberechtigter



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (N = 2005), sig.

Spannend ist auch die Feststellung, dass das Einkommen hier kaum als diskriminierende Grösse wirkt. Über alle Einkommensklassen hinweg ist man sich in Bezug auf die Einschätzungen einig und bei drei der vier getesteten Aussagen sind entlang dieser Variable keine Unterschiede festzustellen. Einzig die Aussage, dass der tiefe Eurokurs mehr Nach- als Vorteile bringe, wird von den höheren Einkommensklassen dezidierter unterstützt als von den tieferen.

2.3. Die Parteipräsidenten

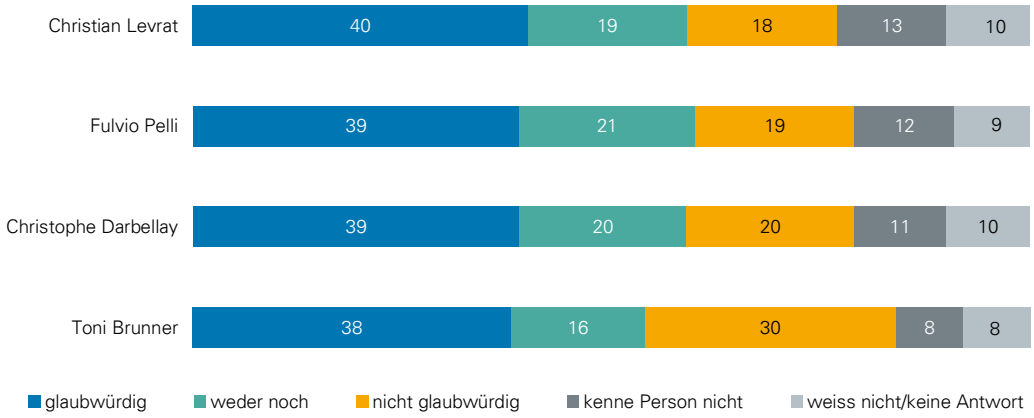
Die höchste Glaubwürdigkeit erlangt auch im Juli 2011 wieder der SP-Parteipräsident Christian Levrat (40%), gefolgt von Fulvio Pelli, der von 39 Prozent der Befragten als glaubwürdig eingeschätzt wird. Christian Levrat ist dabei weiterhin knapp der am wenigsten bekannte aller Parteipräsidenten (13%), die Bekanntheitsgrade liegen aber sehr nah beieinander und sind in allen Fällen klar mehrheitlich gegeben. Auf Rang drei ist mit 39 Prozent Glaubwürdigkeit Christophe Darbellay zu finden, auf dem letzen Rang der Glaubwürdigkeitsskala ist seit Januar 2011 anhaltend der SVP-Parteipräsident Toni Brunner (36% Glaubwürdigkeit). Er erhält weiterhin den eindeutig grössten Anteil an negativen Voten: 30 Prozent der Wahlberechtigten halten ihn für unglaubwürdig. Im Unterschied zur gesamten Wählerschaft schreiben die Teilnahmewilligen den Parteipräsidenten generell höhere Glaubwürdigkeit zu, die Rangreihenfolge ist in der aktuellen Welle zum ersten Mal identisch mit jener innerhalb der gesamten Wählerschaft.

Grafik 46:

Glaubwürdigkeit Parteipräsidenten

"Ich nenne Ihnen jetzt einige Namen von PolitikerInnen in der Schweiz. Sagen Sie mir bitte jedes Mal, wie glaubwürdig dieser Politiker oder diese Politikerin für Sie ist. -5 bedeutet dabei, dass die Person für Sie gar nicht glaubwürdig ist, und +5, dass sie sehr glaubwürdig ist. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen. Wenn Sie die Personen nicht kennen, sagen Sie das ruhig."

in % Wahlberechtigter



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (N = 2005)

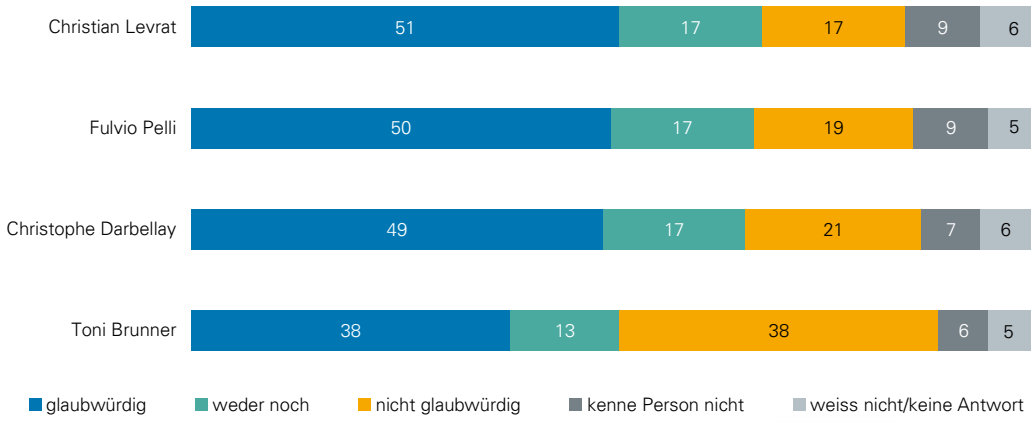
Von den Teilnahmewilligen werden mit Ausnahme von Toni Brunner alle Parteipräsidenten mindestens in relativer (Christophe Darbellay 49%), wenn nicht in absoluter Mehrheit (Christian Levrat 51%, Fulvio Pelli 50%) als glaubwürdig eingestuft. Toni Brunner polarisiert die Wählerschaft am stärksten; zu je 38 Prozent wird er von der Wählerschaft mit Teilnahmeabsicht als glaubwürdig und auch als unglaubwürdig eingestuft.

Grafik 47:

Filter Glaubwürdigkeit Parteipräsidenten

"Ich nenne Ihnen jetzt einige Namen von PolitikerInnen in der Schweiz. Sagen Sie mir bitte jedes Mal, wie glaubwürdig dieser Politiker oder diese Politikerin für Sie ist. ? 5 bedeutet dabei, dass die Person für Sie gar nicht glaubwürdig ist, und +5, dass sie sehr glaubwürdig ist. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen. Wenn Sie die Personen nicht kennen, sagen Sie das ruhig."

in % Wahlberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = 1061)

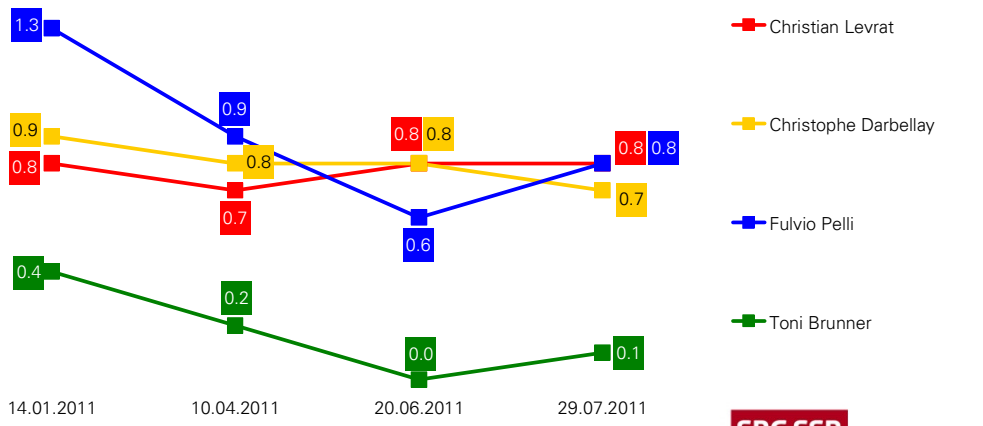
Der Zeitvergleich legt nahe, dass die Beurteilung der Parteipräsidenten den allgemeinen Trends folgt. So verloren Toni Brunner und Fulvio Pelli seit dem Reaktorunfall in Fukushima deutlich, während sich die anderen beiden Parteipräsidenten halten oder verbessern konnten. Mit dem Abklingen des themenseitigen Fukushima-Effekts, wurde dieser Trend gebrochen. Erstmals seit Anfang Jahr haben sich sowohl Toni Brunner als auch Fulvio Pelli nicht weiter verschlechtert, sondern gar leicht an Glaubwürdigkeit im Schweizer Elektorat gewonnen. Fulvio Pelli ist somit gleichauf mit dem beständigen Christian Levrat und hat Christophe Darbellay, der kurzfristig leicht eingebüsst hat, vom zweiten Rang verdrängt.

Grafik 48:

Trend Image Parteipräsident: Mittelwerte

"Ich nenne Ihnen jetzt einige Namen von PolitikerInnen in der Schweiz. Sagen Sie mir bitte jedes Mal, wie glaubwürdig dieser Politiker oder diese Politikerin für Sie ist. ? 5 bedeutet dabei, dass die Person für Sie gar nicht glaubwürdig ist, und +5, dass sie sehr glaubwürdig ist. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen. Wenn Sie die Personen nicht kennen, sagen Sie das ruhig."

in Mittelwerten Wahlberechtigter



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (N = jeweils ca. 2000)

Die parteipolitische Differenzierung dieser Einschätzungen zeigen, wie weit die Glaubwürdigkeit der jeweiligen Person über das eigene Lager hinausreicht. Die höchste Glaubwürdigkeit erlangen dabei alle Parteipräsidenten innerhalb der Sympathisierenden ihrer jeweiligen Partei, was keine Überraschung ist.

Christian Levrats breite Abstützung auf der linken Seite der politischen Achse, wie wir sie in früheren Wellen festgestellt haben, ist nicht mehr ganz so breit. Nach wie vor gelingt es ihm auch, die GPS-Wählerschaft von seiner Glaubwürdigkeit zu überzeugen (60%), bei den WählerInnen der GLP und der CVP ist dies aber nicht mehr mehrheitlich der Fall. Neu ist der SP-Parteipräsident dafür für AnhängerInnen der BDP glaubwürdig (52%), ansonsten ist er im bürgerlichen Lager jedoch eindeutig schlechter verankert.

Fulvio Pelli hingegen vermag eher in die politische Mitte zu überzeugen und konnte seinen Verlust bei der BDP, den wir in der letzten Welle festgehalten haben, wieder gutmachen. 52 Prozent der Wählerschaft mit Parteipräferenz für die BDP schätzen ihn als glaubwürdig ein. Er gilt weiter mit Ausnahme der SP in allen Parteiwählerschaften in relativer Mehrheit als glaubwürdig.

Christophe Darbellay kann über sein eigenes Elektorat hinaus Personen mit einer Parteipräferenz für die GPS und für die BDP mehrheitlich überzeugen (51% resp. 69%), erlangt aber in beide Richtungen des politischen Spektrums tendenziell gute Voten, links minim bessere. Er ist für alle Parteiwählerschaften ausser jener der SVP ebenfalls in relativer Mehrheit glaubwürdig und erfährt aktuell die breiteste Verankerung über das eigen Lager hinaus.

Toni Brunner überzeugt schliesslich einzig seine eigene Wählerschaft von seiner Glaubwürdigkeit, dies aber in aller Deutlichkeit (80%). Ansonsten polarisiert seine Person deutlich und insbesondere von den linken Parteien erhält er mehrheitlich kritische Einschätzungen (SP: 60% unglaubwürdig, GPS: 52% unglaubwürdig, GLP: 53% unglaubwürdig). Einzig WählerInnen der FDP (38%) und der CVP (39%) halten ihn nur in relativer Mehrheit für unglaubwürdig. Am kritischsten geht erneut die BDP-Wählerschaft mit ihm ins Gericht. Mit 66 Prozent Unglaubwürdigkeit hat er in dieser Gruppe gar den schwächsten Rückhalt überhaupt.

Akzeptanz der Parteipräsidenten in Zielgruppen (in %)

Präsident	Total	eigene Partei	Mehrheit andere Partei
Levrat (SP)	40	82	GPS (60), BDP (52)
Pelli (FDP)	39	72	BDP (52)
Darbellay (CVP)	39	64	GPS (51), BDP (69)
Brunner SVP)	38	81	-

© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25. Juli – 6.August 2011

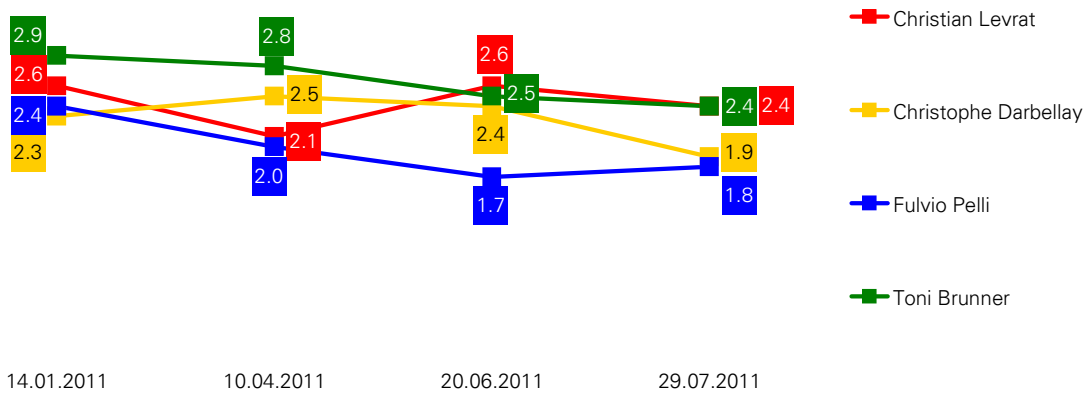
Zwar geniesst Toni Brunner mit 80 Prozent Glaubwürdigkeit eine starke Verankerung innerhalb seiner eigenen Wählerschaft, doch diese ist weiterhin im Abnehmen begriffen, wie die Mittelwertsentwicklung der Einschätzungen darlegt. Aktuell liegt er mit Christian Levrat gleichauf, der innerhalb seines eigenen Elektorats seit der letzten Welle wieder leicht eingebüsst hat. Deutlicher verloren hat einzig Christophe Darbellay, dessen Glaubwürdigkeit innerhalb seiner eigenen Wählerschaft seit dem Frühjahr 2011 einem Abwärtstrend folgt. Kurzfristig hat er einen deutlichen Einbruch zu verbuchen. Die Glaubwürdigkeit Fulvio Pellis bei der FDP-Wählerschaft hat sich seit der letzten Welle leicht erholt, er belegt allerdings nach wie vor den Schlussrang. Aktuell kommen die beiden Mitte-Parteipräsidenten daher quasi gleichauf zu liegen.

Grafik 49:

Trend Image Parteipräsident bei eigener Parteiwählerschaft: Mittelwerte

"Ich nenne Ihnen jetzt einige Namen von PolitikerInnen in der Schweiz. Sagen Sie mir bitte jedes Mal, wie glaubwürdig dieser Politiker oder diese Politikerin für Sie ist. ? 5 bedeutet dabei, dass die Person für Sie gar nicht glaubwürdig ist, und +5, dass sie sehr glaubwürdig ist. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen. Wenn Sie die Personen nicht kennen, sagen Sie das ruhig."

in Mittelwerten Wahlberechtigter, welche die jeweilige Partei wählen wollen



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = jeweils ca. 900)

2.4. Der Wahlkampf

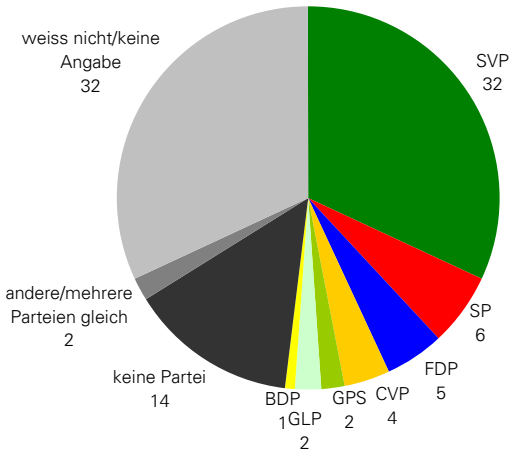
Der Parteipräsident der SVP mag ausserhalb seines eigenen Elektorats als wenig glaubwürdig wirken, dies tut jedoch dem Wahlkampf der Partei nichts ab. Nach wie vor betreibt nach Meinung der wahlberechtigten Schweizer mit Teilnahmeabsicht an den Wahlen 2011 die SVP mit Abstand den besten Wahlkampf. 32 Prozent von ihnen geben an, die SVP mache den besten Wahlkampf, sechs Prozent geben Gleiches für die SP an, 5 Prozent für die FDP. An vierter Stelle wird die CVP genannt (4%), gefolgt von der GPS und der GLP (je 2%). Der BDP-Wahlkampf wird schliesslich von nur gerade einem Prozent der Wahlberechtigten als der beste bezeichnet. Stabil hohe 32 Prozent der Wahlberechtigten können keine Angabe zu dieser Frage machen, was immer noch darauf hindeutet, dass der Wahlkampf, der mittlerweile definitiv lanciert wurde, noch immer nicht bei den BürgerInnen des Landes angekommen ist. Vierzehn Prozent finden, keine Partei mache den besten Wahlkampf, zwei Prozent geben an, alle Parteien machen einen gleich guten Wahlkampf.

Grafik 50:

Filter Bester Wahlkampf

"Wer macht Ihrer Meinung nach den besten Wahlkampf 2011?"

in % Wahlberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = 1061)

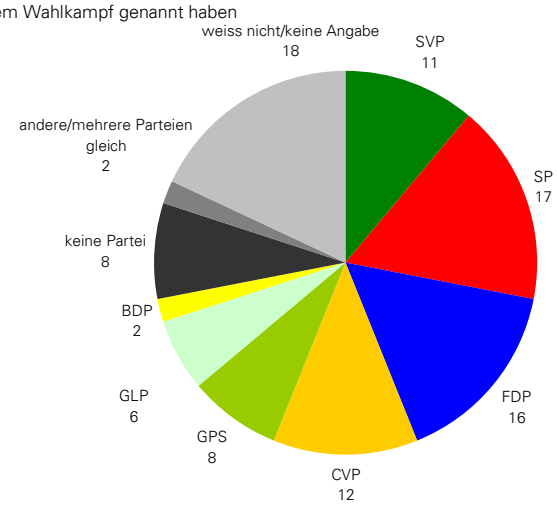
Um mehr über die Wahlkämpfe der Parteien zu erfahren, wird seit April 2011 auch nach dem zweitbesten Wahlkampf gefragt, was die Dominanz der SVP in der ersten Frage etwas relativiert. Mit 17 Prozent Zuschreibung steht hier bei den Teilnahmewilligen die SP an erster Stelle, dicht gefolgt von der FDP (16%), die sich seit der letzen Welle nochmals verbessert hat. Die CVP (12%) und die FDP (11%) sind in der Frage nach dem zweitbesten Wahlkampf fast gleichauf und stabil, die GPS dagegen hat deutlich verloren (–5 Prozentpunkte). Auf annähernd gleichem Niveau wie in der letzen Welle bewegen sich die beiden neuen Angebote der Mitte (GLP 6%, BDP 2%).

Grafik 51:

Filter Zweitbester Wahlkampf

"Wer macht Ihrer Meinung nach den zweitbesten Wahlkampf 2011?"

in % Wahlberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen und eine Partei mit bestem Wahlkampf genannt haben



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = 475)

Die differenzierte Betrachtung der Frage nach dem besten respektive zweitbesten Wahlkampf bestätigt die Vormacht der SVP: Von allen WählerInnen erhält

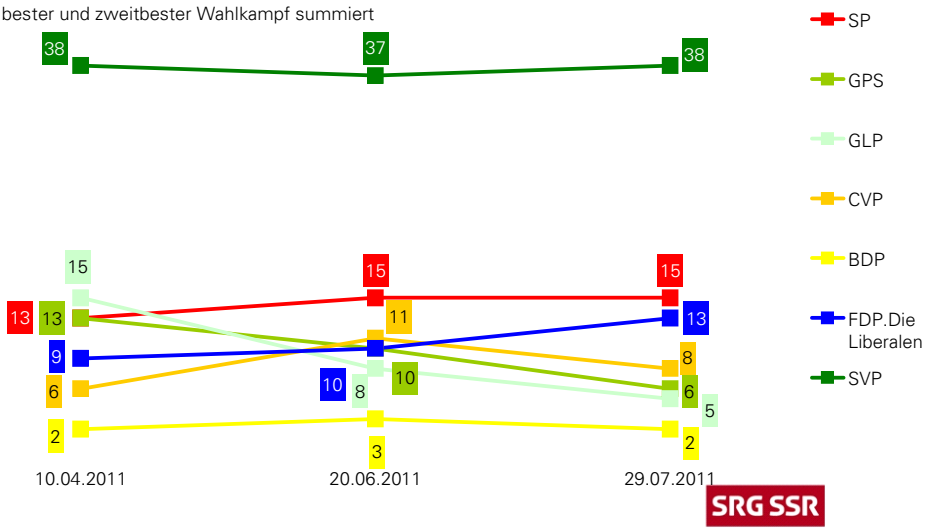
die SVP als einzige Partei mehrheitlich und noch deutlicher als im April die Einschätzung, ihr Wahlkampf sei der beste und schneidet über beide Fragen hinweg betrachtet am besten ab (summiert 38%, +1 Prozentpunkte). 38 Prozent von ihnen bezeichnen ihn als den besten oder den zweitbesten. Es folgen die Beurteilungen der Wahlkämpfe von SP und FDP, die besser rangiert werden als jene von CVP, GPS und GLP. Am schlechtesten schneidet der Wahlkampf der BDP ab.

Grafik 52:

Trend Filter Bester und zweitbester Wahlkampf nach Parteibindung

"Wer macht Ihrer Meinung nach den besten/zweitbesten Wahlkampf 2011?"

in % Wahlberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen
Anteile bester und zweitbester Wahlkampf summiert



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = jeweils ca. 800)

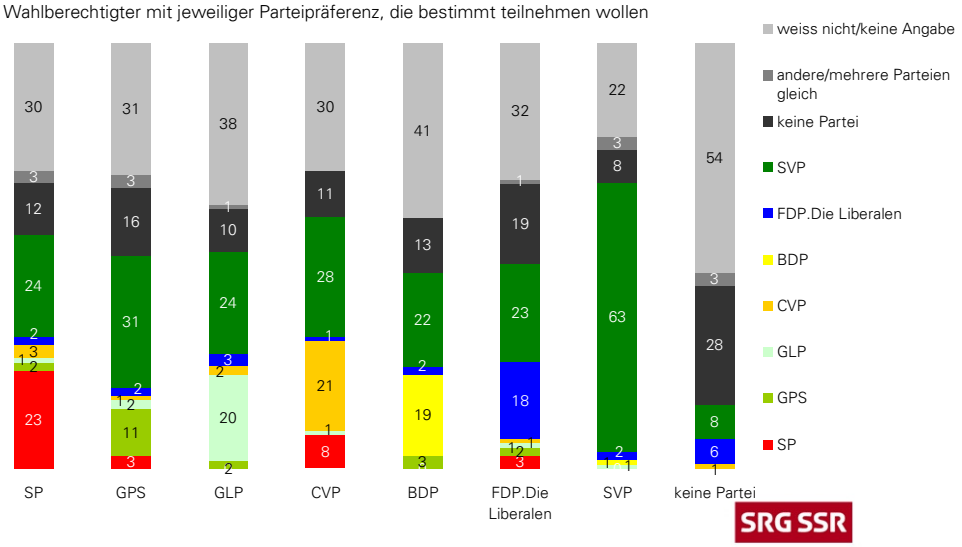
Abschliessend ein Kommentar zur Strahlkraft des Parteienwahlkampfs über das eigene Lager hinaus: Die SVP eint die Wählerschaften aller Parteien in der Ansicht, dass ihr Wahlkampf der beste sei. Nur gerade WählerInnen der SP, der GLP, BDP und FDP finden den Wahlkampf ihrer favorisierten Partei annähernd gleich gut wie jenen der SVP. Das ist neu. Zuvor waren die Wählerschaften jeweils stärker vom Wahlkampf ihrer eigenen Partei überzeugt als von jenem der SVP. Einzige Ausnahme bildete jeweils die BDP. Neben der SVP gelingt es einzig der FDP, wenn auch nicht in demselben Ausmass, die Wählerschaften aller Parteien mit ihrem Wahlkampf anzusprechen. Die CVP kann ausserhalb ihrer eigenen Klientel nur schwach überzeugen, gar nicht innerhalb der Wählerschaften von SVP und BDP. Ebenfalls geringe Strahlkraft über das eigene Lager hinaus haben die Wahlkämpfe der GPS mit Ausnahme der SVP-Wählerschaft, der GLP mit Ausnahme der BDP-Wählerschaft und der CVP mit Ausnahme der Wählerschaften von BDP und der SVP. Die SP erhält schliesslich nach der SVP die besten Voten der eignen ParteiwählerInnen und überzeugt mit ihrer Wahlkampfführung weiter AnhängerInnen der GPS, der CVP und der FDP.

Grafik 53:

Filter Bester Wahlkampf nach Parteibindung

"Wer macht Ihrer Meinung nach den besten Wahlkampf 2011?"

in % Wahlberechtigter mit jeweiliger Parteipräferenz, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = 1061), sig.

Somit sind zu Beginn der Hauptkampagnenphase summarisch folgende Entwicklungen zu betonen: Der Wahlkampf der SVP wird nach wie vor deutlich als der beste wahrgenommen und zwar mit Abstand. Die neuen Angebote der Mitte erreichen beide gute Werte und übertrumpfen andere Parteien. Besonders die BDP wird von ihren Anhängerinnen in der Einschätzung ihres Wahlkampfes deutlich bekräftigt, die GLP hält sich stabil auf hohem Niveau. Die GPS erhält als einzige Partei schlechtere Voten in Bezug auf ihren Wahlkampf als noch in der letzen Welle. Die Dominanz des SVP-Wahlkampfes macht sich über alle Parteiwählerschaften hinweg bemerkbar und übertrumpft durchs Band die Einschätzungen zum Wahlkampf der eigentlich favorisierten Partei der Wahlberechtigten.

2.5. Positionierung Wählerschaften

2.5.1. Regierungsvertrauen/-misstrauen

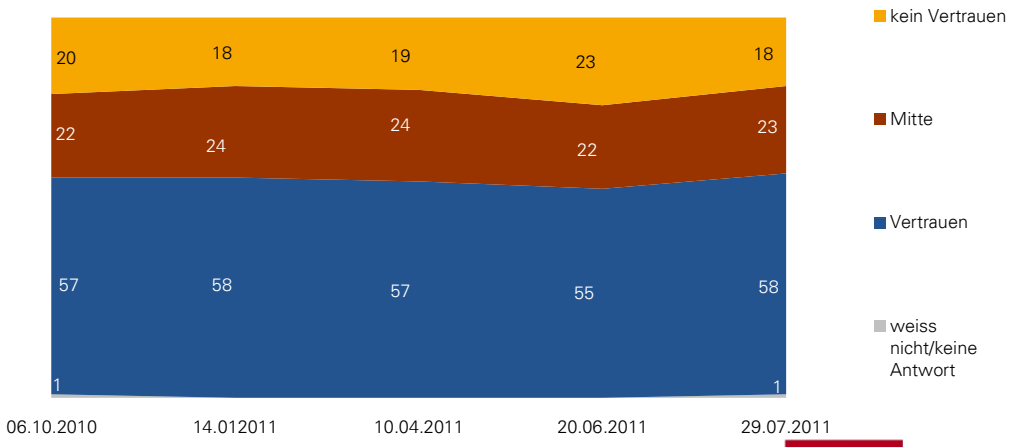
Das Regierungsvertrauen der Stimm- und Wahlberechtigten blieb in den fünf Wellen des Wahlbarometers praktisch konstant. Die Veränderungen sei dem letzten Herbst sind insgesamt minimal. Das gilt auch aktuell.

Grafik 54:

Trend Vertrauen in die Arbeit des Bundesrates

"Haben Sie allgemein in die Arbeit des Bundesrats Vertrauen oder kein Vertrauen? Nennen Sie mir einfach eine Zahl für Ihr persönliches Vertrauen. „0" heisst überhaupt kein Vertrauen und „10" absolutes Vertrauen. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen."

in % Wahlberechtigter



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (N = jeweils ca. 2000)

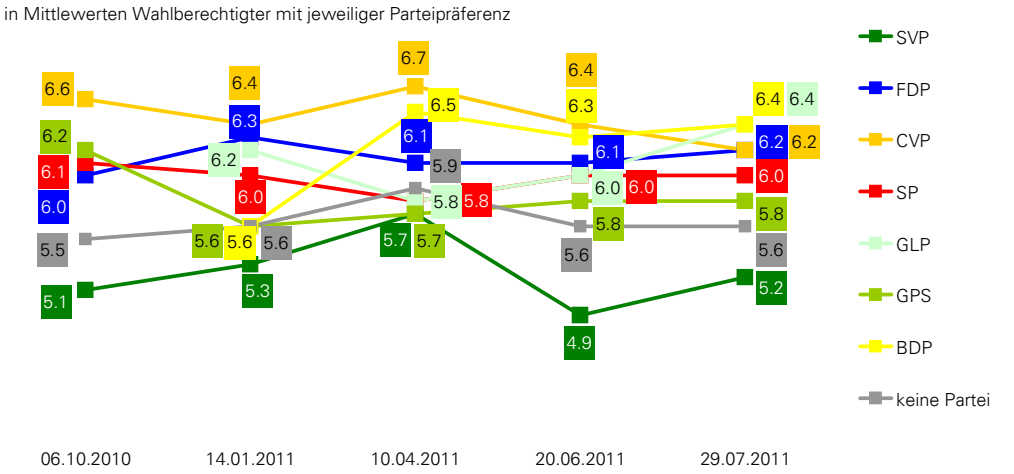
Aktuell vertrauen 58 Prozent der Wahlberechtigten dem Bundesrat. 18 Prozent bezeichnen sich selber als misstrauisch. Bei weiteren 23 Prozent gibt es keine eindeutige Antwort. Sie stellen sich dazwischen.

Grafik 55:

Trend Vertrauen in die Arbeit des Bundesrates nach Parteien

"Haben Sie allgemein in die Arbeit des Bundesrats Vertrauen oder kein Vertrauen? Nennen Sie mir einfach eine Zahl für Ihr persönliches Vertrauen. „0" heisst überhaupt kein Vertrauen und „10" absolutes Vertrauen. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen."

in Mittlewerten Wahlberechtigter mit jeweiliger Parteipräferenz



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (N = jeweils ca. 2000)

Erheblich sind die Unterschiede nach Parteien. Am meisten Vertrauen geniesst der Bundesrat in der bürgerlich ausgerichteten Mitte. Top-Werte resultieren bei GLP und BDP, aber auch FDP und CVP. Es folgen SP und GPS und mit einigem Abstand die SVP. Wahlberechtigte ohne Parteipräferenz sind im Mittel etwas über dem Schnitt misstrauisch.

Bei den GLP-Wählenden hat sich der Bundesrat nach dem Entscheid, mittelfristig geordnet aus der Kernenergie aussteigen zu wollen, empfohlen. Das Ver-

trauen in seine Arbeit ist seither ansteigend. Bei der SVP stellten wir vorerst Gegenteiliges fest. Der Effekt war aber nicht nachhaltig, hat sich der Wert doch wieder dort eingependelt, wo er längerfristig ist.

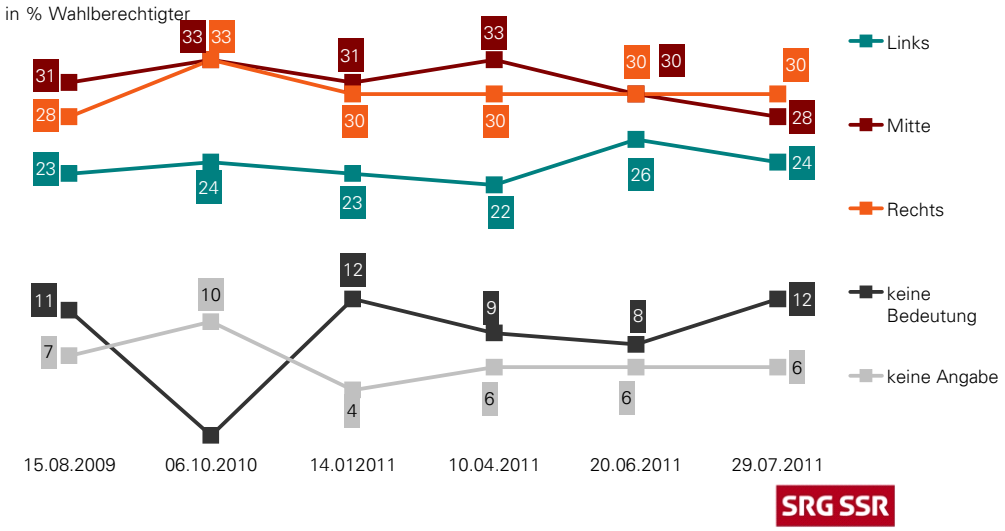
2.5.2. Links/Rechts-Achse

Die Links/Rechts-Achse bezeichnet seit langem die wichtigste politische Konfliktlinie der Schweizer Politik. Das gilt auch heute so. Seit den Neunziger-Jahren wurde die Position der Wählerschaft auf dieser Dimension durch die Polarisierungstendenz bestimmt. Namentlich der Anteil rechter WählerInnen wuchs und übertraf jenen linker seit 2007. In der aktuellen Legislaturperiode hat sich die Polarisierungstendenz abgeschwächt. Unter den Wahlberechtigten blieb die Wählerschaft rechts der Mitte stets grösser als links der Mitte.

Grafik 56:

Trend Links-/Rechts-Position der Wahlberechtigten

"Links, Mitte, Rechts sind drei Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie sich selber auf einer Skala sehen, bei der „0" ganz links, „5" die Mitte und „10" ganz rechts bedeutet?"



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (N = jeweils ca. 2000)

Bezieht man sich auf die teilnahmewilligen BürgerInnen, dann gilt:

- 31 Prozent sehen sich rechts der Mitte.
- Genau gleich viele stehen in der Mitte,
- 29 Prozent ordnen sich links der Mitte ein.
- Für 6 Prozent hat diese Aufteilung keine Bedeutung und
- 3 Prozent verweigern eine Angabe hierzu.

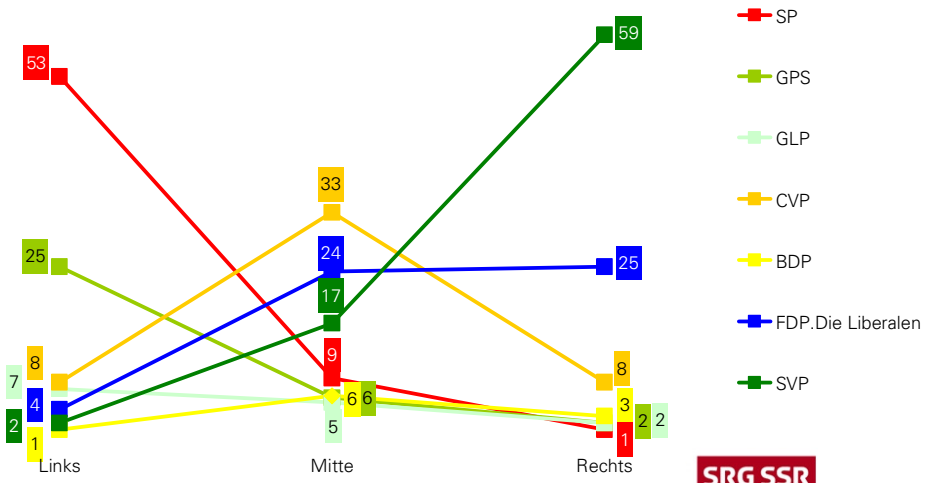
Wichtigster Trend ist hier, dass der Anteil rechter und linker Wahlberechtigter, die wählen wollen, im Umfeld der Abstimmungen von letztem November höher waren. Die Polarisierung ist namentlich im Frühling 2011 abgeflacht, das gilt auch jetzt.

Grafik 57:

Filter Parteiwählerschaften auf der Links-/Rechts-Achse

"Links, Mitte, Rechts sind drei Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie sich selber auf einer Skala sehen, bei der „0" ganz links, „5" die Mitte und „10" ganz rechts bedeutet?"

in % Wahlberechtigter mit jeweiliger Parteiposition die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = 1061), sig.

Rechte wollen zu 59 Prozent SVP wählen, zu 25 Prozent FDP. Andere Parteien haben hier fast keine Chance mehr; das gilt selbst für die CVP, die es noch auf 8 Prozent bringt.

Wahlberechtigte in der Mitte, die wählen wollen, ziehen die CVP vor. Ein Drittel von ihnen will seine/ihre Stimme dieser Partei geben. Die FDP kommt hier auf 24 Prozent, und die SVP auf 17 Prozent. Alle anderen liegen unter 10 Prozent; das gilt namentlich auch für die SP, die in der Mitte einen Anteil von bloss 9 Prozent erreicht.

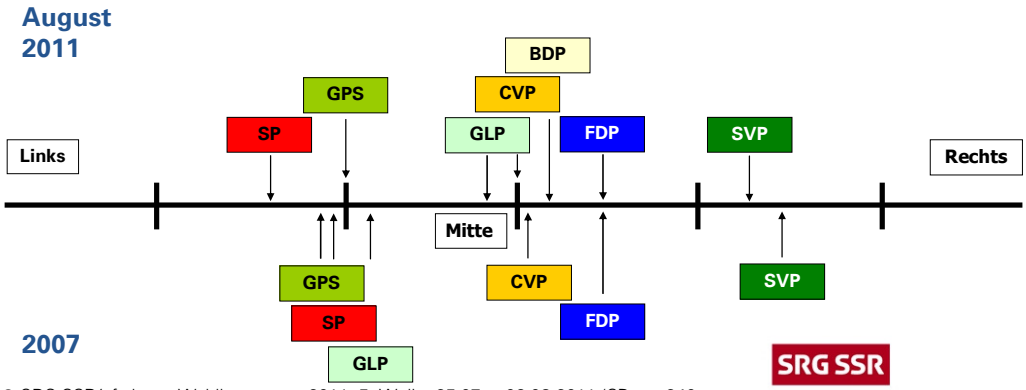
Links ist die SP dagegen führend. Ihre Stellung ist mit der SVP auf der rechten Seite vergleichbar, kommt sie doch auf 53 Prozent der Stimmen, Es folgen die Grünen mit 25 Prozent, während die CVP auch hier auf 8 Prozent kommt.

Grafik 58:

Links-/Rechts-Position der Parteiwählerschaften 2007/2011 im Vergleich

"Links, Mitte, Rechts sind drei Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie sich selber auf einer Skala sehen, bei der „0" ganz links, „5" die Mitte und „10" ganz rechts bedeutet?"

in Mittelwerten Wahlberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen und eine Parteipräferenz haben



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (SP n = 240; GPS n = 96; GLP n = 54; CVP n = 109; BDP n = 31; FDP.Die Liberalen n = 165; SVP n = 174)

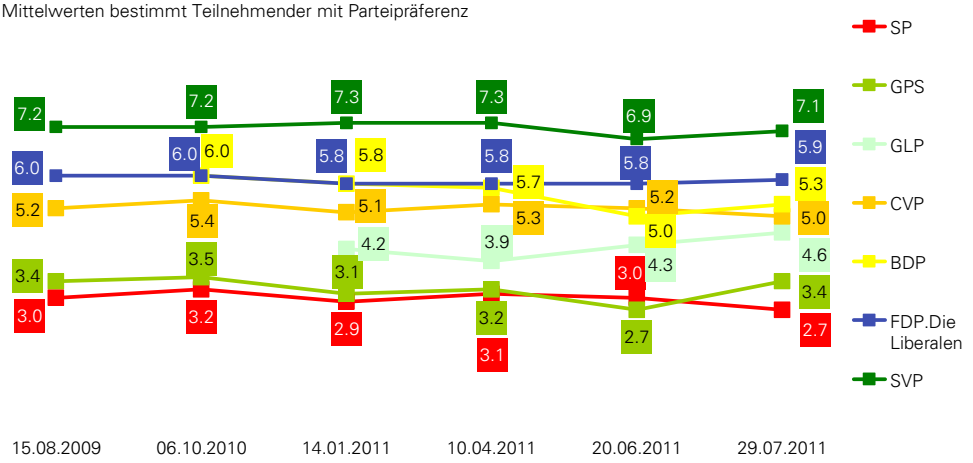
Mittelt man die Angaben auf der 10er-Skala ein, ergibt sich folgende Reihung von rechts nach links: SVP, FDP, BDP, CVP, GLP, GPS und SP. Die Bezeichnung des Standortes ist indessen nicht eindeutig möglich: Klar rechts der Mitte steht die SVP, klar links stehen SP und GPS. Die FDP ist am ehesten Mitte-rechts, während die CVP, die BDP und die GLP wohl alle Mitte-Parteien sind.

Grafik 59:

Trend Links-/Rechts-Position der Parteiwählerschaften

"Links, Mitte, Rechts sind drei Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie sich selber auf einer Skala sehen, bei der „0" ganz links, „5" die Mitte und „10" ganz rechts bedeutet?"

in Mittelwerten bestimmt Teilnehmender mit Parteipräferenz



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = jeweils ca. 800)

Die EDU liegt zwischen der SVP und FDP, während die EVP praktisch gleich mit der BDP positioniert ist. Angesichts der geringen Fallzahlen können im Einzelfall aber auch artifizielle Abweichungen entstehen.

Der Trend belegt eine hohe Konstanz der Verhältnisse. Im Verlaufe des Wahljahres haben sich sowohl die BDP wie auch die GLP vermehrt bei Mitte-Wählenden empfehlen können. SP und GPS tauschen die Positionen links aussen, wobei aktuell die Bindungsfähigkeit der SP in die Mitte leidet. Wer sie heute wählen will, steht noch klarer links als in allen Wahlbarometern zuvor.

Die linke Wählerschaft hat von 22 auf 26 Prozent zugenommen. Parallel dazu verringerten sich die Wählenden mit einer Mitte-Position von 33 auf 30 Prozent und auch jene Befragten, die der Achse keine Bedeutung zumessen, verringerten sich leicht. Konstant blieben die rechte Wählerschaft und die Antwortverweigerungen.

2.6. Das soziologische Profil der Parteiwählerschaften

Zum Abschluss des Befundeteils sei das gesellschaftliche Profil der Parteiwählerschaften skizziert. Da wir bei dieser Fragestellung vor allem bei den kleineren Parteien an die Grenze der Aussagekraft eine Befragungswelle stossen, stellen wir hier auf die vier letzten Befragungen ab, sprich auf die gut 8'000 Interviews, die wir seit Anfang Wahljahr geführt haben. Die leicht variierenden Parteistärken wurden auf Null gesetzt und diskutiert wird das Mittel der Abweichungen in den drei letzten Erhebungen.

Erörtert wird das Profil der sieben grössten Parteien aufgrund von sechs Indikatoren: der Siedlungsart, der Konfessionszugehörigkeit, der Schulbildung, dem Haushaltseinkommen, dem Alter und dem Geschlecht.

Die Übersicht der Ergebnisse findet sich in der nachstehenden Tabelle zusammengestellt. Sie können folgt zusammengefasst werden:

Tabelle 7:

Abweichungen

überrepräsentierte Gruppen, *signifikante Abweichungen kursiv*

	SP	GPS	GLP	EVP	CVP	BDP	FDP	EDU	SVP
Geschlecht	Frauen	*Frauen*	---	*Männer*	---	Männer	Männer	*Frauen*	*Männer*
Alter	*Junge*	*Junge Mittlere*	*Junge Mittlere*	Junge Mittlere	*Alte*	*Alte*	*Alte*	Alte	Alte Mittlere
Siedlungsart	*grosse Agglo.*	*grosse/ mittlere /kleine Agglo.*	grosse Agglo.	*Land grosse Agglo.*	*Land kleine Agglo.*	*Land grosse Agglo.*	*mittlere Agglo.*	Land	*Land*
Schulbildung	*mittel hoch*	*hoch tief*	*hoch*	hoch mittel	hoch mittel	mittel	hoch tief	*mittel*	*tief mittel*
Haushaltseinkommen	3-5000 7-9000 9-11000	*5-7000 9-11000 >11000*	*9-11000 >11000*	*5-7000 9-11000*	*<3000 7-9000*	3-5000 5-7000	*<3000 9-11000 >11000*	*<3000 3-5000 5-7000*	*3-5000 5-7000*
Konfessionszugehörigkeit	*konfessionslos*	*konfessionslos*	*reformiert konfessionslos*	*reformiert*	*katholisch*	*reformiert*	reformiert katholisch	*reformiert*	*reformiert konfessionslos*

© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 3. – 5. Welle

Die SVP ist bildungs- und einkommensmässig in den unteren und mittleren Schichten überrepräsentiert. Sie ist auf dem Land überdurchschnittlich stark, und sie kennt unter ihren Wählenden ein Überhang bei Männern. Mehr als im Schnitt gewählt würde sie von Reformierten und Konfessionslosen.

Die FDP-Wählerschaft wird vor allem durch das Alter gekennzeichnet. Bei den RentnerInnen ist sie überproportional stark. Sie ist auch eine Partei der Gutverdienenden, wegen ihrem Altersanteil aber auch der ganz wenig Verdienenden.

Die CVP kennt unverändert einen höheren Wähleranteil bei der katholischen Wählerschaft. Signifikante Abweichungen gibt es darüber hinaus indessen nicht.

Bei der SP wirkt sich das Alter umgekehrt zur FDP aus. Sie ist die einzige grosse Partei mit einem überproportionalen Wähleranteil bei den jüngsten. Zudem ist sie bei den Konfessionslosen stark. Das hat auch mit der Ausrichtung ihrer Wählerschaft auf die grossen Agglomerationen zu tun.

Die GPS-Wählerschaft hat ein vergleichbares soziologisches Profil. Die Partei rekrutiert aber auch Wählenden über dem Mittel auf dem Land und in den mittleren Altersgruppen.

Am markantesten im GLP-Profil ist die Zusammensetzung nach Einkommensklassen. Über dem Mittel gewählt wird sie bei Wählenden der beiden obersten Kategorien in unserer Untersuchung. Zudem ist sie bei Menschen im jungen und mittleren Alter attraktiv und sie wird von Reformierten überdurchschnittlich gewählt.

Die BDP ist zuerst ein Phänomen bei Reformierten. Dann hat sie ein Schwergewicht auf dem Land, neuerdings aber auch in den grossen Agglomerationen.

Auch die erstmals ausgewiesenen Parteien wie die EVP und die EDU haben einen konfessionellen Bezug. Sie werden über dem Mittel von reformierten gewählt. Bei der EVP fällt darüber hinaus ein überdurchschnittliches Einkommen auf, bei der EDU eines unter dem Mittel. Bei der EVP gibt es unter den Wählenden einen Männerüberhang, bei der EDU hat es umgekehrt mehr Frauen als Männer.

Zahlreiche Eigenschaften liessen sich darüber hinaus erwähnen, doch sind sie, selbst bei der beachtlichen Fallzahl, die dieser Auswertung zu Grunde liegt, nicht signifikant.

Auf eine detaillierte Auflistung verzichten wir hier, verweisen aber auch die Datenbank auf www.gfsbern.ch, wo es alle Angaben im Einzelnen hat.

2.7. Der Vergleich der Umfragen 2007 und 2011

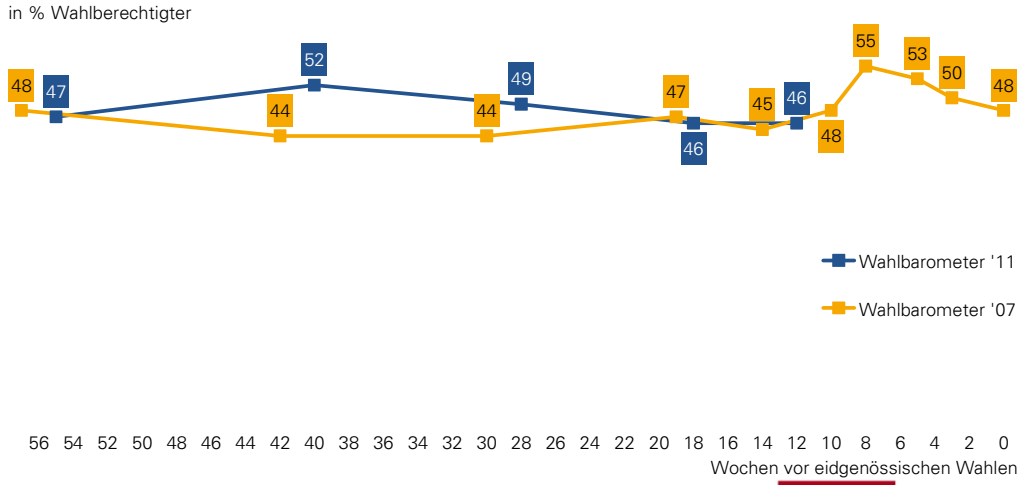
Eine Möglichkeit, die aktuellen Ergebnisse aus dem Wahlbarometer zu evaluieren und perspektivisch zu interpretieren, besteht darin, die Resultate im Trend für 2007 und 2011 zu vergleichen. Daraus kann man folgendes ableiten:

Erstens, die Beteiligungsabsichten 2007 waren anfangs August genau gleich wie jetzt. Der Mobilisierungsschub setzte erst in den Wochen danach ein. Entscheidend war damals die Dramatisierung der Blocher-Frage. Der Effekt hielt dann nicht ganz bis zu den Wahlen an. 2011 hat bisher wohl keine Frage die gleiche Brisanz, auch wenn die Diskussionen über die Zusammensetzung des Bundesrates anschwellen dürften. Umgekehrt wird ersichtlich, dass die Mobilisierungsbereitschaft 2011 vor dem Unfall in Fukushima höher war als vier Jahre zuvor, dass sich seither aber Verunsicherung und Ohnmacht eingestellt haben, die nicht mobilisierend wirken.

Grafik 60:

Trend Teilnahmeabsicht an nächsten Nationalratswahlen

"Man weiss ja nie, was die Zukunft bringt. Wenn Sie aber an die nächsten Nationalratswahlen denken, werden Sie dann daran bestimmt teilnehmen, eher teilnehmen, eher nicht teilnehmen oder sicher nicht teilnehmen?"



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2007 (1. – 9. Welle) und 2011 (1. – 5. Welle), 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (N = jeweils ca. 2000)

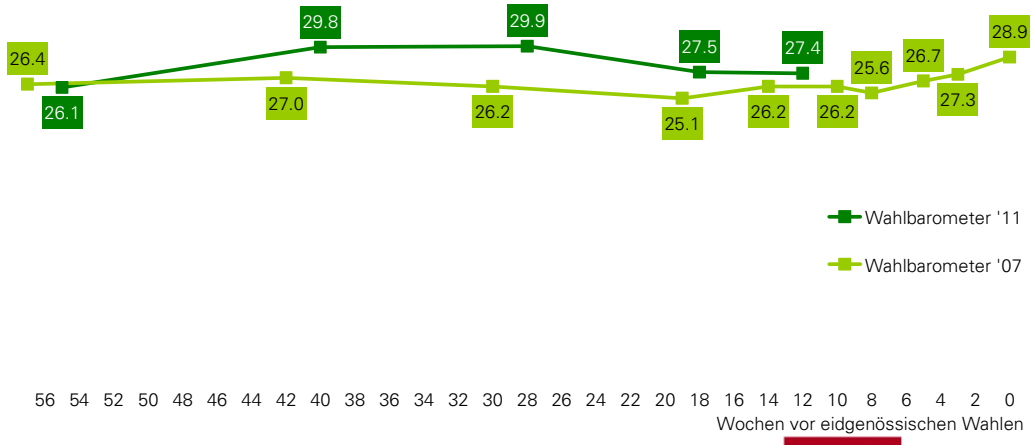
Zweitens, strukturell besser als vor vier Jahren schneidet nur die SVP ab. 2007 profitierte sie von der heissen Phase, mit den Schäfchen-Plakaten einerseits, der Blocher-Kontroverse anderseits. Zeitlich gesehen müsste aus Sicht der Partei ein Pendant dazu jetzt einsetzen. In der aktuellen Befragung zeigt die Zuspitzung der Migration auf die Masseneinwanderung (noch) keine Auswirkung, selbst wenn die Problematik selber gesehen wird.

Grafik 61:

Trend Filter Aktuelle Parteistärken 2007 – 2011: SVP

"Wenn am nächsten Sonntag schon Nationalratswahlen wären, welcher Partei würden Sie heute Ihre Stimme hauptsächlich geben?"

in % Wahlberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen und eine Parteipräferenz haben



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2007 (1. – 9. Welle) und 2011 (1. – 5. Welle), 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = jeweils ca. 900)

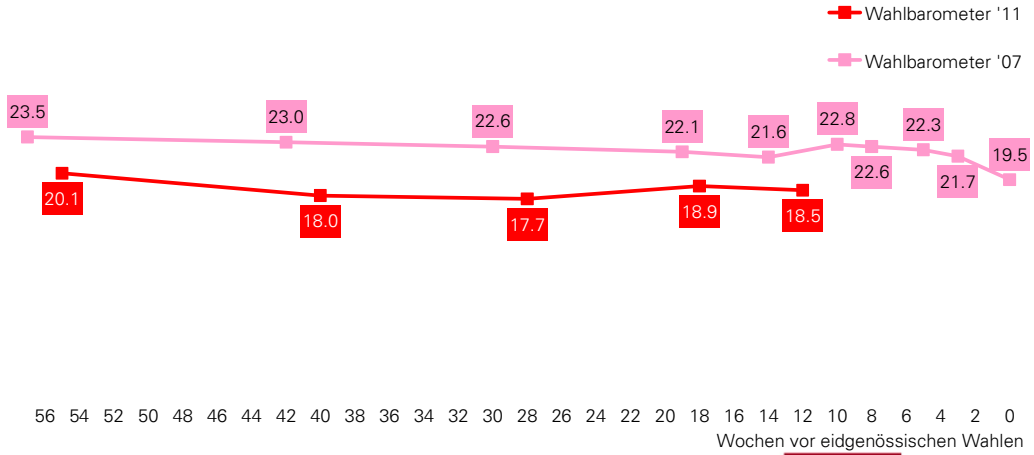
Drittens, strukturell schwächer als vor vier Jahren ist die SP. Sie behauptet sich zwar im rotgrünen Lager wieder besser, doch ist es ihr nicht gelungen, das Ausfransen des Lagers gegen die Mitte aufzuhalten. 2007 merkte man in den Umfragen lange nichts vom Einbruch bei den Zürcher Wahlen, am Schluss zeichnet sich eine analoge Entwicklung aber immer deutlicher ab. 2010/11 startet die SP einzig im Umfeld der Bundesratswahlen von Simonetta Sommaruga gut, leidet seit der Kritik am Parteiprogramm aber, und sie konnte auch von Fukushima nicht nachhaltig profitieren.

Grafik 62:

Trend Filter Aktuelle Parteistärken 2007 – 2011: SP

"Wenn am nächsten Sonntag schon Nationalratswahlen wären, welcher Partei würden Sie heute Ihre Stimme hauptsächlich geben?"

in % Wahlberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen und eine Parteipräferenz haben



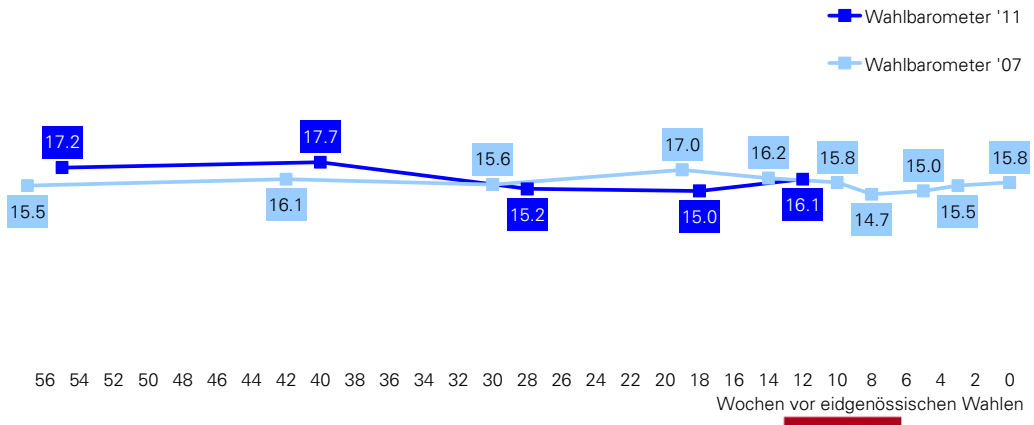
© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2007 (1. – 9. Welle) und 2011 (1. – 5. Welle), 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = jeweils ca. 900)

Grafik 63:

Trend Filter Aktuelle Parteistärken 2007 – 2011: FDP

"Wenn am nächsten Sonntag schon Nationalratswahlen wären, welcher Partei würden Sie heute Ihre Stimme hauptsächlich geben?"

in % Wahlberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen und eine Parteipräferenz haben



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2007 (1. – 9. Welle) und 2011 (1. – 5. Welle), 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = jeweils ca. 900)
2007: FDP, 2011: FDP.Die Liberalen

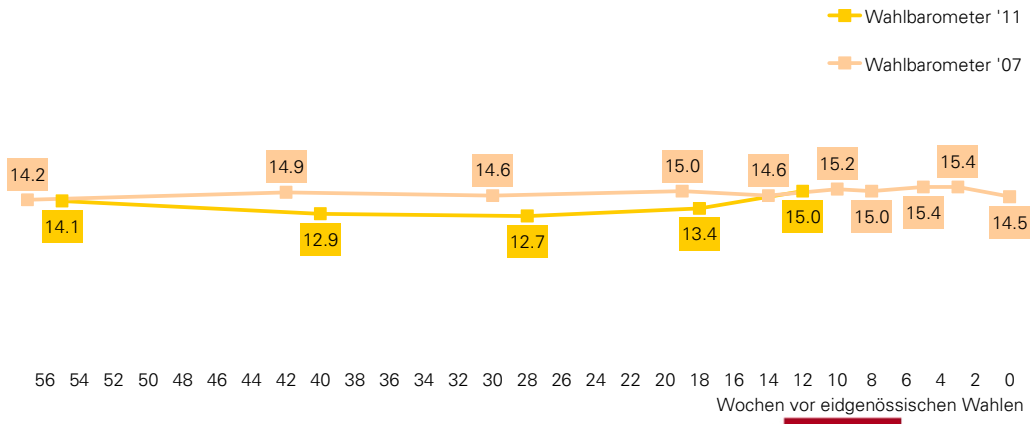
Viertens: Die anderen Parteien kennen insgesamt vergleichbare Werte in den Umfragen August 2007 und 2011. Die Dynamik ist allerdings nicht gleich, wobei sich nicht wirkliche Gesetzmässigkeiten erkennen lassen.

Grafik 64:

Trend Filter Aktuelle Parteistärken 2007 – 2011: CVP

"Wenn am nächsten Sonntag schon Nationalratswahlen wären, welcher Partei würden Sie heute Ihre Stimme hauptsächlich geben?"

in % Wahlberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen und eine Parteipräferenz haben



© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2007 (1. – 9. Welle) und 2011 (1. – 5. Welle), 5. Welle, 25.07. – 06.08.2011 (n = jeweils ca. 900)

Oder anders gesagt. Die Umfragen 2011 sind wohl etwas rechter als 2007, zeichnen eine weniger polarisierte, aber auch weniger mobilisierte Polit-Schweiz, in deren Parteienlandschaft sich dafür zwei neue Parteien etablieren konnten.

3. Synthese

3.1. Bestandesaufnahme zu den Wirkungsfaktoren

Machen wir ein Gedankenexperiment zum Schluss. Wenn wir keine Angaben zu den Wahlabsichten hätten, wären wir dann in der Lage, eine Person, die uns sonst Auskunft gegeben hätten, in ihrer Neigung zu den Wahlen 2011 zu durchschauen?

Die Regressionsanalyse sagt ja. Ihre Anwendung für Schweizer Wahlen kommt zum Schluss: ja, vielleicht.

Die Logik dieser Untersuchung geht wie folgt. Wie gut kann man eine abhängige Variable aufgrund unabhängiger schätzen. Die abhängige war die Wahlabsicht, die Unabhängige die gestesteten kurz-, mittel- und langfristigen Determinanten der Wahl.

Tabelle 8:

Relevante Einflussfaktoren auf die Parteientscheidung:

Indikatoren	SP	GPS	GLP	CVP	BDP	FDP	SVP
Bester Wahlkampf	1	2	1	1	1	3	3
Themenkompetenz: Migration	4	-	-	4	-	1	2
Themenkompetenz: Umwelt	5	1	2	3	-		
Themenkompetenz: Wirtschaftspolitik	3	-	-	-	-	6	1
Themenkompetenz: Gesundheitswesen	-	-	-	-	-	4	-
Themenkompetenz: Arbeitslosigkeit	-	-	-	-	-	2	-
Themenkompetenz: EU	2	-	-	-	-	-	-
Themenkompetenz: Steuern/Finanzen	-	-	-	-	-	5	-
Themenkompetenz: Familie	-	-	-	2	-	-	-
Image Parteipräsident	7	-*	-*	5	-*	9	5
Regierungsvertrauen/-misstrauen	9 (Vertrauen)	-	-	-	-	10 (Vertrauen)	6 (Misstrauen)
Werthaltung: Öffnen/Verschliessen	-	5 (offen)	3 (offen)	-	-	11 (offen)	-
Werthaltung: Ökologie/Ökonomie	-	4 (Ökologie)	-	6 (Ökonomie)	-	-	-
Werthaltung: Eigenverantwortung/ Gemeinschaftsverantwortung	8 (Staat)	-	-	-	-	7 (Eigen)	-
Links/Rechts	6 (links)	3 (links)	-	-	-	8 (rechts)	4 (rechts)
Gesamterklärung (R^2)	.52	.28	.21	.23	.12	.29	.63

-* nicht befragt

© SRG SSR/gfs.bern, Wahlbarometer 2011, 5. Welle, 25.07. – 07.08.2011 (n= 1061)

Das Ergebnis des Tests lautet: Wählende der SVP und der SP erkennt man recht gut. Wählende der BDP bleiben ein Geheimnis. Das hat aber nichts mit der Unzulänglichkeit von Befragungen zu tun, vielmehr mit dem Muster der Wählerschaften. Das der beiden Polparteien in der Schweiz kennt man hinreichend, das von FDP, CVP, GPS und GLP ist einigermassen bekannt und das der BDP ist wohl zu wenig gefestigt, um verallgemeinert werden zu können.

Die SVP-Wählenden erkennt man am besten an ihren Antworten zur Wirtschafts- und Migrationspolitik, an ihren Urteilen zu den Wahlkämpfen, an ihrer Position auf der Links/Rechts-Achse, an der Note für Toni Brunner und am Misstrauen in den Bundesrat. Optimiert werden kann die Erkennung, wenn man alle Informationen dazu hat.

Wählende der SP finden SP-Wahlkämpfe gut. Sie identifizieren sich mit dem Parteiprogramm, in der EU-Frage, bei Wirtschaftsthemen, wenn es um die Migration oder um die Umwelt und Energie geht. Für sie ist auch Christian Levrat eine positiver Dreh- und Angelpunkt. Selbst sind sie klar links, befürworten einen starken Staat und vertrauen dem Bundesrat.

Auch Wählende der FDP erkennt man in erster Linie programmatisch. In Migrationsfragen, bei Vorschlägen gegen die Arbeitslosigkeit, zur Verbesserung der Wirtschaft allgemein, wenn es um Finanzen geht oder um das Gesundheitswesen. Auch die Liebe zur Schweiz, die Leitlinie im Wahlkampf, bietet positive Anknüpfungspunkte. Weniger klar ist das beim Personal, beim Wertehimmel und beim Gesamturteil über den Bundesrat.

CVP- stehen wie SP-Wählende zum Wahlkampf ihrer Partei. Die Familienpolitik ihrer Partei einigt sie, neuerdings auch die Umwelt und Migrationsfrage. Christoph Darbellay auch. Darüber hinaus finden sie aber, man soll ob allem Aktivismus das Materielle nicht vergessen und einen Schwerpunkt bei einer wirtschaftsfreundlich ausgerichtet Politik haben.

Für die GPS-Wählerschaft ist die Umweltpolitik massgeblich und sie identifiziert sich mit dem eigenen Wahlkampf. Sie will eine linke Partei wählen, für die Ökologie eine Ideologie ist, und sie hofft auf eine offene Schweiz, die sich von der SVP abgrenzt.

Die GLP-Wählenden sind da pragmatischer. Ihr neuer Auftritt ist ihnen wichtig. Ihr Umwelt-/Energieprogramm auch. Die Schweiz soll offen für Neues sein; Ökologie der Ökologie willen ist für sie passé.

Wie gesagt, die BDP-Wählerschaft ist und bleibt das Rätsel der Wahlforschung in der Schweiz. Licht ins Dunkel könnten hier Einschätzungen zu den BundesrätInnen respektive der Regierungszusammensetzung bringen.

3.2. Zwischenbilanz zu den Wirkungsfaktoren

Was heisst das alles für die Analyse der Wahlabsichten Ende Juli 2011?

Im Wahlkampf, dem wichtigsten Kurzfristfaktor, dominieren eigentliche Themenzyklen, an denen fast niemand vorbeikommt. Zuerst war das aufgrund der angenommenen Volksinitiative zur Ausschaffung krimineller AusländerInnen die Migrationsfrage. Sie herrschte zwischen Dezember 2010 und Mitte 2011 vor. Überlagert wurde die Problematik durch den Reaktorunfall in Fukushima und die Auswirkungen auf die Kernenergiepolitik der Schweiz. Im Sommer nahm die Dringlichkeit einer Intervention der Nationalbank in Sachen Frankenkurs sukzessive zu und erreicht mit der Bundesratssitzung am Mittwoch der zweiten Befragungswoche den bisherigen Höhepunkt.

Die Stimmungslagen in der Schweiz wurden so erheblich beeinflusst und veränderten sich bisher zyklisch. Wie weit das auch bei der Frankenfrage der Fall ist respektive sein wird, müssen wir hier nicht erörtern.

Starke und direkte Auswirkungen auf die Wahlabsichten der BürgerInnen können nicht unterstellt werden, indirekte in unterschiedlichem Masse lassen sich aber nachweisen. Es profitieren in der Regel die Parteien, die sich längerfristig mit den Problemen beschäftigt und sich ein entsprechendes Kompetenzprofil erarbeitet haben. In Sachen Migration ist das eindeutig die SVP, in Umweltfragen die rotgrünen Parteien, vor allem die GPS und die GLP. Bei der Frankenfrage ist die Lage nicht eindeutig, am ehesten seien aber die bürgerlichen Parteien genannt, angeführt von der FDP.

Die Auswirkungen lassen sich anhand verschiedener Indikatoren beurteilen. Am schnellsten reagieren die prioritären Bevölkerungssorgen und damit die Erwartungen an dringliches Handeln des Staates. Dabei lassen sich selbst bei neuartigen Herausforderungen die vermuteten Kompetenzen mobilisieren. Sie wirken sich auf Neuwählende aus, die sich nun angezogen fühlen, und auf Wechselwillige, die sich kurzfristig magnetisieren lassen. Gesehen haben wir das bei der Migrationsfrage, wo die SVP während drei, vielleicht vier Monaten profitieren konnte, dann bei der Energiefrage, die für zwei, vielleicht drei Monate namentlich den grünen Parteien half. Aktuell kann vermutet werden, dass

die partielle Rückkehr der FDP so bedingt, allenfalls auch ein Teil der Veränderungen bei der CVP so erklärt werden kann.

Davon nicht direkt beeinflusst, sind mittelfristige Innovationszyklen im Parteiensystem, wie es die ökologischen Werte in den 80er Jahren oder die nationalkonservative Ausrichtung in den Nuller-Jahren des 21. Jahrhunderts waren. Die künden von neuen Konflikte, die im Parteiensystem verarbeitet werden müssen, und sie polarisieren über die ganz kurzfristigen Momente, bedingt durch Ereignisse und Stimmungen, die Werthaltungen, die Parteien vertreten, verabschieden oder neu aufbauen, um so über den Moment hinaus BürgerInnen an sich zu binden. Als eigentliche Reaktionen auf diese Polarisierung durch die rotgrünen Parteien respektive die SVP sind neue Parteien entstanden, die vermittelnder agieren, deshalb auch weniger an den Polen politisieren und damit auch moderatere ThemenwählerInnen ansprechen. Die GLP passt eindeutig in dieses Schema, die BDP wohl auch, wenn auch hier die personellen Polarisierungen wichtiger gewesen sind und es auch noch ein Weile bleiben dürften. Relevant nachgewiesen werden kann sie bei den Gründen, eine der Polparteien zu wählen, wobei sich die klare Positionierung links oder rechts, pro oder kontra Bundesrat, allenfalls mehr Ökologie und weniger Ökonomie oder mehr Eigenverantwortung, weniger Staat nicht mehr gleich tragend sind, denn die gemässigteren WählerInnen wollen nebst solch weltanschaulichen Polarisierungen auch konkrete Politik sehen.

3.3. Ausblick auf kommende Wirkungsfaktoren

In den gegenwärtigen Wahlabsichten wirken sich kurzfristige Stimmungen und mittelfristige Umgruppierungen der Wählerschaft aus. Die Politik, die Medien, aber auch der Wahlkampf mischen die Anteile der beiden Einflussfaktoren dynamisch, weshalb es auch nicht einfach ist, eine Vorausschau zu machen, was noch folgt. Da hilft am ehesten die Erfahrung mit bisherigen Wahlkämpfen. Diese legte nahe, von folgendem Wirkungszusammenhang auszugehen: Ereignisse setzen medienrelevante Themen setzt, aus denen Stimmungen entstehen, die sich ihrerseits auf die Mobilisierung und Bewegungen von WählerInnen auswirken.

Parteien, die von ihrer Binnenlogik bestimmt den Wahlkampf bestreiten wollen, scheitern in der Regel mit ihrer Einflussnahme. Das zeigt sich am Beispiel der CVP und der Familienpolitik am besten, kommt aber auch bei der FDP und der Steuerpolitik oder der SP und dem EU-Beitritt zum Ausdruck. Das ist zwar für die inneren Kreise der eigenen Wählerschaften relevant, hat aber keine wirkliche Aussenwirkung, allenfalls sogar kontraproduktive. Darüber hinaus zeichnen sich immer mehr Bereiche ab, die wegen ihrer Komplexität der Ursachen oder Massnahmen in Wahlkämpfen kaum eine tragende Bedeutung einnehmen. An Beispielen erwähnen wir die Arbeitslosigkeit, seit Jahren vorherrschend, aber nur schwer von einer Partei instrumentalisierbar, allenfalls auch das Gesundheitswesen. Somit bleiben die Migration, die Umwelt- und Energiepolitik sowie die Wirtschafts- und Konjunkturlage als jene Themenfelder, die von den Parteien nicht umgangen werden können und somit die Stellungnahmen vergleichbar machen, was zur Entscheidungen der schwankenden WählerInnen etwas beitragen kann.

Die Ereignishaftigkeit des Wahlkampfes wird in den kommenden Wochen auch auf einer zweiten Ebene zunehmen, die wir mit dem Wahlbarometer nur bedingt erfassen können. Es geht um die lokalen Wahlkämpfe, in denen nicht die grosse Politik mit den Spitzentenören eine Rolle spielt, sondern die KandidatInnen, die sich in ihrem Wahlkreis empfehlen. Auch sie arbeiten heute mit den Mitteln der Medienarbeit und der Einzelkampagnen. Normalerweise kommt den Ständeratsbewerbungen dabei eine besondere Bedeutung zu. Das hat die

SVP frühzeitig erkannt, wenn auch vom angekündigten Generalangriff in allen Kantonen bisher eher punktuell als flächendeckend etwas zu bemerken ist.

Last but not least ist seit den grösseren Verschiebungen in der schweizerischen Parteienlandschaft die Koppelung der Parlaments- und Regierungswahlen wieder deutlicher geworden. Die klar vordefinierte Zusammensetzung des Bundesrates ist spätestens seit 2003 vorbei; es geht nicht mehr nur um Personen, es geht auch um Parteien, was sich direkt auf den Wahlkampf auswirkt, auch wenn die bisherigen BundesrätInnen gehalten sind, in den Kampagnen ihrer Parteien zurückhaltend aufzutreten. Aktuell gibt es 10 Interessenten für 7 Sitze, was die Konflikthaftigkeit dieses Thema erhöht. Ansprüche melden die Bisherigen an, weil sie sich durch Wählerstärke oder Regierungsarbeit dafür legitimiert sehen. Über den Status Quo hinausreichende Ansprüche haben aber auch die SVP, die GPS und die CVP angemeldet, was die mediale Aufmerksamkeit für dieses Thema Sonntag für Sonntag aufrechterhält. So ist zu erwarten, dass es nebst der Migration, der Kernenergiepolitik und dem Wirtschaftsentwicklung auch eine Debatte geben wird, die sich mit dem Bundesrat beschäftigt, sicher mit seiner Zusammensetzung, allenfalls auch mit seiner Zukunftstauglichkeit.

3.4. Thesen

These 1

Die Mobilisierungsbilanzen sind nur noch bei den neuen und grünen Parteien positiv. Alle anderen Parteien haben Mühe, die Demobilisierung gegenüber 2007 durch Neumobilisierung 2011 aufzufangen.

These 2

Nur die neuen Parteien sind für WechselwählerInnen dauerhaft attraktiv. Sie konkurrenzieren die Polparteien GPS und SVP. Die CVP profitiert vom Linkskurs der SP, während die FDP durch die GLP Konkurrenz erhalten hat.

These 3

Der Fukushima-Effekt im Problembewusstsein der BürgerInnen war von zyklischer Natur. Er hat das Problemthema Migration nur überlagert, nicht verdrängt. Dies nützt der SVP, die strukturell besser dasteht als zum gleichen Zeitpunkt vier Jahre zuvor. Ihr Wahlerfolg hängt jedoch vor allem von der Schlussmobilisierung ab.

These 4

Wirtschaftsfragen rund um den Franken kündigen sich als neues Wahlkampf-Thema an. Sie können vor allem von der FDP, wohl auch von SVP und SP im Wahlkampf wirksam eingesetzt werden.

These 5

Die Sozialpolitik spielt im gegenwärtigen Wahlkampf keine führende Rolle, was der SP schadet.

These 6

Familienpolitik, Steuerfragen, vielleicht auch die EU sind Spezialthemen der CVP, FDP und SP ohne allgemeine Ausstrahlung. Fragen der Arbeitslosigkeit und des Gesundheitswesen sind parteipolitisch nur schwer instrumentalisierbar.

These 7

Keiner der Parteipräsidenten hat eine Ausstrahlung weit über seine Wählerschaft hinaus. Sie sind in erster Linie für die Mobilisierung nach innen von Belang.

4. Anhang

4.1. gfs.bern-Team

CLAUDE LONGCHAMP

Verwaltungsratspräsident und Vorsitzender der Geschäftsleitung gfs.bern, Verwaltungsrat gfs-bd, Politikwissenschafter und Historiker, Lehrbeauftragter der Universitäten Zürich, Bern und St. Gallen und an der Zürcher Hochschule Winterthur

Schwerpunkte:
Abstimmungen, Wahlen, Parteien, politische Kultur, politische Kommunikation, Lobbying, öffentliche Meinung, Rassismus, Gesundheits- und Finanzpolitik

Zahlreiche Publikationen in Buchform, in Sammelbänden, wissenschaftlichen Zeitschriften

MARTINA IMFELD

Projektleiterin, Politikwissenschafterin

Schwerpunkte:
Analyse politischer Themen und Issues, nationale Abstimmungen und Wahlen, Wahlbarometer, VOX-Analysen, Kommunikations-Controlling, Medieninhaltsanalysen, Ad-hoc-Studien, Qualitativmethoden

LUKAS GOLDER

Senior-Projektleiter, Mitglied der Geschäftsleitung, Politik- und Medienwissenschafter

Schwerpunkte:
Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Medienwirkungsanalysen, Abstimmungen, Wahlen. Modernisierung des Staates. Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und auf Internet

STEPHAN TSCHÖPE

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Politikwissenschafter

Schwerpunkte:
Komplexe Datenanalytik, EDV- und Befragungs-Programmierungen, Hochrechnungen, Parteienbarometer, Visualisierung

JONAS PHILIPPE KOCHER

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Politikwissenschafter

Schwerpunkte:
Statistische Datenanalyse, EDV- und Befragungs-Programmierungen, Hochrechnungen, Medienanalysen, Visualisierung

SILVIA-MARIA RATELBAND-PALLY

Administration

Schwerpunkte:
Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern
Hirschengraben 5
Postfach 6323
CH – 3001 Bern
Telefon +41 31 311 08 06
Telefax + 41 31 311 08 19
info@gfsbern.ch